

Monatsbericht des BMF November 2012





Monatsbericht des BMF November 2012

Zeichenerklärung für Tabellen

Zeichen	Erklärung			
-	nichts vorhanden			
0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts			
	Zahlenwert unbekannt			
X	Wert nicht sinnvoll			

Inhaltsverzeichnis

Editorial	4
Überblick zur aktuellen Lage	5
Analysen und Berichte	6
Konsolidierung und Reformen für nachhaltiges Wirtschaftswachstum	
Ergebnisse der Steuerschätzung vom 29. bis 31. Oktober 2012	20
Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. bis 3. Quartal 2012	
Haushaltsüberwachung von Bund und Ländern	33
Ergebnisse des Treffens der G7-Finanzminister und -Notenbankgouverneure sowie der Jahresstagung von IWF und Weltbank	
Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage	44
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	44
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Oktober 2012	51
Entwicklung des Bundeshaushalts	54
Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2012	
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	
Termine, Publikationen	67
Statistiken und Dokumentationen	69
Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	71
Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	98
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	105

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

hohe Schuldenstände in vielen Ländern und ein nur moderates globales Wirtschaftswachstum sind derzeit weltweit die vielleicht wichtigsten Herausforderungen für die Finanzpolitik. Die Bundesregierung verfolgt eine langfristige und stabilitätsorientierte Strategie für nachhaltiges Wirtschaftswachstum mit hoher Beschäftigung, um diesen Herausforderungen zu begegnen. Unsere Strategie umfasst die wachstumsorientierte Konsolidierung der öffentlichen Finanzen, Strukturreformen zur Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, einen robusten Ordnungsrahmen für die Finanzmärkte sowie gute institutionelle Rahmenbedingungen für Beschäftigung schaffende Investitionen.

Die Erfolge der deutschen Finanz- und Wirtschaftspolitik werden zunehmend sichtbar: Das Haushaltsdefizit des Bundes wird auch im Jahr 2013 wieder unter dem vorgeschriebenen Abbaupfad für die kontinuierliche Rückführung der Neuverschuldung liegen. Nach heutiger Planung werden wir bereits im kommenden Jahr die strukturelle Defizitgrenze der Schuldenbremse von 0,35 % des Bruttoinlandsprodukts einhalten. Das ist drei Jahre früher als verfassungsrechtlich vorgegeben. Zudem hat Deutschland mit seinem Kurs der wachstumsfreundlichen Konsolidierung eine Vorreiter- und Ankerrolle im Euroraum eingenommen; der Staatshaushalt ist nahezu ausgeglichen, und die Arbeitslosenquote ist auf den niedrigsten Stand seit der deutschen Einheit gefallen.



Auch in einigen Ländern des Euroraums zeigt die Konsolidierungs- und Reformstrategie erste Erfolge. Diese Länder haben ihre Haushaltsdefizite inzwischen deutlich reduziert, wenn auch weitere Konsolidierungsmaßnahmen notwendig sein werden. Zudem gewinnen sie schrittweise internationale Wettbewerbsfähigkeit zurück, und Strukturreformen legen die Grundlage für zukünftiges Beschäftigungs- und Wirtschaftswachstum.

Vor diesem Hintergrund unterstützt Deutschland nachdrücklich das Ziel, die Stabilisierung der öffentlichen Haushalte entsprechend den "Toronto Commitments" der G20-Staaten bis 2016 pünktlich und vollständig umzusetzen. Bis zum nächsten G20-Gipfel in Sankt Petersburg sollen anspruchsvolle Anschlussziele vereinbart werden. Dies wird zur Vertrauensbildung beitragen und so die Entwicklung der Weltwirtschaft positiv beeinflussen.

L. SU-

Dr. Thomas Steffen Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

Überblick zur aktuellen Lage

Wirtschaft

- Die gesamtwirtschaftliche Aktivität wurde im 3. Quartal 2012 nur noch wenig ausgeweitet.
- Die Beschäftigung befindet sich weiterhin auf einem hohen Niveau trotz leichten Rückgangs am aktuellen Rand.
- Die Preisentwicklung auf den vorgelagerten Preisstufen spricht für ein weiterhin ruhiges
 Preisklima in Deutschland in den nächsten Monaten.

Finanzen

- Die gesamtstaatlichen Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) sind im Oktober 2012 im Vorjahresvergleich um 2,5 % über dem Niveau des Vorjahresmonats. In den Monaten Januar bis Oktober dieses Jahres erhöhte sich das Aufkommen insgesamt um 5,4 %.
- Die Einnahmen des Bundes bis einschließlich Oktober 2012 entwickelten sich gegenüber dem Vorjahresvergleichszeitraum weiterhin positiv (+ 3,1%). Die Ausgaben erhöhten sich im Vergleich zum Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraums um 3,0 %. Ausschlaggebend für den Ausgabenanstieg ist die Beteiligung am Grundkapital des Europäischen Stabilitätsmechanismus. Eine verlässliche Vorhersage zur weiteren Entwicklung des Bundeshaushalts im Jahresverlauf lässt sich jedoch weder aus einzelnen Positionen noch aus dem derzeitigen Finanzierungsdefizit von 37,4 Mrd. € ableiten.
- Das Finanzierungsdefizit der Ländergesamtheit unterschreitet Ende September den Vorjahreswert um rund 3,7 Mrd. €. Während die Ausgaben um 1,5 % anstiegen, erhöhten sich die Einnahmen um 3,4 %.
- Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe erreichte Ende Oktober 2012 einen Wert von 1,49 %, die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – beliefen sich auf 0,2 %.

Europa

- Am 13. November 2012 fand der ECOFIN-Rat in Brüssel statt. Im Mittelpunkt des Treffens stand die weitere Beratung zu laufenden Gesetzgebungsverfahren. Dies betraf insbesondere die Verordnungsvorschläge zur wirtschaftspolitischen Steuerung, zum sogenannten Two-Pack, zu den geänderten Eigenkapitalanforderungen, zum Bankenaufsichtsmechanismus und zur Finanztransaktionsteuer. Am Vortag beriet sich die Eurogruppe u. a. über das weitere Vorgehen zum Programmland Griechenland.
- Zudem fand ein Austausch der Minister zum weiteren Vorgehen im Anschluss an die Tagung des Europäischen Rates am 18./19. Oktober 2012 statt. In den kommenden Wochen sollen die Schaffung eines einheitlichen Bankenaufsichtsmechanismus und die Verabschiedung der Regelungen zum "Two-Pack" im Vordergrund stehen, um den von den Staats- und Regierungschefs vorgesehenen Zeitplan einzuhalten.

KONSOLIDIERUNG UND REFORMEN FÜR NACHHALTIGES WIRTSCHAFTSWACHSTUM

Konsolidierung und Reformen für nachhaltiges Wirtschaftswachstum

- Deutschland verfolgt eine langfristige und stabilitätsorientierte Finanz- und Wirtschaftspolitik für nachhaltiges Wirtschaftswachstum mit hoher Beschäftigung. Wichtige Inhalte sind eine wachstumsorientierte Konsolidierung der öffentlichen Finanzen, Strukturreformen zur Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, ein robuster Ordnungsrahmen für die Finanzmärkte sowie gute institutionelle Rahmenbedingungen.
- Deutschland hat mit der vorzeitigen Einhaltung der Schuldenbremse und seiner wachstumsfreundlichen Konsolidierung eine Vorreiter- und Ankerrolle im Euroraum eingenommen.
- Auch unter den G20-Staaten ist Konsens, dass die Fiskalkonsolidierung und Sicherung nachhaltiger Staatsfinanzen weiterhin als gemeinsame internationale Aufgabe von hoher Priorität gilt.

1	Einleitung	6
2	Politik für nachhaltiges Wirtschaftswachstum	8
2.1	Solide Staatsfinanzen	8
2.2	Strukturreformen für Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum	9
2.3	Gute institutionelle und marktwirtschaftliche Rahmenbedingungen	9
2.4	Stabilitätsorientierte Geldpolitik	10
2.5	Risiken einer kurzfristigen, nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik	11
3	Reformpolitik in Deutschland	11
3.1	Schuldenbremse und nachhaltige Konsolidierung	11
3.2	Erfolgreiche Strukturreformen	13
3.3	Ein robuster Ordnungsrahmen für Finanzmärkte	14
4	Positivbeispiele aus anderen Ländern	14
4.1	Viele Beispiele für erfolgreiche Reformen	14
4.2	Reformerfolge in einigen Ländern des Euroraums	16
5	Für die internationale Umsetzung einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik	

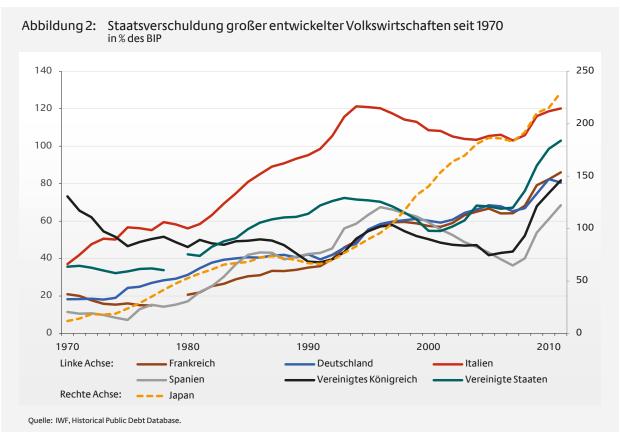
1 Einleitung

Im Zuge der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise sind die öffentlichen Schuldenstände in vielen entwickelten Volkswirtschaften stark angestiegen. Die Schuldenausweitung erfolgte oft von einem bereits vergleichsweise hohen Niveau. Inzwischen haben die öffentlichen Schuldenstände, gemessen als Anteil des Bruttoinlandsprodukts (BIP), zum Teil historisch hohe Werte in Friedenszeiten erreicht und liegen nah an den

Schuldengipfeln im Gefolge der Weltkriege des vergangenen Jahrhunderts. Seit 1970 haben sich die Schulden der G7-Länder im Durchschnitt verdreifacht (vergleiche Abbildung 1). Japan weist mit derzeit etwa 236 % des BIP den höchsten öffentlichen Schuldenstand unter den großen entwickelten Volkswirtschaften auf, mit deutlichem Abstand gefolgt von Italien, den USA, Großbritannien, Frankreich und Deutschland (vergleiche Abbildung 2). Nach der Herbstprognose der Europäischen Kommission werden in den kommenden beiden Jahren die Schulden in den meisten großen entwickelten

Konsolidierung und Reformen für nachhaltiges Wirtschaftswachstum





KONSOLIDIERUNG UND REFORMEN FÜR NACHHALTIGES WIRTSCHAFTSWACHSTUM

Volkswirtschaften weiter ansteigen, getrieben von vergleichsweise hohen öffentlichen Haushaltsdefiziten, die vor allem in Europa aber zwischenzeitlich wieder etwas zurückgegangen sind (vergleiche Tabelle 1).

Zusätzlich zu einer ausgabenorientierten Finanzpolitik in den USA und Japan ist die Geldpolitik in Europa, Japan und den USA noch immer sehr expansiv ausgerichtet. Die Leitzinsen wurden von den vier wichtigsten Zentralbanken auf historische Tiefs gesenkt. Nachdem der weitere geldpolitische Spielraum bei Zinssätzen von nahe Null beschränkt ist, nutzen die Zentralbanken Sondermaßnahmen, um über die Zinssenkung hinaus eine akkommodierende Geldpolitik zu ermöglichen. Die Sondermaßnahmen waren hauptsächlich quantitativer Natur, d. h. über Anleihenkaufprogramme (Quantitative Easing) oder eine unlimitierte, längerfristige Zuteilung bei Refinanzierungsgeschäften wurde den Märkten Liquidität zugeführt.

In diesem ökonomischen Umfeld wird in der internationalen Wirtschaftspolitik der Diskurs über die zukünftige Ausrichtung der Wirtschaftspolitik für mehr Wirtschaftswachstum geführt. Deutschland verfolgt dabei eine langfristige und stabilitätsorientierte Strategie für nachhaltiges Wirtschaftswachstum.

2 Politik für nachhaltiges Wirtschaftswachstum

2.1 Solide Staatsfinanzen

Solide Staatsfinanzen sind das Fundament für nachhaltiges Wirtschaftswachstum. Eine moderate öffentliche Kreditnachfrage dämpft die Zinsentwicklung und erhöht den Freiraum für private Investitionen. Eine zurückhaltende Ausgabenpolitik stärkt das Zukunftsvertrauen von Anlegern, Investoren und Konsumenten. Dagegen können Zweifel an der Solidität der Staatsfinanzen sowohl bei Unternehmen als auch bei privaten Haushalten zu einem abwartenden Verhalten führen und damit das Wirtschaftswachstum beeinträchtigen, zumal wenn eine zunehmende Verschuldung mit der Erwartung alsbald steigender Steuerbelastung zu deren Finanzierung verbunden wird. Es liegt also im Interesse einer dynamischen wirtschaftlichen Entwicklung und hoher Beschäftigung, wenn der Staat mit einer umsichtigen und langfristig tragfähigen Finanzpolitik dafür sorgt, dass solche Zweifel gar nicht erst aufkommen.

Darüber hinaus sichern stabile öffentliche Haushalte die finanzielle Handlungsfähigkeit des Staates, um wichtige Zukunftsinvestitionen finanzieren zu können. Denn Investitionen in

Tabelle 1: Haushaltssalden in % des BIP

	2009	2012	2013	2014
Deutschland	-3,1	-0,2	-0,2	0,0
Italien	-5,4	-2,9	-2,1	-2,1
Frankreich	-7,5	-4,5	-3,5	-3,5
Japan	-8,8	-8,3	-7,9	-7,7
Vereinigtes Königreich	-11,5	-6,2	-7,2	-5,9
Vereinigte Staaten	-11,9	-8,5	-7,3	-6,2

Quelle: Herbstprognose der Europäischen Kommission, November 2012.

KONSOLIDIERUNG UND REFORMEN FÜR NACHHALTIGES WIRTSCHAFTSWACHSTUM

Forschung und Entwicklung, Bildung sowie Infrastruktur stärken das Wachstumspotenzial. Wenn dagegen ein steigender Schuldenstand dazu führt, dass die Ausgaben für den Zinsendienst von Jahr zu Jahr größeren Raum einnehmen, dann schränkt dies den Handlungsspielraum des Staates zunehmend ein. Geringere öffentliche Investitionen und eine steigende Steuerlast wirken dann als Wachstumsbremse.

Vor diesem Hintergrund und mit Blick auf die absehbaren demografischen Entwicklungen ist die konsequente Fortsetzung der wachstumsfreundlichen Konsolidierung der einzig richtige Weg für mehr Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Beschäftigung – auch für andere Länder. Nur so gelingt ein erfolgreicher Defizit- und Schuldenabbau, bei gleichzeitiger Stärkung der langfristigen Wachstumskräfte.

2.2 Strukturreformen für Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum

Das Funktionieren von Arbeits- und Produktmärkten ist die Grundlage für internationale Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung und damit für nachhaltiges Wirtschaftswachstum, Offene Güterund flexible Arbeitsmärkte stärken den Wettbewerb als Innovationsmotor, sichern die bestmögliche Verwendung von Ressourcen und dämpfen die Preisentwicklung. Liberalisierung und Flexibilisierung können z. B. durch Privatisierung, Öffnung von Märkten für neue - in- und ausländische - Unternehmen, Abschaffung von Zöllen, Handelshindernissen und sektorspezifischen Subventionen, Reduzierung von Arbeitsmarktregulierungen, Abbau übermäßiger bürokratischer Regelungen bei Unternehmensgründungen etc. erfolgen. Eine maßvolle, effiziente Staatstätigkeit ist zudem die Voraussetzung für mehr privatwirtschaftliche Aktivität und Investitionen von in- und ausländischen Unternehmen.

In einer Währungsunion sind flexible
Arbeits- und Produktmärkte zudem
essentiell, um ökonomische Schocks
innerhalb des Währungsraums abzufedern
und eine kontinuierliche Anpassung der
Volkswirtschaften an konjunkturelle und
strukturelle Veränderungen sicherzustellen.
Denn die Auf- oder Abwertung der
nationalen Währung als Reaktion und
Anpassungsmechanismus auf ökonomische
Schocks ist in der Währungsunion nicht mehr
gegeben.

Im Rahmen der wirtschaftspolitischen Koordination in der EU, hier seien die Strategie "Europa 2020" und das neue "Verfahren zur Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte" genannt, stehen insbesondere Maßnahmen zur Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und des Wachstumspotenzials der EU-Länder im Mittelpunkt, ohne die länderspezifischen Besonderheiten aus den Augen zu verlieren. Der "Euro-Plus-Pakt" stärkt zusätzlich die Koordination und Wettbewerbsorientierung der Wirtschaftspolitiken der Länder des Euroraums.

2.3 Gute institutionelle und marktwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Rechtsstaatliche Ordnung und funktionierende Institutionen sind weitere wesentliche Voraussetzungen für Wirtschaftswachstum. Gute Institutionen zeichnen sich durch geringe Korruption, Rechtssicherheit sowie eine unabhängige Justiz, einfache Durchsetzung von Eigentumsrechten, effiziente Bürokratie und freien Marktzugang aus. Dies steigert die Effizienz staatlichen Handelns, und die Transaktionskosten auf privaten Märkten werden durch eine unabhängige Justiz und sichere Eigentumsrechte minimiert. Das ist das Fundament für nachhaltiges Wachstum. Dies wird in zahlreichen wirtschaftswissenschaftlichen Studien

KONSOLIDIERUNG UND REFORMEN FÜR NACHHALTIGES WIRTSCHAFTSWACHSTUM

gezeigt und ist inzwischen Konsens in der Wirtschaftspolitik.

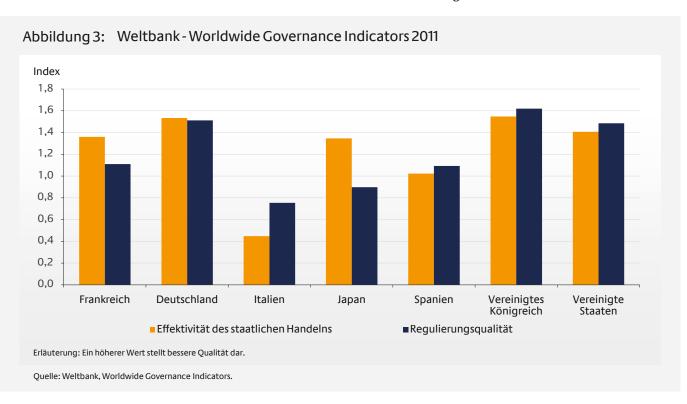
Deutschland weist gute institutionelle und marktwirtschaftliche Rahmenbedingungen auf. Dagegen besteht in einigen Ländern Europas, aber auch in großen entwickelten Volkswirtschaften außerhalb Europas, teilweise noch Reformbedarf, was in Abbildung 3 zu erkennen ist. Die Abbildung zeigt zwei Indikatoren für die Qualität von Institutionen der Worldwide Governance Indicators der Weltbank, wobei ein höherer Wert jeweils für eine bessere Qualität steht.

Die Stärkung des marktwirtschaftlichen Ordnungsrahmens durch gute Institutionen muss deshalb Teil einer langfristigen Reformstrategie für nachhaltiges Wachstum sein. In den europäischen Programm- und Krisenländern unterstützt Deutschland daher besonders Reformen zur Stärkung der institutionellen Rahmenbedingungen. Aber auch Deutschland ist weiter bestrebt, die institutionellen Rahmenbedingungen stetig zu modernisieren und übermäßige Bürokratie abzubauen.

Auch Finanzmärkte brauchen einen robusten Ordnungsrahmen, um ihrer Funktion der Unterstützung der Realwirtschaft gerecht zu werden. Stabile Finanzmärkte sind ein unverzichtbarer Teil des marktwirtschaftlichen Geschehens und elementare Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit der Wirtschaft. Jede Volkswirtschaft benötigt effiziente und stabile Finanzmärkte. Das hat die Finanz- und Wirtschaftskrise deutlich gezeigt.

2.4 Stabilitätsorientierte Geldpolitik

Ziel der Geldpolitik des Eurosystems ist die Wahrung der Preisniveaustabilität im Euroraum. Preisniveaustabilität ist die Grundlage für Wirtschaftswachstum und soziale Gerechtigkeit. Derzeit ist die Preisniveaustabilität nicht gefährdet. Aktuell liegt die Inflationsrate im Euroraum mit 2,5% (Oktober 2012) zwar über der Zielmarke der Europäischen Zentralbank ("auf mittlere Sicht unter, aber nahe 2%"), aber dies ist vor allem Ergebnis des Anstiegs der Preise für Energie- und Nahrungsmittelrohstoffe und von Steuererhöhungen im Zuge der Konsolidierung in den Krisenstaaten. Der



KONSOLIDIERUNG UND REFORMEN FÜR NACHHALTIGES WIRTSCHAFTSWACHSTUM

Einfluss dieser Sonderfaktoren sollte in den kommenden Monaten nachlassen, und so gehen die meisten Prognosen von rückläufigen Inflationsraten aus. In Deutschland lag die Inflationsrate im Oktober bei 2 %.

Die expansiven Sondermaßnahmen der Geldpolitik des Eurosystems dienen zur Verbesserung der Refinanzierungsbedingungen der Geschäftsbanken oder sollen die Transmission geldpolitischer Impulse sicherstellen. Geldpolitische Maßnahmen sind jedoch nicht geeignet, die Ursachen der derzeitigen Krise zu beheben. Ein rechtzeitiger Ausstieg des Eurosystems aus den außergewöhnlichen Maßnahmen ist nicht zuletzt notwendig, um zu vermeiden, dass es zu Blasenbildung an den Finanzmärkten, Fehlanreizen und Inflationsdruck kommt.

2.5 Risiken einer kurzfristigen, nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik

Auf Basis einer kurzfristigen, nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik kann hingegen kein dauerhaftes Wachstum entstehen. Typischerweise ist die stabilisierende Wirkung fiskalischer Konjunkturimpulse nur sehr kurzfristig gegeben ("Strohfeuer"). Eine ökonomische Begründung für solche Maßnahmen gibt es daher nur unter sehr eng begrenzten Rahmenbedingungen: Zunächst muss die zu bekämpfende Wirtschaftskrise auf konjunkturelle Gründe zurückzuführen sein. Zudem wirken fiskalische Konjunkturimpulse häufig nicht zeitgerecht, nicht zielgerichtet und nicht zeitbegrenzt. Sektorspezifische Maßnahmen (Bau, Infrastruktur) können zu Fehlallokationen mit negativen Folgewirkungen führen. In einer Krise, die auf strukturelle Probleme zurückzuführen ist, wären fiskalische Konjunkturimpulse bestenfalls wirkungslos.

Darüber hinaus kommt es auch auf die Konditionen zur staatlichen Refinanzierung an. Ein Staat, der schuldenfinanzierte fiskalische Konjunkturimpulse setzt, muss über eine ausreichende Bonität verfügen.
Ansonsten wäre die Aufnahme zusätzlicher
Kredite kontraproduktiv, da sie die
Refinanzierungskosten in die Höhe treiben
würde und im schlimmsten Fall sogar zu einem
Vertrauensverlust an den Finanzmärkten
führen könnte – mit unüberschaubaren Risiken
für das Wirtschaftswachstum. Deutschland
hatte die Glaubwürdigkeit der langfristigen
Schuldentragfähigkeit im Krisenjahr 2009
hingegen noch dadurch erhöht, dass zeitgleich
mit den Beschlüssen über umfangreiche
Konjunkturpakete die Schuldenbremse im
Grundgesetz verankert wurde.

3 Reformpolitik in Deutschland

3.1 Schuldenbremse und nachhaltige Konsolidierung

Deutschland hat sich mit der grundgesetzlichen Schuldenbremse glaubwürdig auf eine ehrgeizige und nachhaltige Konsolidierung der öffentlichen Finanzen verpflichtet. Die Schuldenbremse gibt den rechtlich verbindlichen Rahmen für die schrittweise Rückführung der strukturellen Haushaltsdefizite vor. Zugleich erlaubt sie ein konjunkturgerechtes "Atmen" der staatlichen Haushalte. Die Schuldenbremse wird auch von wissenschaftlicher Seite positiv beurteilt. So stellte beispielsweise der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung fest, dass die neue Regel eine "finanzpolitische Errungenschaft" ist, die "einen wichtigen und richtigen Beitrag zur wirksamen Begrenzung der staatlichen Verschuldung" leistet.¹ Der auf europäischer Ebene vereinbarte Fiskalvertrag zur Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion verpflichtet die Unterzeichnerländer zur

¹Jahresgutachten 2010/2011 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Textziffer 360. Abrufbar unter: http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de

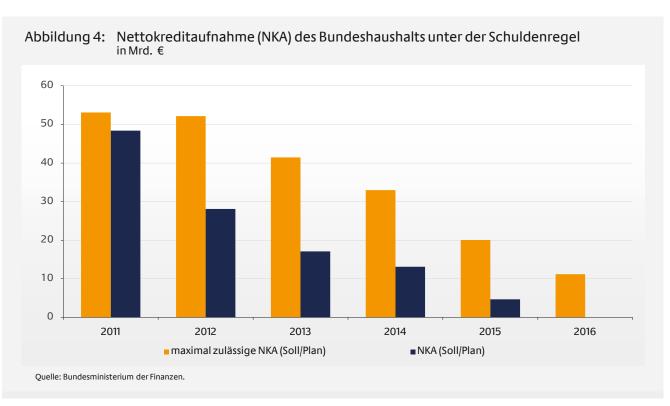
KONSOLIDIERUNG UND REFORMEN FÜR NACHHALTIGES WIRTSCHAFTSWACHSTUM

Einführung verbindlicher Fiskalregeln, die nach deutschem Vorbild gestaltet sind.

Die Bundesregierung hat in den ersten beiden Jahren der Anwendung der Schuldenbremse erfolgreich den vorgeschriebenen Abbaupfad für die kontinuierliche Rückführung der strukturellen Kreditaufnahme unterschritten und plant dies auch für die kommenden Jahre. Nach heutiger Planung wird bereits im Jahr 2013 die eigentlich erst ab dem Jahr 2016 geltende verfassungsrechtliche strukturelle Defizitgrenze der Schuldenbremse von 0,35 % in Relation zum Bruttoinlandsprodukt eingehalten. Im Jahr 2016 wird insgesamt ein ausgeglichener Bundeshaushalt erreicht (vergleiche Abbildung 4). Die Einhaltung der Schuldenbremse stellt die entscheidende Grundlage für dauerhafte finanzpolitische Handlungsfähigkeit dar, auch vor dem Hintergrund der zukünftigen demografischen Entwicklung.

Die Bundesregierung strebt an, die Struktur der öffentlichen Ausgaben noch stärker nach wachstumsorientierten Aspekten auszurichten. Mit dem Bundeshaushalt 2013 und dem Finanzplan bis 2016 wird dies eindrucksvoll belegt: So fließen trotz einer deutlichen Rückführung der Nettokreditaufnahme in den nächsten Jahren zusätzliche Mittel in die Bereiche Bildung und Forschung und damit in unabdingbare Investitionen für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands. Die Priorität für Zukunftsinvestitionen zeigt sich nicht zuletzt daran, dass der Etat des Bundesministeriums für Bildung und Forschung 2013 um rund 800 Mio. € auf nunmehr 13,7 Mrd. € erhöht wird.

Experten und Organisationen im In- und Ausland bestätigen den Erfolg der deutschen Konsolidierungspolitik. So zeigt beispielsweise die Herbstprognose der EU-Kommission vom 7. November 2012, dass Deutschland seiner Verantwortung als Stabilitätsanker im Euroraum gerecht wird: Die EU-Kommission geht davon aus, dass die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland im Verlauf des Jahres 2013 wieder an Schwung gewinnen wird. Gleichzeitig sei auf fiskalischer Seite der ausgeglichene Staatshaushalt in Reichweite, und das strukturelle Haushaltssaldo



12

KONSOLIDIERUNG UND REFORMEN FÜR NACHHALTIGES WIRTSCHAFTSWACHSTUM

Deutschlands werde bereits im laufenden Jahr einen Überschuss aufweisen.

3.2 Erfolgreiche Strukturreformen

Eine zentrale Grundvoraussetzung für das heutige Wirtschaftswachstum sind die in der Vergangenheit erfolgten Strukturreformen in Deutschland. Noch im vergangenen Jahrzehnt wurde Deutschland als "kranker Mann Europas" bezeichnet. Das reale Wirtschaftswachstum betrug in den Jahren 2000 bis 2005 durchschnittlich nur 1,0 % pro Jahr, während das Wachstum im EU-Raum bei durchschnittlich 2,2 % pro Jahr lag. Nach Umsetzung der Reformen entwickelte sich Deutschland schrittweise zur "Wachstumslokomotive": In den Jahren 2006 bis 2011 war – trotz des konjunkturellen Einbruchs im Jahr 2009 aufgrund der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise - ein Wachstum von durchschnittlich 1,6 % pro Jahr

zu verzeichnen. Im gleichen Zeitraum belief sich das Wirtschaftswachstum in der EU nur noch auf durchschnittlich 1,0 % pro Jahr.

Wichtige Elemente der Strukturreformen in Deutschland waren einerseits der Umbau der Sozialsysteme, der die Anreize zur Arbeitsaufnahme verbessert hat, sowie die Flexibilisierung des Arbeitsmarkts, die in Verbindung mit einem verantwortungsvollen Verhalten der Tarifpartner maßgeblich zur signifikanten Erhöhung der Beschäftigungsquote (vergleiche Abbildung 5) und der seit der deutschen Einheit niedrigsten Arbeitslosenquote beigetragen hat. Darüber hinaus haben Reformen im Bereich der Rentenversicherung die Alterssicherung demografiefester gemacht. In der jüngsten Zeit wurde mit den Novellen des Telekommunikationsgesetzes und des Regulierungsrechts für den Eisenbahnsektor die Deregulierungspolitik

Abbildung 5: Beschäftigungsquote Deutschlands im internationalen Vergleich in % der Bevölkerung 80 75 70 65 60 55 50 2008 2009 2010 2011 1998 1999 2000 2001 2002 2003 2004 2005 2006 2007 Deutschland Frankreich Italien Japan Spanien Vereinigtes Königreich Vereinigte Staaten Ouelle: Eurostat.

KONSOLIDIERUNG UND REFORMEN FÜR NACHHALTIGES WIRTSCHAFTSWACHSTUM

fortgesetzt. Das kürzlich verabschiedete 8. Gesetz zur Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (8. GWB-Novelle) stärkt den Wettbewerbsrahmen. Jedoch sollte sich Deutschland nicht auf seinen Erfolgen ausruhen. Darauf hat auch der Sachverständigenrat in seinem aktuellen Gutachten hingewiesen.²

3.3 Ein robuster Ordnungsrahmen für Finanzmärkte

Die Bundesregierung hat – gemeinsam mit europäischen und internationalen Partnern – Schritt für Schritt ein Konzept zur Neuordnung der Finanzmärkte auf den Weg gebracht. Banken müssen künftig höhere Anforderungen an Eigenkapital und Liquidität (Basel III) erfüllen. Damit werden sie widerstandsfähiger sowohl gegen gesamtwirtschaftliche Krisen als auch gegenüber normalen Marktrisiken. Um falsche Anreizstrukturen zu vermeiden, sind Banken und Versicherungen verpflichtet, ihre Vergütungssysteme nachhaltig auszugestalten. Zu einem robusten Ordnungsrahmen gehört auch, dass Eigentümer und Gläubiger die Risiken ihrer Investitionen tragen, nicht der Steuerzahler.

Mit dem Restrukturierungsgesetz und der Bankenabgabe hat Deutschland Maßstäbe gesetzt. In den Verhandlungen zur EU-Krisenmanagementrichtlinie will die Bundesregierung erreichen, dass entsprechende Vorkehrungen zur Sanierung und geordneten Abwicklung für EU-Institute geschaffen werden. Daneben wurden Transparenz und Sicherheit der Derivatemärkte gestärkt: Künftig werden Over-the-Counter-Derivategeschäfte (OTC) über zentrale Gegenparteien abgewickelt und in Transaktionsregistern dokumentiert.

²Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 2012/13, "Stabile Architektur für Europa – Handlungsbedarf im Inland". Zusätzlich wurde die europäische Finanz- und Bankenaufsicht gestärkt. Wenn dieser Weg weiter konsequent verfolgt wird, erhöht dies spürbar das Vertrauen der Finanzmärkte in Europa, aber auch das Vertrauen der Menschen in die Finanzmärkte.

4 Positivbeispiele aus anderen Ländern

4.1 Viele Beispiele für erfolgreiche Reformen

Internationale Beispiele für erfolgreiche Reformen zeigen, wie andere Länder ihre Staatsschulden reduzierten und ihr Wachstumspotenzial nachhaltig stärkten. Eine Studie der Ökonomen Alesina und Ardagna verdeutlicht, dass vorwiegend ausgabenbasierte Konsolidierungsstrategien tendenziell zu einer nachhaltigeren Verringerung der Schuldenstandsquote führen und mit weniger ausgeprägten Rezessionen verbunden sind (vergleiche Kasten 1 auf Seite 15).

So konnten die Niederlande, Irland, Schweden und Neuseeland in den 1980er und 1990er Jahren Phasen stagnierenden Wachstums, hoher Haushaltsdefizite und hoher öffentlicher Schulden überwinden. Konsequente Ausgabendisziplin wurde begleitet durch Deregulierung der Arbeits- und Produktmärkte, Privatisierung staatlicher Unternehmen und Verbesserung institutioneller Rahmenbedingungen. Erfolgreiche Konsolidierungsstrategien waren in der Vergangenheit typischerweise durch ambitionierte Ausgabenreformen charakterisiert, da so eine entsprechend nachhaltige Reduzierung von Defiziten und Schuldenständen möglich war. In den meisten Fällen wurden erfolgreiche Ausgabenreduktionen im Rahmen einer umfangreichen Reformstrategie durchgeführt, welche neben Strukturreformen, insbesondere auf dem Arbeitsmarkt und im Steuersystem, auch institutionelle Verbesserungen – etwa bei der Budgetkontrolle - umfasste.

KONSOLIDIERUNG UND REFORMEN FÜR NACHHALTIGES WIRTSCHAFTSWACHSTUM

Kasten 1: Makroökonomische Effekte fiskalischer Konsolidierungspolitik

Die Autoren Alberto Alesina (Harvard und IGIER) und Silvia Ardagna (Goldman Sachs) untersuchen in einem im September 2012 vorgelegten Forschungspapier ("The Design of Fiscal Adjustments", NBER Working Paper 18423) die makroökonomischen Effekte fiskalischer Konsolidierungspolitik unter Verwendung zweier empirischer Ansätze, die in der einschlägigen Literatur typischerweise herangezogen werden.

Das Papier kommt zu dem Ergebnis, dass vorwiegend ausgabenbasierte Konsolidierungsstrategien tendenziell

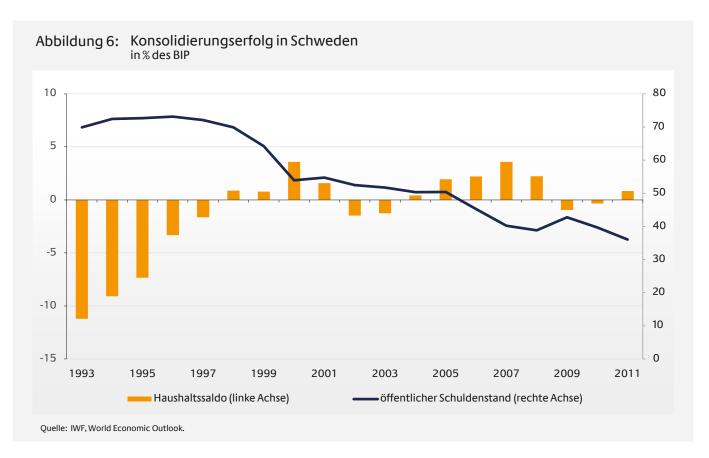
- zu einer nachhaltigeren Verringerung der Schuldenstandsquote führen;
- mit weniger ausgeprägten Rezessionen verbunden sind;
- auch positive Wachstumseffekte (sogenannte nicht-keynesianische Effekte) mit sich bringen können, insbesondere wenn sie mit wachstumsorientierten Strukturreformen im Bereich der Arbeits- und Produktmarktliberalisierung flankiert werden.

Die empirischen Ergebnisse des Papiers unterstreichen die Richtigkeit des europäischen Ansatzes einer wachstumsfreundlichen Konsolidierung. Insbesondere in den Programmländern Griechenland, Irland und Portugal wird eine Doppelstrategie aus Konsolidierung und strukturellen Reformen verfolgt, um das Marktvertrauen wiederherzustellen und das langfristige Wachstumspotenzial zu stärken. Der Ansatz verbindet – möglichst ausgabenbasierte – fiskalische Anpassung im Einklang mit den Regelungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts mit wirtschaftspolitischen Strukturreformen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.

Die Erfolge zeigten sich recht bald. Die Haushaltsdefizite der Länder verringerten sich zügig. Das Wirtschaftswachstum stieg deutlich an, und die Arbeitslosenrate wurde mindestens halbiert. Ein Beispiel für eine erfolgreiche Konsolidierung ist Schweden, das Anfang der 1990er Jahre Haushaltsdefiziten von bis zu 11% des BIP und rasant steigenden Staatsschulden gegenüberstand. Umfängliche Fiskalreformen (Top-Down-Budgetierung, Ziel eines Haushaltsüberschusses von 1% des

BIP, mittelfristige Grenzen für die Ausgaben des Zentralstaates, Verpflichtung der lokalen Verwaltungen zu ausgeglichenen Haushalten, Reform des Rentensystems, unabhängige Kontrolle der Fiskalpolitik) halfen, dass Schweden heute als Land mit der besten Haushaltssituation in Europa gilt. Nach Prognose der Europäischen Kommission wird in diesem Jahr der Haushalt ausgeglichen sein bei einem Schuldenstand von nur 37,4 % des BIP (vergleiche Abbildung 6).

KONSOLIDIERUNG UND REFORMEN FÜR NACHHALTIGES WIRTSCHAFTSWACHSTUM



4.2 Reformerfolge in einigen Ländern des Euroraums

In einigen Ländern des Euroraums zeigt die eingeschlagene Strategie unter sehr schwierigen Bedingungen erste Erfolge. Die Haushaltsdefizite gehen zurück, internationale Wettbewerbsfähigkeit wird wiedergewonnen, und Strukturreformen legen die Grundlage für zukünftiges Beschäftigungs- und Wirtschaftswachstum.

Zum Beispiel wurden die Haushaltsdefizite inzwischen deutlich reduziert. Dieses Ergebnis wurde trotz zum Teil widriger konjunktureller Umstände erreicht. So sanken die Haushaltsdefizite zwischen den Jahren 2009 und 2012 (Herbstprognose der Europäischen Kommission) in Griechenland um 8,8 Prozentpunkte auf 6,8 % des BIP, in Irland um 5,5 Prozentpunkte auf 8,4 %, in Portugal um 5,1 Prozentpunkte auf 5,0 %, in Spanien um 3,2 Prozentpunkte auf 8,0 % und in Italien um 2,6 Prozentpunkte auf 2,9 %. Hervorzuheben ist, dass die Länder

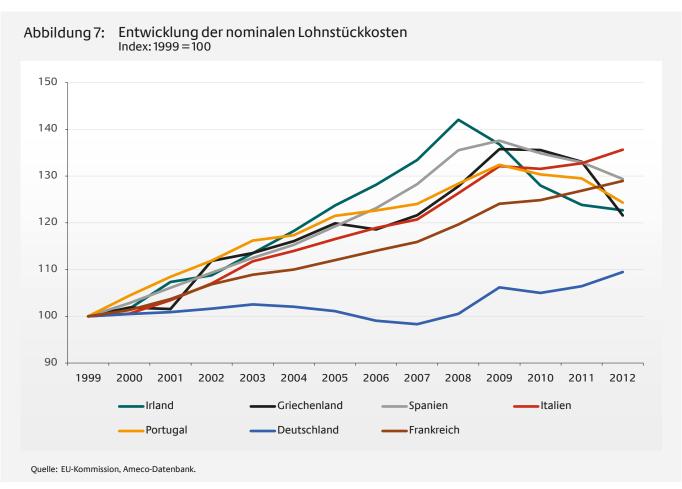
auch ihr strukturelles Haushaltsdefizit, d. h. das um konjunkturelle Effekte und Einmaleffekte bereinigte Defizit, zumeist in derselben Größenordnung reduziert haben. Damit ist der schon erreichte Defizitabbau erheblich, wenn auch noch deutliche weitere Konsolidierungsschritte bis zum Einhalten des Fiskalvertrags notwendig sind. Dieser sieht vor, dass die Vertragsstaaten Fiskalregeln in nationales Recht umsetzen, die die jährliche Einhaltung ihres mittelfristigen Haushaltsziels, d. h. eines um Konjunktur- und Einmaleffekte bereinigten Defizits mit einer Obergrenze von 0,5 % des BIP sichern.

Auch die makroökonomischen Ungleichgewichte gehen zurück. Dies zeigt sich am Abbau der Leistungsbilanzdefizite. Griechenland und Portugal als die Länder mit den höchsten Leistungsbilanzdefiziten im Jahr 2008 können bis 2012 voraussichtlich eine Reduktion um je 10 Prozentpunkte erreichen. Für Spanien und Italien wird dieses Jahr nur noch ein Leistungsbilanzdefizit von rund 2% beziehungsweise 1% des BIP

KONSOLIDIERUNG UND REFORMEN FÜR NACHHALTIGES WIRTSCHAFTSWACHSTUM

erwartet, und Irland erwirtschaftet sogar einen Überschuss. Auch die in vielen Ländern zurückgehenden Lohnstückkosten sind ein Indikator für einen Abbau der Ungleichgewichte und ein Wiedergewinnen der preislichen Wettbewerbsfähigkeit, wie in Abbildung 7 dargestellt. In Irland und Griechenland sind die Lohnstückkosten seit ihrem Höhepunkt bis 2012 zweistellig um gut 13 % beziehungsweise 10 % gesunken. Auch in Spanien und Portugal sind signifikante Rückgänge um 6 % zu verzeichnen. Der unlängst erschienene "Global Competitiveness Report" des World Economic Forum konstatiert ebenfalls eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit von Ländern wie Spanien, Italien und Portugal. Zusammen mit dem robusten Einkommenszuwachs in Deutschland hat dies zu einer erheblichen Verringerung der Unterschiede in der Wettbewerbsfähigkeit beigetragen.

Schließlich führen viele Länder umfangreiche Strukturreformen auf den Arbeits-, Güter- und Dienstleistungsmärkten durch. Beispielsweise wurden im Arbeitsmarktbereich Reformen zur Dezentralisierung der Lohnfindung implementiert. Dadurch kann sich die Lohnentwicklung besser an der betrieblichen Produktivitätsentwicklung orientieren. Zudem wurde, wo notwendig, der Kündigungsschutz flexibilisiert, sodass die Reallokation der Beschäftigung aus dem Binnensektor in den Exportsektor vereinfacht ist. Die Strukturreformen werden auch von internationaler Seite (EU-Kommission, Internationaler Währungsfonds, OECD) anerkannt. So analysiert die OECD in ihrem Bericht "Going for Growth 2012", dass sich insbesondere in Griechenland, Irland und Portugal sowie Spanien die Reformintensität stark verbessert hat. Diese Erfolge stellte



KONSOLIDIERUNG UND REFORMEN FÜR NACHHALTIGES WIRTSCHAFTSWACHSTUM

auch der Sachverständigenrat³ in seinem Jahresgutachten 2012/13 vom 7. November 2012 fest.

5 Für die internationale Umsetzung einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik

In seiner aktuellen Prognose für die Weltwirtschaft hat der Internationale Währungsfonds (IWF) steigende Abwärtsrisiken für das globale Wachstum diagnostiziert. Neben bestehenden Schwierigkeiten im Euroraum und einer sich abschwächenden Dynamik in Schwellenländern begründet der IWF dies mit der fehlenden Umsetzung eines mittelfristigen Plans zur Haushaltskonsolidierung in den USA und Japan. Das zeigt, wie wichtig die Sicherung solider Staatsfinanzen für Stabilität und Wachstum auch auf internationaler Ebene ist.

³Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 2012/13, "Stabile Architektur für Europa – Handlungsbedarf im Inland".

Vor diesem Hintergrund vereinbarte die G20 bereits auf dem Gipfel in Toronto im Juni 2010, dass die Industrieländer der G20 die Defizite in ihren öffentlichen Haushalten bis 2013 halbieren und bis 2016 den öffentlichen Schuldenstand stabilisieren ("Toronto Commitments"). Bei ihrem Treffen in Mexiko-Stadt am 3.und 4. November 2012 bezeichneten es die G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure als die wichtigste Aufgabe, weltwirtschaftliche Risiken zu minimieren und Vertrauen zurückzugewinnen. Sie bekräftigten, dass dafür eine pünktliche und vollständige Umsetzung zugesagter Reformen und Konsolidierungsmaßnahmen, insbesondere der "Toronto Commitments", entscheidend sei.

Viele Länder, darunter die europäische G20, sind auf gutem Weg, die Toronto-Ziele zu erreichen (vergleiche Tabelle 2). Darüber hinaus leistet Europa mit der Stärkung des institutionellen Rahmens der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion und den daraus entstehenden finanzpolitischen Verpflichtungen für die Mitgliedstaaten einen wichtigen Beitrag zur globalen Finanzstabilität. Die USA und Japan stehen noch vor großen Herausforderungen.

Erfreulich aus Sicht der Bundesregierung ist der Konsens unter den G20-Staaten, dass

Tabelle 2: Erfüllung der "Toronto Commitments" – Halbierung der öffentlichen Defizite bis 2013

	Projektion 06/2010 (Toronto-Gipfel)	Projektion für 2013	Erfüllung des Toronto- Ziels: Defizit 06/2012 halbiert	Erfüllung des Toronto- Ziels: Stabilisierung der Schuldenquote bis 2016
Australien	-5,0	-1,0	+	+
Deutschland	-5,7	-0,4	+	+
Frankreich	-8,2	-3,5	+	+
Italien	-5,3	-1,8	+	+
Japan	-9,8	-9,1	*	*
Kanada	-5,2	-3,0	-	+
Vereinigtes Königreich	-11,4	-7,3	-	+
Vereinigte Staaten	-11,0	-7,3	-	+

Erläuterung: + Ziel wird voraussichtlich erfüllt; - Ziel wird voraussichtlich verfehlt; * Für Japan gelten Ausnahmetatbestände. Quelle: IMF Fiscal Monitor Oktober 2012; Projektion 06/2012: Fiscal Monitor, Mai 2010, Seite 21.

KONSOLIDIERUNG UND REFORMEN FÜR NACHHALTIGES WIRTSCHAFTSWACHSTUM

die Fiskalkonsolidierung und Sicherung nachhaltiger Staatsfinanzen weiterhin als gemeinsame internationale Aufgabe von hoher Priorität gilt. Maßgeblich von der Bundesregierung unterstützt wird darüber hinaus das Vorhaben, bis zum nächsten G20-Gipfel in Sankt Petersburg für die geltenden Toronto-Ziele anspruchsvolle Anschlussziele über 2016 hinaus zu vereinbaren. Dies wird nach Ansicht der Bundesregierung zur Vertrauensbildung beitragen und so die Entwicklung der Weltwirtschaft und die Aussichten für nachhaltiges Wirtschaftswachstum positiv beeinflussen.

ERGEBNISSE DER STEUERSCHÄTZUNG VOM 29. BIS 31. OKTOBER 2012

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 29. bis 31. Oktober 2012

- Die Steuereinnahmen werden im Jahr 2012 voraussichtlich um 5,8 Mrd. € (Bund 3,9 Mrd. €) über dem im Mai geschätzten Niveau liegen.
- Hinsichtlich der weiteren Schätzjahre wurden die Einnahmeerwartungen nur noch für das Jahr 2014 geringfügig gegenüber der Mai-Schätzung angehoben. Für alle anderen Jahre wurden leicht geringere Steuereinnahmen prognostiziert.
- Die Ergebnisse der Steuerschätzung für das Jahr 2012 sind für Bund, Länder und Gemeinden erfreulich. Die Politik der wachstumsfreundlichen Konsolidierung funktioniert. Im parlamentarischen Verfahren zum 2. Nachtragshaushalt wurden die Steuermehreinnahmen zur Absenkung der Nettokreditaufnahme eingesetzt.

1	Berücksichtigte Steuerrechtsänderungen	6
2	Gesamtwirtschaftliche Annahmen	6
3	Schätzergebnisse des Arbeitskreises "Steuerschätzungen"	8
3.1	Entwicklung der Einnahmen im Schätzzeitraum	8
3.2	Vergleich mit der letzten Schätzung vom Mai 2012	10
4	Finanzpolitische Schlussfolgerungen	12

Vom 29. bis 31. Oktober 2012 fand in Frankfurt am Main auf Einladung der Deutschen Bundesbank die 141. Sitzung des Arbeitskreises "Steuerschätzungen" statt. Geschätzt wurden die Steuereinnahmen für die Jahre 2012 bis 2017.

1 Berücksichtigte Steuerrechtsänderungen

Die Schätzung ging vom geltenden Steuerrecht aus. Für die Jahre 2012 bis 2017 wurden gegenüber der Schätzung vom Mai 2012 die finanziellen Auswirkungen der nachstehenden Gesetze berücksichtigt:

 Umsetzung des Urteils des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 20. Oktober 2011 zur Besteuerung von Streubesitzdividenden als unmittelbar geltendes Recht. Die Auswirkungen der Rechtsänderung wurden erstmals in der Steuerschätzung vom Mai 2012 berücksichtigt. Die gegenüber dem damaligen Ansatz aufgrund einer neuen Quantifizierung aufgetretene Differenz wurde zusätzlich als Rechtsänderung berücksichtigt.

- Umsetzung des EuGH-Urteils vom 12. Juni 2012 zur Kindergeldberechtigung europäischer Wanderarbeitnehmer in Deutschland als unmittelbar geltendes Recht.
- Erhöhung des Grunderwerbsteuersatzes in Mecklenburg-Vorpommern seit dem 30. Juni 2012 gemäß Artikel 3 des Haushaltsbegleitgesetzes 2012/2013 vom 22. Juni 2012.

2 Gesamtwirtschaftliche Annahmen

Der Steuerschätzung liegen die gesamtwirtschaftlichen Eckwerte der Herbstprojektion der Bundesregierung zugrunde. Es wird davon ausgegangen,

ERGEBNISSE DER STEUERSCHÄTZUNG VOM 29. BIS 31. OKTOBER 2012

dass das Bruttoinlandsprodukt in den Jahren 2012 und 2013 jahresdurchschnittlich um nominal 2,4 % beziehungsweise 2,8 % gegenüber dem Vorjahr ansteigen wird (real + 0,8 % beziehungsweise + 1,0 %). Dies stellt gegenüber der Frühjahrsprojektion für das Jahr 2012 eine geringfügige Aufwärtskorrektur dar, während die Wachstumsrate für 2013 nun niedriger ausfällt als im Rahmen der Steuerschätzung im Mai 2012 angenommen. Für den mittelfristigen Schätzzeitraum (2014 bis 2017) wird mit einer Zunahme des nominalen Bruttoinlandsprodukts um durchschnittlich 2,9 % pro Jahr gerechnet (real + 1,4% pro Jahr).

Der Anstieg der als gesamtwirtschaftliche Bemessungsgrundlage für die Steuerschätzung besonders relevanten Bruttolöhne und -gehälter wurde in der Herbstprojektion in etwa so hoch wie im Frühjahr prognostiziert. Für die Jahre 2012 und 2013 wird von einer Zunahme der Lohnsumme um 3,8 % beziehungsweise 2,8 % ausgegangen (Frühjahrsprojektion: +3,7% beziehungsweise + 2,8 %). Im mittelfristigen Schätzzeitraum 2014 bis 2017 beträgt die entsprechende Zuwachsrate durchschnittlich 2,6 % pro Jahr Während die Zunahme der Unternehmens- und Vermögenseinkommen im Jahr 2012 mit 0,7 % etwas höher ausfallen dürfte als noch in der Frühjahrsprojektion

Tabelle 1: Gesamtwirtschaftliche Vorgaben des interministeriellen Arbeitskreises "Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen" für die Steuerschätzungen Mai 2012 und November 2012 Veränderungen gegenüber Vorjahr in %

veranderungen g	egenaber voi	juin ni 70				
	20	12	20)13	2014	
	Steuer- schätzung Mai 2012	Steuer- schätzung November 2012	Steuer- schätzung Mai 2012	Steuer- schätzung November 2012	Steuer- schätzung Mai 2012	Steuer- schätzung November 2012
BIP nominal	+2,3	+2,4	+3,2	+2,8	+3,0	+2,9
BIP real	+0,7	+0,8	+1,6	+1,0	+1,5	+1,4
Bruttolohn- und Gehaltssumme	+3,7	+3,8	+2,8	+2,8	+2,4	+2,6
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	+0,3	+0,7	+4,9	+3,7	+4,5	+3,8
Private Konsumausgaben	+3,2	+2,7	+3,1	+3,0	+3,0	+2,9
	20	15	2016		2017	
	Steuer- schätzung Mai 2012	Steuer- schätzung November 2012	Steuer- schätzung Mai 2012	Steuer- schätzung November 2012		Steuer- schätzung November 201
BIP nominal	+3,0	+2,9	+3,0	+2,9	-	+2,9
BIP real	+1,5	+1,4	+1,5	+1,4	-	+1,4
Bruttolohn- und Gehaltssumme	+2,4	+2,6	+2,4	+2,6	-	+2,6
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	+4,3	+3,8	+4,3	+3,8	-	+3,8
Private Konsumausgaben	+3,0	+2,9	+3,0	+2,9	_	+2,9

Quelle: Arbeitskreis Gesamtwirtschaftliche Vorrausschätzungen.

ERGEBNISSE DER STEUERSCHÄTZUNG VOM 29. BIS 31. OKTOBER 2012

unterstellt (+ 0,3 %), wird der Anstieg in den Folgejahren voraussichtlich deutlich schwächer sein als noch im Mai 2012 erwartet.

3 Schätzergebnisse des Arbeitskreises "Steuerschätzungen"

3.1 Entwicklung der Einnahmen im Schätzzeitraum

Die Schätzergebnisse sind Tabelle 2
zu entnehmen¹. Danach werden die
Steuereinnahmen insgesamt im Jahr 2012
gegenüber dem Ist-Ergebnis 2011 um
29,0 Mrd. € (+ 5,1%) anwachsen. Der
Bund erreicht dabei einen Zuwachs der
Steuereinnahmen um 3,3%, die Länder
um 5,6% und die Gemeinden um 6,1%. Das
Aufkommen der Europäischen Union (EU)
steigt voraussichtlich um 14,9%. Für die
Folgejahre rechnet der Arbeitskreis basierend
auf den gesamtwirtschaftlichen Vorgaben mit
einem weiteren kontinuierlichen Anstieg des
Steueraufkommens.

Im gesamten Schätzzeitraum wird, ausgehend vom letzten Ist-Jahr 2011, bis zum Jahr 2017 ein Zuwachs der Steuereinnahmen von 23% erwartet. Die größte Dynamik weist hierbei die veranlagte Einkommensteuer auf; es wird eine Aufkommenssteigerung von 55% erwartet. Aufgrund des Auslaufens der Eigenheimzulage und der Investitionszulage im Schätzzeitraum ist das Wachstum allerdings um 8 Prozentpunkte überzeichnet. Bei der Körperschaftsteuer wird im Schätzzeitraum mit einem Zuwachs von 53% gerechnet.

'Hinsichtlich der Ergebnisse für die Einzelsteuern wird auf die auf der Internetseite des Bundesministeriums der Finanzen veröffentlichten Ergebnistabellen verwiesen: http://www.bundesfinanzministerium. de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Steuern/Steuerschaetzungen_und_Steuereinnahmen/Steuerschaetzung/2012-11-01-ergebnisse-141-sitzung-steuerschaetzung-dl.pdf?__ blob=publicationFile&v=2

Hier ist der Ist-Wert im Basisjahr 2011 jedoch aufgrund von Sonderfällen sehr niedrig; nach Korrektur ergibt sich immerhin noch eine Wachstumserwartung von 33 %. Bei den Sonderfällen handelt es sich um große Ausschüttungen im Konzernverbund, welche durch die Anrechnung der Kapitalertragsteuer auf die Körperschaftsteuer beim Ausschüttungsempfänger das Aufkommen der Körperschaftsteuer im Jahr 2011 und auch 2012 gemindert haben. Die Entwicklung der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag ist daher spiegelbildlich - das Aufkommen im Basisjahr ist überhöht, die Zuwachsrate im Schätzzeitraum beträgt nur 5%. Im Jahr 2013 trägt die für dieses Jahr erwartete Steuererstattung für frühere Jahre, die aus dem EuGH-Urteil zu den Streubesitzdividenden resultiert, neben der vorgenannten überhöhten Basis von 2012 zu einem starken Rückgang der Einnahmen aus den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag (- 27%) bei.

Auch für die Gewerbesteuer wird im gesamten Schätzzeitraum von einem stetigen Anstieg der Einnahmen ausgegangen, wobei die Zuwachsraten allerdings nicht mehr das Niveau der Jahre 2010 und 2011 erreichen werden. Die Zunahme im Schätzzeitraum liegt mit 22 % nur einen Prozentpunkt unter dem Wachstum der gesamten Steuereinnahmen. Die Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge wird voraussichtlich aufgrund des weiterhin niedrigen Durchschnittszinssatzes in den Jahren 2012 und 2013 nur leicht ansteigen. Erst für die Folgejahre wird aufgrund eines unterstellten Anstiegs des Durchschnittszinsniveaus mit einer zunehmend dynamischeren Entwicklung des Steueraufkommens gerechnet.

Das Lohnsteueraufkommen wird im Schätzzeitraum die positive Entwicklung des Jahres 2011 fortsetzen, wenngleich mit moderateren Zuwachsraten zwischen 5,2% und 6,5% (Ist 2011: +9,3%). Während im Jahr 2012 noch eine erhebliche Zunahme der Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer erwartet wird, gehen die Impulse in den folgenden Jahren des Schätzzeitraums

ERGEBNISSE DER STEUERSCHÄTZUNG VOM 29. BIS 31. OKTOBER 2012

hauptsächlich von der erwarteten Zunahme der Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer aus. Das Aufkommen wird im Schätzzeitraum insgesamt voraussichtlich um 30 % steigen.

Auch bei den Steuern vom Umsatz wird von einem kräftigen Anstieg des Aufkommens ausgegangen, der im gesamten Schätzzeitraum bei 20 % liegen wird, wobei die jährlichen Zuwachsraten um 3 % schwanken. Dies spiegelt die durchgehend stabile Aufwärtsentwicklung des inländischen Konsums wider.

Das Aufkommen der Bundessteuern wird bis 2017 insgesamt nur leicht ansteigen. Bei wichtigen Verbrauchsteuern (Energiesteuer, Stromsteuer, Tabaksteuer) nimmt der Arbeitskreis Rückgänge an. Lediglich der Solidaritätszuschlag hat aufgrund der guten Entwicklung seiner Bemessungsgrundlagen einen erheblichen Zuwachs zu verzeichnen. Ohne den Solidaritätszuschlag wäre das Aufkommen der Bundessteuern im Schätzzeitraum insgesamt rückläufig.

Die Länder können im Schätzzeitraum mit einem weiteren Anstieg des Aufkommens aus der Grunderwerbsteuer rechnen (bis 2017 um 28 % auf voraussichtlich 8,1 Mrd. €).

Neben Steuersatzerhöhungen und der guten wirtschaftlichen Entwicklung wird auch mit einer zunehmenden Nachfrage aufgrund der international vergleichsweise niedrigen Grundstückspreise in Deutschland gerechnet, aus der verstärkte Aktivitäten auf dem Grundstücksmarkt resultieren.

Die wichtigste Einnahmequelle neben der Gewerbesteuer ist für die Gemeinden die Grundsteuer B. Das Aufkommen aus dieser Steuer wird sich voraussichtlich bis 2017 auf 12,7 Mrd. € verbessern.

Tabelle 2: Ergebnis der Steuerschätzung November 2012

	Ist	Schätzung	Schätzung	Schätzung	Schätzung	Schätzung	Schätzung
	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
1. Bund							
in Mrd. €	248,0	256,2	260,5	270,4	278,5	287,7	297,5
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+9,8	+3,3	+1,7	+3,8	+3,0	+3,3	+3,4
2. Länder							
in Mrd. €	224,3	236,8	242,9	252,6	261,0	269,3	277,7
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+6,8	+5,6	+2,6	+4,0	+3,3	+3,2	+3,1
3. Gemeinden							
in Mrd. €	76,6	81,3	83,9	87,3	90,7	94,0	97,2
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+8,9	+6,1	+3,3	+4,0	+3,9	+3,6	+3,5
4. EU							
in Mrd. €	24,5	28,1	30,7	32,0	34,0	35,0	34,3
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+0,4	+14,9	+9,0	+4,3	+6,3	+2,9	-2,1
5. Steuereinnahmen insgesamt							
in Mrd. €	573,4	602,4	618,0	642,3	664,2	685,9	706,6
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+8,1	+5,1	+2,6	+3,9	+3,4	+3,3	+3,0

Bund und Länder nach Ergänzungszuweisungen, Umsatzsteuerverteilung und Finanzausgleich.

Länder ohne, Gemeinden mit Gemeindesteuereinnahmen der Stadtstaaten.

Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen.

Quelle: Arbeitskreis Steuerschätzungen.

ERGEBNISSE DER STEUERSCHÄTZUNG VOM 29. BIS 31. OKTOBER 2012

Die volkswirtschaftliche Steuerquote steigt im Jahr 2012 voraussichtlich auf 22,69 % an (2011: 22,11 %). Bis zum Ende des Schätzzeitraums nimmt die Quote nach Einschätzung des Arbeitskreises "Steuerschätzungen" nur noch leicht zu und wird im Jahr 2017 bei 23,06 % liegen.

3.2 Vergleich mit der letzten Schätzung vom Mai 2012

Tabelle 3 zeigt den Vergleich der aktuellen Schätzergebnisse mit der letzten Steuerschätzung vom Mai 2012. Die Steuereinnahmen insgesamt werden im Jahr 2012 voraussichtlich mit 602,4 Mrd. €

um 5,8 Mrd. € höher ausfallen, als noch im Mai 2012 geschätzt wurde. Ursächlich hierfür sind die erwarteten Mehreinnahmen aufgrund der verbesserten konjunkturellen Entwicklung (+5,4 Mrd. €). Die erstmals in die Steuerschätzung einbezogenen Rechtsänderungen erhöhen das erwartete Mehraufkommen um 0,4 Mrd. €. Für den Bund ergeben sich im Jahr 2012 insgesamt Mehreinnahmen von 3,9 Mrd. €, von denen 1,2 Mrd. € auf niedrigere EU-Abführungen zurückzuführen sind. Von den Steuermindereinnahmen aufgrund von Rechtsänderungen entfallen auf den Bund 0,2 Mrd. €. Die Länder können Zuwächse von 2.6 Mrd. € erwarten. Für die Gemeinden

Tabelle 3: Abweichungen des Ergebnisses der Steuerschätzung November 2012 vom Ergebnis der Steuerschätzung Mai 2012 - Ebenen - Beträge in Mrd. €

	Ergebnis der		Ergebnis der			
2012	Steuerschätzung Mai 2012	Abweichung insgesamt	Steuerrechts- änderungen ¹	davon: Änderung EU-Abführung	Şchätz- abweichung²	Steuerschätzung November 2012
Bund³	252,3	3,9	0,2	1,2	2,5	256,2
Länder³	234,2	2,6	0,2		2,3	236,8
Gemeinden ³	80,5	0,8	0,0		0,8	81,3
EU	29,5	-1,4	0,0	-1,2	-0,2	28,1
Steuereinnahmen insgesamt	596,5	5,8	0,4	0,0	5,4	602,4
	Franksiador		Abweid	chungen		Franksisdar
2013	Ergebnis der Steuerschätzung	Abweichung		davon:		Ergebnis der Steuerschätzung
	Mai 2012	insgesamt	Steuerrechts- änderungen ¹	Änderung EU-Abführung	Schätz- abweichung²	November 2012
Bund³	260,1	0,3	-0,7	0,0	1,0	260,5
Länder³	242,6	0,3	-0,6		0,9	242,9
Gemeinden ³	84,3	-0,3	-0,1		-0,2	83,9
EU	31,1	-0,5	0,0	0,0	-0,5	30,7
Steuereinnahmen insgesamt	618,1	-0,2	-1,4	0,0	1,3	618,0
	Ergebnis der		F 1 . 1 . 1			
2014	Steuerschätzung	Abweichung		Ergebnis der Steuerschätzung		
	Mai 2012	insgesamt	Steuerrechts- änderungen ¹	Änderung EU-Abführung	Schätz- abweichung²	November 2012
Bund³	270,5	-0,1	-0,2	-0,6	0,7	270,4
Länder³	252,0	0,6	-0,1		0,8	252,6
Gemeinden ³	87,8	-0,5	0,0		-0,5	87,3
EU	31,8	0,1	0,0	0,6	-0,5	32,0
Steuereinnahmen insgesamt	642,1	0,2	-0,3	0,0	0,5	642,3

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 29. bis 31. Oktober 2012

noch Tabelle 3: Abweichungen des Ergebnisses der Steuerschätzung November 2012 vom Ergebnis der Steuerschätzung Mai 2012 - Ebenen - Beträge in Mrd. €

	Ergebnis der		Ergebnis der			
2015	Steuerschätzung	Abweichung		davon:		Steuerschätzung November 2012
	Mai 2012	insgesamt	Steuerrechts- änderungen ¹	Änderung EU-Abführung	Schätz- abweichung²	
Bund ³	278,7	-0,2	-0,2	-0,5	0,5	278,5
Länder³	260,7	0,4	-0,1		0,5	261,0
Gemeinden ³	91,3	-0,6	0,0		-0,6	90,7
EU	34,0	0,0	0,0	0,5	-0,5	34,0
Steuereinnahmen insgesamt	664,7	-0,4	-0,3	0,0	-0,1	664,2
	Farabaia dan					
2016	Ergebnis der Steuerschätzung	Abweichung		davon:		Ergebnis der Steuerschätzung

2016	Ergebnis der		Ergebnis der			
	Si a sa alama	Abweichung			Steuerschätzung	
		insgesamt	Steuerrechts- änderungen ¹	Änderung EU-Abführung	Schätz- abweichung²	November 2012
Bund ³	290,1	-2,3	-0,2	-2,3	0,1	287,7
Länder³	269,2	0,1	-0,1		0,2	269,3
Gemeinden ³	94,9	-0,9	0,0		-0,9	94,0
EU	33,2	1,8	0,0	2,3	-0,5	35,0
Steuereinnahmen insgesamt	687,3	-1,3	-0,3	0,0	-1,0	685,9

¹Erhöhung des Grunderwerbsteuersatzes in Mecklenburg-Vorpommern gemäß Artikel 3 des Haushaltsbegleitgesetzes 2012/2013 vom 22. Juni 2012 (GS Meckl.-Vorp. Gl. Nr. 630 - 32) seit dem 30. Juni 2012.

Umsetzung des EuGH-Urteils vom 20. Oktober 2011 C-284/09 zur Besteuerung von Streubesitzdividenden (Neuberechnung; Differenz zum Ansatz im Mai 2012).

Umsetzung des EuGH-Urteils vom 12. Juni 2012 C-611/10 und C-612/10 zur Kindergeld-Berechtigung europäischer Wanderarbeitnehmer in Deutschland als unmittelbar geltendes Recht.

Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen.

Quelle: Arbeitskreis Steuerschätzungen.

entstehen voraussichtlich Mehreinnahmen in Höhe von 0,8 Mrd. €.

Im Jahr 2013 mindern die neu einbezogenen Steuerrechtsänderungen das Aufkommen um 1,4 Mrd. €. Aufgrund der veränderten konjunkturellen Entwicklung rechnet der Arbeitskreis mit 1,3 Mrd. € an Mehreinnahmen gegenüber Mai 2012. Per Saldo ist für das Jahr 2013 damit von einem etwas niedrigeren Steueraufkommen als noch im Mai 2012 erwartet auszugehen (-0,2 Mrd. €). Für den Bund und die Länder werden insgesamt voraussichtlich jedoch jeweils 0,3 Mrd. € mehr an Einnahmen erwartet als noch im Mai 2012. Die Gemeinden hingegen

müssen im Vergleich zur Mai-Schätzung von Mindereinnahmen in Höhe von 0,3 Mrd. € ausgehen.

Für das Jahr 2014 wurden die
Einnahmeerwartungen vom Arbeitskreis
leicht angehoben. In den Jahren 2015 und
2016 sind hingegen Rückgänge zu erwarten.
Gegenüber der Mai-Schätzung 2012 betragen
die Abweichungen insgesamt + 0,2 Mrd. €
für das Jahr 2014, - 0,4 Mrd. € für 2015 und
-1,3 Mrd. € für das Jahr 2016. In allen drei
Jahren mindern die neu einbezogenen
Rechtsänderungen das erwartete Aufkommen
jeweils um 0,3 Mrd. €. Die EU-Abführungen
mindern in allen Jahren das Bundesergebnis

² Aus gesamtwirtschaftlichen Gründen und infolge unvorhergesehener Verhaltensänderungen der Wirtschaftssubjekte.

³ Nach Ergänzungszuweisungen, Umsatzsteuerverteilung, Finanzausgleich und Konsolidierungshilfen (Betrag der Konsolidierungshilfen vorbehaltlich der Entscheidung des Stabilitätsrates gemäß § 2 Absatz 2 Konsolidierungshilfengesetz).

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 29. bis 31. Oktober 2012

(2014: - 0,6 Mrd. €; 2015: - 0,5 Mrd. €; 2016: -2,3 Mrd. €). Gegenüber dem Mai 2012 wird für den Bund insgesamt in allen drei Jahren ebenfalls ein Minderaufkommen erwartet (2014: - 0,1 Mrd. €; 2015: - 0,2 Mrd. € und 2016: -2,3 Mrd. €).

Das Jahr 2017 wurde in der November-Schätzung 2012 erstmals geschätzt.

Die Veränderungen der Schätzansätze gegenüber der Mai-Steuerschätzung 2012 für die einzelnen Steuern sind in Tabelle 4 dargestellt. Die Lohnsteuer und die veranlagte Einkommensteuer können im gesamten Schätzzeitraum kräftige Zuwächse verzeichnen. Die Entwicklung der Steuern vom Umsatz stellt sich nunmehr in allen Jahren des Schätzzeitraums schlechter dar als noch im Mai 2012. Die Schätzansätze für die

Gewerbesteuer und die Körperschaftsteuer wurden lediglich im ersten Schätzjahr leicht angehoben. In allen anderen Jahren wurden sie abgesenkt. Für die Bundessteuern ergab sich basierend auf höheren Ansätzen – insbesondere für Tabaksteuer, Versicherungsteuer und Solidaritätszuschlag – insgesamt eine Aufwärtskorrektur.

4 Finanzpolitische Schlussfolgerungen

Die Ergebnisse der aktuellen Steuerschätzung für das Jahr 2012 sind für Bund, Länder und Gemeinden erfreulich. Die Politik der wachstumsfreundlichen Konsolidierung funktioniert. Die gute wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland in den vergangenen zwei Jahren wurde zur

Tabelle 4: Abweichungen des Ergebnisses der Steuerschätzung November 2012 vom Ergebnis der Steuerschätzung Mai 2012 Einzelsteuern

Steuerart	2012	2013	2014	2015	2016
Stederart	Abweichungen in Mio. € gegenüber Mai 2012				
Lohnsteuer	1 400	1 050	1 750	2 350	2 950
veranlagte Einkommensteuer	2 100	1 350	1 300	1 550	1 300
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	2 170	-240	80	- 230	- 435
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungsbeträge	156	12	-90	-242	-545
Körperschaftsteuer	130	-740	-560	-770	-880
Steuern vom Umsatz	-850	-1 000	-1 200	-1 700	-2 150
Gewerbesteuer	100	-950	-1 300	-1 550	-1 750
Bundessteuern, zusammen	586	495	345	405	435
davon					
Energiesteuer	-50	-100	-50	-50	50
Stromsteuer	0	0	0	0	0
Tabaksteuer	130	120	120	130	110
Versicherungsteuer	100	100	100	100	100
Solidaritätszuschlag	250	200	100	150	100
Kfz-Steuer	60	60	60	60	60
sonstige Bundessteuern	16	15	15	15	15
Ländersteuern, zusammen	93	175	135	85	35
Gemeindesteuern, zusammen	144	144	144	144	144
Zölle	-200	-450	-450	-450	-450
Steuereinnahmen insgesamt	5 829	-154	154	-408	-1346

Quelle: Arbeitskreis Steuerschätzungen.

ERGEBNISSE DER STEUERSCHÄTZUNG VOM 29. BIS 31. OKTOBER 2012

Konsolidierung der Haushalte genutzt. Trotz nur sehr geringer Mehreinnahmen aus dieser Steuerschätzung für 2013 und der zusätzlichen Leistungen an die Länder und Kommunen sowie durch die Umsetzung der Koalitionsbeschlüsse vom 4. November 2012 kann der Bund schon im Jahr 2013, also drei Jahre früher, als es das Grundgesetz verlangt, mit einem strukturell nahezu ausgeglichenen Haushalt die Zielgröße aus der Schuldenbremse erreichen.

Die Bundesregierung hat im Jahr 2012 mit zwei Nachtragshaushalten Anpassungen vorgenommen, um der deutschen Verantwortung für Europa nachzukommen. Mit dem ersten Nachtrag wurde die haushaltsrechtliche Ermächtigung für den deutschen Anteil am einzuzahlenden Kapital des Europäischen Stabilitätsmechanismus (insgesamt rund 21,7 Mrd. €) geschaffen. Die ersten zwei Tranchen in Höhe von insgesamt rund 8,7 Mrd € waren im Jahr 2012

einzuzahlen. Der zweite Nachtrag wurde erforderlich, um die gemeinsam in Europa eingegangenen Verpflichtungen im Rahmen des europäischen Wachstumspakts (Kapitalerhöhung der Europäischen Investitionsbank) und die im Zusammenhang mit der innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalvertrags vereinbarte Aufstockung des Sondervermögens "Kinderbetreuungsausbau" zu erfüllen. Im parlamentarischen Verfahren zum 2. Nachtragshaushalt wurden die Steuermehreinnahmen zur Absenkung der Nettokreditaufnahme eingesetzt.

Die Ergebnisse der Steuerschätzung für die Lohn- und Einkommensteuer belegen erneut die eingetretenen Progressionseffekte.
Bestätigt wird damit, dass ein Abbau der seit 2010 eingetretenen kalten Progression zum 1. Januar 2013 nicht nur gerecht und notwendig, sondern auch mit der Haushaltskonsolidierung vereinbar ist.

DIE STEUEREINNAHMEN DES BUNDES UND DER LÄNDER IM 1. BIS 3. QUARTAL 2012

Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. bis 3. Quartal 2012

- Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder (ohne reine Gemeindesteuern) stiegen vom 1. bis zum 3. Quartal 2012 um 5,6 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum.
- Der Zuwachs von 8,1% im 3. Quartal ist aufgrund einer schwachen Vorjahresbasis überzeichnet.
- 1 Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im 1. bis 3. Quartal 2012

Die bei Bund und Ländern eingegangenen Steuereinnahmen betrugen im 1. bis 3. Quartal 2012 403,4 Mrd. €. Dies sind 21,5 Mrd. € beziehungsweise 5,6% mehr als im 1. bis 3. Quartal 2011. Die Wachstumsdynamik hat nach einer leichten Abschwächung im 2. Quartal 2012 (+2,9%) im 3. Quartal 2012 (+8,1%) wieder an Fahrt aufgenommen, wenngleich die Basis im 3. Quartal 2011 eher schwach ausgeprägt war. Tabelle 1 zeigt im Einzelnen die Entwicklung der Steuereinnahmen im 1. bis 3. Quartal 2012 und die Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Die Einnahmen aus den **gemeinschaftlichen Steuern** übertrafen ihr Vorjahresergebnis im 1. bis 3. Quartal 2012 um 6,6 %. Zu diesem positiven Ergebnis trugen alle Einzelsteuern bei, insbesondere jedoch die Körperschaftsteuer und die veranlagte Einkommensteuer.

Das Brutto-Aufkommen aus der **Lohnsteuer** stieg im 1. bis 3. Quartal 2012 um 5,0 % und profitierte dabei von der anhaltend guten Beschäftigungslage und – vor allem im

Tabelle 1: Entwicklung der Steuereinnahmen im 1. bis 3. Quartal 2012

Steuereinnahmen nach Ertragshoheit		Quartal lio. €	Änderung gegenüber Vorjahr		
	2012	2011	in Mio. €	in%	
Gemeinschaftliche Steuern	319 733	299 806	19 927	+6,6	
Reine Bundessteuern	69 717	68 849	868	+1,3	
Reine Ländersteuern	10 601	9 844	757	+7,7	
Zölle	3 339	3 379	- 40	-1,2	
Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	403 391	381 879	21 512	+5,6	

Differenzen in den Summen durch Rundung.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. bis 3. Quartal 2012

3. Quartal 2012 – von den Nachzahlungen aus tariflichen Lohnerhöhungen und Besoldungsanpassungen. Die aus dieser Steuer zu zahlenden Kindergeldleistungen nahmen um 0,2% zu, während die Zulagen zur Altersvorsorge um 3,1% zurückgingen. Hier kam es verstärkt zu Rückforderungen gezahlter Leistungen an nicht anspruchsberechtigte Personen für zurückliegende Jahre. Das Kassenaufkommen der Lohnsteuer erhöhte sich um 6,6%.

Die Kasseneinnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer überschritten im 1. bis 3. Quartal 2012 das Vorjahresniveau um 17,7%. Der kräftige Anstieg der Vorauszahlungen korrespondiert mit einem deutlichen Zuwachs bei den Nachzahlungen. Die Arbeitnehmererstattungen nach § 46 EStG nahmen demgegenüber mit 0,8% eher verhalten zu. Der Rückgang der Zahlung der Eigenheimzulage um 42,6% erklärt sich durch den Wegfall eines weiteren Förderjahrgangs.

Die Kasseneinnahmen aus der Körperschaftsteuer nahmen im Berichtszeitraum deutlich um 33,6 % zu. Die das Aufkommen der Körperschaftsteuer mindernde Auszahlung von Steuerguthaben aus Altkapital belief sich im 1. bis 3. Quartal 2012 auf insgesamt 1,3 Mrd. € und unterschritt das Vorjahresniveau nur unwesentlich. Die Mehreinnahmen bei der Körperschaftsteuer spiegeln die günstige gesamtwirtschaftliche Entwicklung wider, die mit einer deutlichen Gewinnexpansion einhergegangen ist.

Das Kassenaufkommen bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag (Steuern auf Dividenden) stieg im 1. bis 3. Quartal 2012 um 11,0 % von 15,7 Mrd. € auf nunmehr 17,4 Mrd. €. Die Ergebnisse im Jahresverlauf waren gekennzeichnet durch die Umstellung des Abrechnungsverfahrens zum 1. Januar 2012 (Einführung des sogenannten Zahlstellenverfahrens). Dies führte zu erheblichen Zeitverzögerungen und volatilen Aufkommensdaten. Die Umstellung betraf allerdings hauptsächlich die Ausschüttungen

von großen Kapitalgesellschaften, die über die depotführenden Banken abgewickelt werden. Die Erstattungen durch das Bundeszentralamt für Steuern überschritten das Ergebnis des Vorjahresmonats um 8,8 %.

Bei der Abgeltungsteuer auf Zinsund Veräußerungserträge ist im 1. bis 3. Quartal 2012 ein Anstieg um 2,1% zu verzeichnen. Das Gesamtergebnis spiegelt das immer noch äußerst niedrige Zinsniveau und die damit verbundene deutlich verringerte Steuerbemessungsgrundlage wider.

Das Kassenaufkommen der **Steuern vom** Umsatz lag um 2,9 % über dem Ergebnis des 1. bis 3. Quartals 2011. Dies deutet auf eine weiterhin lebhafte Binnennachfrage infolge der konjunkturellen Entwicklung hin. Die (Binnen-)Umsatzsteuer konnte im bisherigen Jahresverlauf ein Plus von 2,5 % verbuchen, während die Einfuhrumsatzsteuer auf Importe aus Nicht-EU-Ländern eine Zunahme um 3,9 % verzeichnete. Hier ist zu berücksichtigen, dass der Zuwachs bei der Einfuhrumsatzsteuer entsprechend hohe Vorsteuerabzüge im Inland zur Folge hat, die das Aufkommen der (Binnen) Umsatzsteuer vermindern. Der Anstieg der Einfuhrumsatzsteuer ist das Ergebnis der deutlich ausgeweiteten Außenhandelstätigkeit.

Bei den **reinen Bundessteuern** wurde das Vorjahresniveau im 1. bis 3. Quartal 2012 um 1,3 % überschritten. Nachdem im 1. Quartal 2012 noch Einbußen von 2,2 % zu verzeichnen waren, stieg das Volumen im 2. Quartal 2012 mit 5,0 % wesentlich dynamischer an als im 3. Quartal 2012 (+ 0,5 %).

Der Solidaritätszuschlag konnte dank des Zuwachses bei seinen Bemessungsgrundlagen Lohnsteuer, veranlagte Einkommensteuer und Körperschaftsteuer im Zeitraum Januar bis September ein Plus von 7,8 % verbuchen. Auch die Versicherungsteuer (+ 3,6 %) und die Kraftfahrzeugsteuer (+ 0,3 %) meldeten Mehreinnahmen. Das Aufkommen bei der Kernbrennstoffsteuer hat sich gegenüber dem Vorjahresvergleichszeitraum um fast

Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. bis 3. Quartal 2012

zwei Drittel verbessert: von 0,9 Mrd. € auf nunmehr 1,4 Mrd. €. Bei der Luftverkehrsteuer ist im 1. bis 3. Quartal 2012 ein Anstieg um 7,8 % zu verzeichnen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Luftverkehrsteuer erst zum 1. Januar 2011 eingeführt wurde und somit im Januar 2011 noch keine Einnahmen angefallen sind. Die Luftverkehrsteuer wird auf die Abflüge von einem deutschen Flughafen erhoben.

Die Energiesteuer als die aufkommensstärkste Bundessteuer unterschritt im Berichtszeitraum das Vorjahresniveau um 1,6 %. Während das Aufkommen aus der Energiesteuer auf Heizöl um 11,7 % anstieg, gingen die Einnahmen aus der Energiesteuer auf Erdgas um 20,1 % zurück. Allerdings war hier die Vorjahresbasis ausgesprochen hoch. Die beiden Teilkomponenten der Energiesteuer machen allerdings nur circa ein Zehntel des Gesamtaufkommens aus. Die den Großteil des Aufkommens generierende Besteuerung des Kraftstoffverbrauchs stagnierte auf Vorjahresniveau (+ 0,1%).

Auch die Tabaksteuer musste im 1. bis
3. Quartal 2012 Einbußen von 1,5 %
hinnehmen. Der starke Rückgang der
Einnahmen im 1. Quartal 2012 (-20,3 %)
war den im 1. Quartal 2011 vorgezogenen
Käufen in Reaktion auf die Erhöhung der
Tabaksteuersätze zum 1. Mai 2011 geschuldet.
Diese Mindereinnahmen konnten durch
die höheren Zuflüsse in den Folgequartalen
(7,6 % beziehungsweise 5,6 %) nicht mehr
kompensiert werden.

Die reinen Ländersteuern lagen im 1. bis 3. Quartal 2012 um 7,7% über dem Vorjahresniveau. Getragen wird dieses Ergebnis nach wie vor von dem Anstieg der Grunderwerbsteuer (+ 19,0%). Der kontinuierliche Zuwachs bei der Grunderwerbsteuer ist ein Indiz für die weiterhin gute Situation im Bau- und Immobiliensektor, hängt aber auch mit der Erhöhung der Steuersätze in vielen Bundesländern zusammen.

Auch die Feuerschutzsteuer konnte ihr Vorjahresergebnis um 4,4% verbessern. Demgegenüber mussten die Erbschaftsteuer (-3,0%), die Rennwett- und Lotteriesteuer (-2,7%) und die Biersteuer (-0,2%) Mindereinnahmen verbuchen.

2 Entwicklung derSteuereinnahmen in deneinzelnen Monaten des3. Quartals 2012

Im **Juli 2012** sind die Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im Vergleich zum Vorjahresmonat insgesamt um 8,6 % angestiegen. Dahinter steht vor allem eine starke Zunahme des Aufkommens der gemeinschaftlichen Steuern, wobei insbesondere die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag erneut spürbar über dem vergleichbaren Vorjahresergebnis lagen. Hier wirkte sich - wie bereits im Vormonat ein Gegeneffekt auf vorangegangene Zahlungsausfälle im Zusammenhang mit der Umstellung auf das sogenannte Zahlstellenverfahren aus (Abführung der Steuer durch die dividendenauszahlende Bank statt wie bisher durch das ausschüttende Unternehmen). Für den Bund stieg das Steueraufkommen (Anteil an den gemeinschaftlichen Steuern und reine Bundessteuern) um 10,6 % dynamisch an. Allerdings wurde die Einnahmensteigerung etwas durch den leichten Rückgang des Aufkommens der reinen Bundessteuern gedämpft. Darüber hinaus wurden aus den Einnahmen des Bundes Konsolidierungshilfen in Höhe von 800 Mio. € an die Länder Berlin, Bremen, Saarland, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein gezahlt, um sie bei der Erreichung des ab dem Jahr 2020 verfassungsmäßig vorgesehenen strukturellen Haushaltsausgleichs zu unterstützen. Für die Länder lag der Zuwachs der Steuereinnahmen bei 11,6 %. Sie profitierten von Steuersatzanhebungen bei der Grunderwerbsteuer.

DIE STEUEREINNAHMEN DES BUNDES UND DER LÄNDER IM 1. BIS 3. QUARTAL 2012

Im August 2012 sind die Steuereinnahmen im Vergleich zum Vorjahresmonat insgesamt um 12,8 % gestiegen. Für den Bund (+ 10,5 %) fielen die Aufkommenszuwächse, u. a. aufgrund höherer EU-Abführungen, etwas niedriger aus als für die Länder (+13,5%). Die starke Zunahme der Steuereinnahmen resultiert zu einem guten Teil (etwa ein Viertel) aus der dynamischen Aufwärtsentwicklung des Lohnsteueraufkommens. Zum anderen schlägt zu Buche, dass in einigen Bereichen die diesjährigen Tariflohnsteigerungen (einschließlich der Besoldungsanpassung im öffentlichen Dienst) wohl im August aufkommenswirksam geworden sind. Noch stärker als die Lohnsteuer lagen die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag über dem Ergebnis des vergleichbaren Vorjahresmonats. Hier wirkte sich aus, dass in einem Land eine große Dividendenausschüttung (circa 1 Mrd. €) vorgenommen wurde. Allerdings wird dies teils im Jahresverlauf und teils zum Jahresbeginn 2013 infolge der Anrechnung von Kapitalertragsteuer zu einem entsprechend geringeren Körperschaftsteueraufkommen führen. Auch bei der deutlichen Zunahme der Steuern vom Umsatz wirkte sich ein Sondereffekt aus. So kam es zu einer hohen Umsatzsteuernachzahlung für mehrere Jahre durch einen Großkonzern (circa 0,5 Mrd. €).

Im Monat September 2012 sind die Steuereinnahmen im Vergleich zum Vorjahresmonat insgesamt um 4,2 % gestiegen. Für den Bund (3,4 %) fiel die Zunahme niedriger aus als bei den Ländern (4,3 %). Deutliche Mehreinnahmen wurden insbesondere bei der Lohnsteuer, der veranlagten Einkommensteuer sowie den Steuern vom Umsatz erzielt. Das Aufkommen der Körperschaftsteuer sank erwartungsgemäß aufgrund eines Sonderfalls (Erstattung von zu Jahresbeginn kassenwirksam gewordenen nicht veranlagten Steuern vom Ertrag im Rahmen der Körperschaftsteuerveranlagung).

Das September-Ergebnis wurde hier zudem wie bereits in den Vorjahren um circa 1,3 Mrd. € aus der Erstattung von Körperschaftsteuerguthaben gemindert. Die reinen Bundessteuern (-1,3 %) konnten ihr Vorjahresergebnis nicht erreichen, insbesondere aufgrund der Einbußen u. a. bei der Tabaksteuer, der Versicherungsteuer und der Kraftfahrzeugsteuer. Die reinen Ländersteuern erzielten Mehreinnahmen von 5,3 %, geprägt von den erneut deutlichen Zuwächsen bei der Grunderwerbsteuer.

3 Verteilung der Steuereinnahmen auf die Ebenen

Im 1. bis 3. Quartal 2012 konnten alle Ebenen das entsprechende Vorjahresniveau deutlich übertreffen. Dies gilt auch für den Anteil der Gemeinden an den Gemeinschaftssteuern. Die höheren EU-Abführungen, die zu dem Anstieg der EU-Eigenmittel um 10,4% beitrugen, reduzierten das Ergebnis der Steuereinnahmen des Bundes, der dennoch mit 4,4% eine hohe Zuwachsrate verzeichnet.

Die Verteilung der Steuereinnahmen im 1. bis 3. Quartal 2012 auf Bund, EU, Länder und Gemeinden und die Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum werden in Tabelle 2 dargestellt.

Die Einzelergebnisse der von Bund und Ländern verwalteten Steuern sowie deren Verteilung auf die Gebietskörperschaften im 1. bis 3. Quartal 2012 und in den einzelnen Monaten finden sich im Internetangebot des Bundesministeriums der Finanzen unter http:// www.bundesfinanzministerium.de/Web/ DE/Themen/Steuern/Steuerschaetzungen_ und_Steuereinnahmen/steuereinnahmen/ steuereinnahmen.html.

Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. bis 3. Quartal 2012

Tabelle 2: Verteilung der Steuereinnahmen auf die Ebenen im 1. bis 3. Quartal 2012

Steuereinnahmen nach Ebenen		Quartal 1io. €	Änderung gegenüber Vorjahr		
	2012	2011	in Mio. €	in%	
Bund ¹	184491	176 633	7 857	+4,4	
EU	20 518	18 580	1 938	+10,4	
Länder ¹	174 571	164 562	10 009	+6,1	
Gemeinden ²	23 811	22 103	1 707	+7,7	
Zusammen	403 391	381 879	21 512	+5,6	

 ${\bf Differenzen\,in\,den\,Summen\,durch\,Rundung.}$

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

 $^{^{1}\,}Nach\,Bundeserg\"{a}nzungszuweisungen.$

 $^{{}^2\,}Lediglich\,Gemeinde anteil\,an\,Einkommensteuer, Abgeltungsteuer\,und\,Steuern\,vom\,Umsatz.$

HAUSHALTSÜBERWACHUNG VON BUND UND LÄNDERN

Haushaltsüberwachung von Bund und Ländern

Sechste Sitzung des Stabilitätsrates am 24. Oktober 2012

- Der Stabilitätsrat hat in seiner sechsten Sitzung am 24. Oktober 2012 im Rahmen der regelmäßigen Haushaltsüberwachung die haushaltswirtschaftliche Lage von Bund und Ländern anhand einer kennzifferngestützten Analyse geprüft. Beim Bund und den Ländern, die sich nicht im Sanierungsverfahren befinden, ergaben sich keine Hinweise auf eine drohende Haushaltsnotlage.
- Die Länder Berlin, Bremen, Saarland und Schleswig-Holstein, die sich im Sanierungsverfahren befinden, haben dem Stabilitätsrat eine aktualisierte Sanierungsplanung für die Jahre 2012 bis 2016 vorgelegt und konkrete Maßnahmen zur Rückführung der jährlichen Nettokreditaufnahme dargestellt. Der Stabilitätsrat begrüßt die Fortsetzung des bisherigen Konsolidierungskurses und weist darauf hin, dass die Ausgabendisziplin auch bei anhaltend positiver Einnahmeentwicklung beibehalten werden muss.

1	Einleitung	20
	Ergebnisse der Haushaltsüberwachung 2012	
	Grundzüge der kennzifferngestützten Analyse	
2.2	Kennziffern des Bundes	21
2.3	Kennziffern der Länder	22
3	Sanierungsverfahren in den Ländern Berlin, Bremen, Saarland und Schleswig-Holstein	25
	Stand der Sanierungsverfahren	
	Sanierungsberichte der Länder Berlin, Bremen, Saarland und Schleswig-Holstein	
	Beschlüsse des Stabilitätsrats	
	Zusammenfassung und Aushlick	27

1 Einleitung

Der Stabilitätsrat ist am 24. Oktober 2012 unter dem Vorsitz des Bundesfinanzministers Dr. Wolfgang Schäuble und des niedersächsischen Finanzministers Hartmut Möllring zu seiner sechsten Sitzung in Berlin zusammengetreten. Im Rahmen der regelmäßigen Haushaltsüberwachung hat der Stabilitätsrat die haushaltswirtschaftliche Lage des Bundes und der Länder auf Grundlage einer kennzifferngestützen Analyse und einer standardisierten Mittelfristprojektion beurteilt.

In der Sitzung haben außerdem die Länder Berlin, Bremen, Saarland und Schleswig-Holstein dem Stabilitätsrat ihre aktualisierte Sanierungsplanung für die Jahre 2012 bis 2016 vorgelegt und konkrete Maßnahmen zur Rückführung der jährlichen Nettokreditaufnahme dargestellt. Im Rahmen der regelmäßigen Haushaltsüberwachung hatte der Stabilitätsrat im Frühjahr 2011 bei diesen Ländern eine drohende Haushaltsnotlage festgestellt. Sie befinden sich seitdem im Sanierungsverfahren.

2 Ergebnisse der Haushaltsüberwachung 2012

2.1 Grundzüge der kennzifferngestützten Analyse

Zur Beurteilung der Haushaltslage legen Bund und Länder dem Stabilitätsrat

HAUSHALTSÜBERWACHUNG VON BUND UND LÄNDERN

jährlich einen Stabilitätsbericht vor, in dem bestimmte Kennziffern zur aktuellen Haushaltslage und zur Finanzplanung, die Einhaltung der verfassungsmäßigen Kreditaufnahmegrenzen sowie eine Projektion der mittelfristigen Haushaltsentwicklung dargestellt sind. Die Analyse der Kennziffern bildet das zentrale Element der laufenden Haushaltsüberwachung durch den Stabilitätsrat. Betrachtet werden die vier Kennziffern struktureller Finanzierungssaldo, Kreditfinanzierungsquote, Zins-Steuer-Quote und Schuldenstand über einen Zeitraum von sieben Jahren. Der Zeitraum der aktuellen Haushaltslage umfasst die zwei vergangenen Jahre und das laufende Jahr, der Zeitraum der Finanzplanung die weiteren Jahre bis zum Ende der jeweiligen Finanzplanung. Die kennzifferngestützte Analyse weist auf eine drohende Haushaltsnotlage hin, wenn in einem oder in beiden Zeiträumen mindestens drei der vier Kennziffern als auffällig eingestuft werden. Eine Kennziffer gilt als auffällig, wenn mindestens zwei Werte den festgelegten Schwellenwert überschreiten.

Die Schwellenwerte der Kennziffern des Bundes zur aktuellen Haushaltslage sind beim strukturellen Finanzierungssaldo durch den gesetzlich vorgegebenen Abbaupfad der Schuldenbremse, bei der Kreditfinanzierungsquote, der Zins-Steuer-Quote und der Schuldenstandsquote durch den jeweiligen Durchschnittswert vergangener Jahre definiert. Bei den Ländern werden alle Kennziffern zur aktuellen Haushaltslage an einem Schwellenwert gemessen, der sich am Länderdurchschnitt orientiert. Durch den Vergleich mit dem Länderdurchschnitt kann eine schwierige Haushaltslage eines Landes identifiziert werden; gleichzeitig werden dadurch konjunkturell bedingte Effekte, die alle Länder in ihrer Gesamtheit treffen, ausgeklammert. Für den Zeitraum der Finanzplanung werden für den Bund und die Länder alle Kennziffern den Schwellenwerten des laufenden Jahres – teilweise mit Zuschlägen – gegenübergestellt.

2.2 Kennziffern des Bundes

Nach der Analyse der Kennziffern und der Projektion der mittelfristigen Finanzplanung liegen für den Bund keine Hinweise auf eine drohende Haushaltsnotlage vor.

Die Kennziffern des Bundes basieren für das Jahr 2012 auf dem Bundeshaushaltsplan 2012 einschließlich des am 14. Juni vom Bundestag verabschiedeten ersten Nachtragshaushalts für das Jahr 2012 und die Kennziffern der Finanzplanung auf dem Entwurf des Bundeshaushalts 2013 und dem Finanzplan bis 2016. Ende September wurde vom Bundeskabinett ein weiterer Nachtragshaushalt für das Jahr 2012 beschlossen, um den Verpflichtungen im Rahmen des europäischen Wachstumspakts sowie der innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalvertrags nachzukommen. Dieser ist nicht in den Kennziffern berücksichtigt, würde allerdings auch nicht zu wesentlich anderen Ergebnissen führen.

Gegenüber dem Stabilitätsbericht des Vorjahres hat sich die Kennziffer struktureller Finanzierungssaldo verbessert. Für das Jahr 2011 war im vorangegangenen Bericht ein strukturelles Defizit in Höhe von 485 € je Einwohner geplant, für das Jahr 2015 noch ein Defizit in Höhe von 72 € je Einwohner. Nach dem aktuellen Bericht belief sich 2011 das strukturelle Defizit auf 232 € je Einwohner. Im Jahr 2012 soll das strukturelle Defizit 237 € je Einwohner betragen und sich über den Zeitraum der Finanzplanung deutlich reduzieren. Im Jahr 2016 ist ein ausgeglichener Haushalt geplant.

Bis zum Jahr 2010 ist die Kennziffer struktureller Finanzierungssaldo durch die Nettokreditaufnahme definiert und wird der Höhe der investiven Ausgaben nach Maßgabe der bis 2010 geltenden investitionsbedingten Regel des ehemaligen Artikels 115 Grundgesetz gegenübergestellt. Im Jahr 2010 lag die Nettokreditaufnahme über den investiven Ausgaben, sodass die Kennziffer auffällig

HAUSHALTSÜBERWACHUNG VON BUND UND LÄNDERN

ist. Für die Jahre ab 2011 wird mit der Kennziffer struktureller Finanzierungssaldo grundsätzlich die Einhaltung der zulässigen strukturellen Defizitobergrenze gemäß Artikel 115 Grundgesetz überprüft. Aus Tabelle 1 wird ersichtlich, dass in allen Jahren ab 2011 die grundgesetzlichen Vorgaben deutlich eingehalten werden.

Die vollständige Rückführung des strukturellen Defizits bis zum Ende des Finanzplanungszeitraums wird auch in den anderen Kennziffern deutlich, insbesondere der Kreditfinanzierungsquote. Über den Zeitraum der Finanzplanung hinweg wird sich die Kreditfinanzierungsquote von 5,8 % auf 0,1% reduzieren. Die Schwellenwerte werden in allen Jahren weit unterschritten. Auch die Zins-Steuer-Quote weist im Vergleich zum Vorjahr in allen Jahren wesentlich niedrigere Werte auf. Diese betragen im Zeitraum der Finanzplanung nur noch etwa die Hälfte der Schwellenwerte. Mit den niedrigeren Finanzierungsdefiziten hat sich in allen Jahren auch der Schuldenstand in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (BIP)

deutlich verringert. Dieser sinkt über den Zeitraum der Finanzplanung hinweg von 40,3% auf 37.3%.

2.3 Kennziffern der Länder

In den Kennziffern der Länder zur aktuellen Haushaltslage spiegelt sich die Wirtschaftsentwicklung der vergangenen Jahre wider (Tabelle 2). Im Jahr 2010 war die Haushaltslage der Länder noch von den Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise geprägt. Das Finanzierungsdefizit der Ländergesamtheit betrug in diesem Jahr 224 € je Einwohner. Durch die schnelle konjunkturelle Erholung und die damit verbundenen Steuermehreinnahmen konnte im Jahr 2011 das Defizit der Ländergesamtheit auf 81 € je Einwohner gesenkt werden. Die Länder Bayern, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen wiesen im Jahr 2011 Finanzierungsüberschüsse aus. Für das Jahr 2012 sehen die Haushaltsplanungen der Mehrzahl der Länder im Vergleich zum Ist-Ergebnis des Vorjahres wieder höhere

Tabelle 1: Kennziffern des Bundes zur aktuellen Haushaltslage und zur Finanzplanung (Berichtsjahr 2012)

Bund	Ist	Ist	Soll	Entwurf		Finanzplan	
bullu	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Struktureller Finanzierungssaldo ¹							
in € je Einwohner	44,0	-232	-237	-99	-47	-7	0
Schwellenwert	26,1	-589	-509	-444	-343	-245	-180
Kreditfinanzierungsquote in %	14,1	5,3	9,6	5,8	3,6	0,7	0,1
Schwellenwert	16,5	17,0	15,9	15,9	15,9	15,9	15,9
Zins-Steuer-Quote in %	14,4	12,8	13,0	12,1	12,4	13,1	14,9
Schwellenwert	25,6	24,5	23,4	23,4	23,4	23,4	23,4
Schuldenstand in % des BIP	41,4	40,7	40,9	40,3	39,5	38,4	37,3
Schwellenwert	46,8	47,3	47,4	47,7	47,7	47,7	47,7

¹ Im Jahr 2010 weisen die Kennziffer die Nettokreditaufnahme und der Schwellenwert die Höhe der investiven Ausgaben in Mrd. € analog zur investitionsbezogenen Regel des alten Artikel 115 GG aus. Ab dem Jahr 2011 ist die Kennziffer der strukturelle Finanzierungssaldo in Abgrenzung des Stabilitätsrats in € je Einwohner.

Ouelle: Stabilitätsrat.

HAUSHALTSÜBERWACHUNG VON BUND UND LÄNDERN

Defizite vor. Das Defizit im Jahr 2012 liegt im Länderdurchschnitt bei 147 € je Einwohner.

Im Ergebnis hat der Stabilitätsrat festgestellt, dass dem Bund und den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen, SachsenAnhalt und Thüringen keine Haushaltsnotlage droht. Die Länder Berlin, Bremen, Saarland und Schleswig-Holstein befinden sich gemäß Beschlussfassung vom Mai 2011 im Sanierungsverfahren. Berlin konnte in seinem aktuellen Stabilitätsbericht eine insgesamt unauffällige Kennziffernanalyse und Standardprojektion vorlegen.

Tabelle 2: Kennziffern der Länder zur aktuellen Haushaltslage und zur Finanzplanung (Berichtsjahr 2012)

	Baden-				Mecklenburg		Nordrhein-	Rheinland-	
	Württemberg	Bayern	Brandenburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern	Niedersachsen	Westfalen	Pfalz	Saarland
2010	-90	-64	-120	-282	-58	-259	-264	-370	-825
2011	-1	85	85	-209	219	-159	-162	-332	-543
2012	-87	-16	-95	-233	-63	-263	-180	-175	-777
2013	-104	-6	-27	-218	29	-235	-164	-134	-696
2014	-66	17	51	-159	-11	-128	-98	-102	-618
2015	-25	34	47	-68	-17	-87	-64	-90	-520
2016	-	35	65	-23	-24	-50	-	-79	-429
	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länderdurch- schnitt	Schwellen wert
2010	93	-231	-447	-224	-423	-1 677	-492	-224	-424
2011	485	-92	-196	-53	-145	-1 203	-77	-81	-281
2012	194	-4	-289	-3	-191	-1 281	-447	-147	-347
2013	143	18	-143	-4	-70	-1 165	-286	-	-447
2014	18	42	-105	1	-34	-943	-151	-	-447
2015	130	67	-43	0	32	-781	-48	-	-447
2016	99	-	36	-	63	-599	14	-	-447
				Kred	itfinanzierungs	quote			
	Baden- Württemberg	Bayern	Brandenburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern	Niedersachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland
2010	5,1%	-0,9%	1,9%	11,6 %	-0,7%	9,2 %	8,6%	10,3 %	24,2 %
2011	-0,3 %	0,3 %	-0,4%	7,1 %	-3,2%	3,7%	5,3 %	9,6 %	15,9 %
2012	-1,2%	-2,6%	2,2%	5,9 %	-0,2%	4,6%	5,4%	4,6%	22,0 %
2013	3,1%	-1,4%	2,8%	5,3 %	-0,3%	3,7%	4,7%	3,3 %	19,9 %
									17.0 %
2014	2,1 %	-1,5%	-0,9 %	3,5%	-0,3 %	2,7%	4,2 %	2,3 %	17,9 %
2014	2,1 %	-1,5 % -0,8 %	-0,9 % -1,0 %	3,5 % 2,2 %	-0,3 % -0,4 %	2,7% 1,8%	4,2 % 2,5 %	2,3 % 1,9 %	
									17,9 % 15,4 % 13,2 %
2015	0,8%	-0,8%	-1,0%	2,2%	-0,4%	1,8%		1,9%	15,4 %
2015	0,8 %	-0,8 % -0,9 % Sachsen-	-1,0 % -1,2 % Schleswig-	2,2 %	-0,4 % -0,5 %	1,8%	2,5%	1,9 % 1,8 % Länderdurch-	15,4 % 13,2 % Schwellen
2015 2016	0,8 %	-0,8 % -0,9 % Sachsen- Anhalt	-1,0 % -1,2 % Schleswig- Holstein	2,2 % 1,1 % Thüringen	-0,4% -0,5% Berlin	1,8 % 0,9 % Bremen	2,5%	1,9 % 1,8 % Länderdurch- schnitt	15,4 % 13,2 % Schwellen wert
2015 2016 2010	0,8 % - Sachsen -8,7 %	-0,8 % -0,9 % Sachsen- Anhalt 5,0 %	-1,0 % -1,2 % Schleswig- Holstein 14,4 %	2,2% 1,1% Thüringen 3,7%	-0,4% -0,5% Berlin 8,1%	1,8 % 0,9 % Bremen 22,3 %	2,5% - Hamburg 8,4%	1,9 % 1,8 % Länderdurch- schnitt 6,2 %	15,4 % 13,2 % Schwellen wert 9,2 %
2015 2016 2010 2011	0,8%	-0,8 % -0,9 % Sachsen- Anhalt 5,0 % 2,4 %	-1,0% -1,2% Schleswig-Holstein 14,4% 4,7%	2,2 % 1,1 % Thüringen 3,7 % 1,9 %	-0,4% -0,5% Berlin 8,1% 3,3%	1,8% 0,9% Bremen 22,3% 17,7%	2,5% Hamburg 8,4% 2,6%	1,9% 1,8% Länderdurch- schnitt 6,2% 2,3%	15,4 % 13,2 % Schwellen wert 9,2 % 5,3 % 5,8 %
2015 2016 2010 2011 2012	0,8%	-0,8 % -0,9 % Sachsen- Anhalt 5,0 % 2,4 % 0,4 %	-1,0% -1,2% Schleswig-Holstein 14,4% 4,7% 9,6%	2,2 % 1,1 % Thüringen 3,7 % 1,9 % -0,1 %	-0,4% -0,5% Berlin 8,1% 3,3% 4,2%	1,8% 0,9% Bremen 22,3% 17,7% 18,6%	2,5% Hamburg 8,4% 2,6% 4,6%	1,9% 1,8% Länderdurch-schnitt 6,2% 2,3% 2,8%	15,4 % 13,2 % Schwellen wert 9,2 % 5,3 % 5,8 % 9,8 %
2015 2016 2010 2011 2012 2013	0,8%	-0,8 % -0,9 % Sachsen- Anhalt 5,0 % 2,4 % 0,4 % -0,1 %	-1,0% -1,2% Schleswig-Holstein 14,4% 4,7% 9,6%	2,2 % 1,1 % Thüringen 3,7 % 1,9 % -0,1 % 0,0 %	-0,4 % -0,5 % Berlin 8,1 % 3,3 % 4,2 % 2,2 %	1,8% 0,9% Bremen 22,3% 17,7% 18,6%	2,5 % Hamburg 8,4 % 2,6 % 4,6 % 3,3 %	1,9% 1,8% Länderdurch-schnitt 6,2% 2,3% 2,8%	15,4 % 13,2 % Schwellen wert 9,2 % 5,3 %

Haushaltsüberwachung von Bund und Ländern

noch Tabelle 2: Kennziffern der Länder zur aktuellen Haushaltslage und zur Finanzplanung (Berichtsjahr 2012)

					Zins-Steuer-Q	ıote				
	Baden- Württem- berg	Bayern	Branden- burg	Hessen	Mecklenburg - Vorpommern	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland	Sachser
2010	Württemberg Bayern Brandenburg Hessen 7,5% 3,6% 10,7% 9,6% 6,9% 3,4% 9,5% 9,1% 6,8% 3,3% 10,6% 9,5% 7,2% 2,9% 9,6% 8,5% 7,2% 2,8% 9,7% 8,7% 7,1% 2,8% 9,9% 8,8% - 2,8% 10,4% 9,0% Sachsen-Anhalt Schleswig-Holstein Thüringen Berlin 13,7% 15,1% 11,9% 15,4% 12,8% 13,5% 10,9% 14,6% 11,1% 15,3% 11,1% 14,5% 10,0% 12,6% 10,9% 14,0% 11,5% 13,5% 10,4% 13,8% - 14,5% - 13,7%	9,4%	10,2%	11,2%	11,5%	21,2 %	3,7%			
2011	6,9%	3,4%	9,5%	9,1%	8,5%	9,8%	10,1%	10,3 %	18,4 %	3,1 %
2012	6,8 %	3,3 %	10,6%	9,5 %	8,7%	11,3%	9,3 %	10,7%	20,4 %	5,3 %
2013	7,2%	2,9%	9,6%	8,5%	8,5%	11,3%	8,8%	10,9%	18,1 %	3,9%
2014	7,2%	2,8%	9,7%	8,7%	8,8 %	9,7%	8,7%	11,5%	18,4 %	4,1 %
2015	7,1%	2,8%	9,9%	8,8%	8,8%	9,3 %	8,8%	11,6%	18,2 %	4,3 %
2016	-	2,8%	10,4%	9,0%	8,9%	9,1%	-	11,8%	18,0 %	4,5 %
		_	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder- durch- schnitt	Schwellen- wert Flächen- länder		lenwert taaten
2010	13,7%	15,1 %	11,9%	15,4 %	24,4 %	10,8%	9,8%	13,7%	14,	7 %
2011	12,8 %	13,5 %	10,9%	14,6 %	20,1 %	9,5%	9,0%	12,6%	13,	5 %
2012	11,1%	15,3 %	11,1%	14,5 %	20,7 %	10,8%	9,2 %	12,9%	13,	8 %
2013	10,0%	12,6%	10,9%	14,2%	20,8 %	10,0%	-	13,9%	14,	8 %
2014	11,6%	12,8%	10,6%	14,0%	20,0 %	9,9%	-	13,9%	14,	8 %
2015	11,5%	13,5%	10,4%	13,8%	20,2 %	9,7%	-	13,9%	14,	8 %
2016	-	14,5 %	-	13,7%	19,8 %	10,1%	-	13,9%	14,	8 %
				Schul	denstand in € je	Einwohner				
	Württem-	Bayern		Hessen	Mecklenburg - Vorpommern	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland	Sachser
2010	4031	2 601	7 081	6 125	5 9 5 6	6811	6 903	7 0 1 6	11 069	2 287
2011	3 918	2 593	7 173	6 413	5 902	7 072	7 053	7 2 7 4	11 368	1 952
2012	3 918	2 513	7 282	6 666	5 902	7 227	7319	7 572	11 951	1 934
2013	4 083	2 472	7 426	6 893	5 902	7 3 4 9	7 524	7 841	12 469	1916
2014	4 2 2 1	2 429	7 426	7 071	5 902	7 440	7 725	8 096	12 916	1 898
2015	4320	2 389	7 426	7211	5 902	7 499	7 881	8 3 5 3	13 271	1 879
2016	-	2 345	7 426	7310	5 902	7 527	-	8 628	13 542	1 861
		-	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder- durch- schnitt	Schwellen- wert Flächen- länder	Schwel Stadts	lenwert taaten
2010	8 761	9 052	7 243	17 531	26 641	13 247	6 491	8 439	14	281
2011	8 896	9 401	7314	17 695	27 653	13 665	6 601	8 581	14	521
2012	8 896	9 733	7313	17 958	28 565	14000	6 742	8 764	14	832
2013	8 886	9 881	7313	18 092	29 354	14251	-	8 964	15	032
2014	8 864	9 994	7313	18 154	29 924	14419	-	9 164	15	232
2015	8 821	10 047	7313	18 143	30 335	14502	-	9 3 6 4	15	432
2016		10 024		18 102	30 567	14530		9 5 6 4	15	632

HAUSHALTSÜBERWACHUNG VON BUND UND LÄNDERN

3 Sanierungsverfahren in den Ländern Berlin, Bremen, Saarland und Schleswig-Holstein

3.1 Stand der Sanierungsverfahren

Im Dezember 2011 hatte der Stabilitätsrat mit den Ländern Berlin, Bremen, Saarland und Schleswig-Holstein Sanierungsprogramme vereinbart. Gemäß dieser Sanierungsvereinbarungen haben die Sanierungsländer dem Stabilitätsrat zur sechsten Sitzung am 24. Oktober 2012 ihre Sanierungsberichte vorgelegt. In diesen Berichten werden das aktualisierte Sanierungsprogramm für die Jahre 2012 bis 2016 dargestellt und detaillierte Maßnahmen zur Rückführung der Nettokreditaufnahme aufgezeigt. Der vom Stabilitätsrat eingesetzte Evaluationsausschuss, dem die Finanzstaatssekretäre des Bundes und der Länder Hamburg, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Sachsen angehören, hat diese Berichte eingehend geprüft und bewertet.

3.2 Sanierungsberichte der Länder Berlin, Bremen, Saarland und Schleswig-Holstein

Berlin

Mit dem Sanierungsbericht 2012 hat das Land Berlin ein aktualisiertes Sanierungsprogramm vorgelegt, das auf dem Doppelhaushalt 2012/2013 und der Finanzplanung bis 2016 beruht. Nicht darin berücksichtigt ist der Entwurf des Nachtragshaushalts 2012/2013 zur Finanzierung der Fertigstellung und Inbetriebnahme des Flughafens Berlin-Brandenburg. Gegenüber der bisherigen Sanierungsplanung sind in der aktualisierten Planung die Ausgaben und die Einnahmen deutlich gestiegen. Die Mehrausgaben belaufen sich auf bis zu 227 Mio. € im Jahr 2016, die Mehreinnahmen auf bis zu 485 Mio. €. Dies führt dazu, dass sich die vorgesehene Nettokreditaufnahme von 915 Mio. € im

Jahr 2012 bis zum Jahr 2014 deutlich verringert. Ab dem Jahr 2015 ist eine Nettotilgung geplant. Der Sicherheitsabstand zur maximal zulässigen Nettokreditaufnahme ist damit gegenüber der bisherigen Sanierungsplanung weiter gestiegen und liegt ab 2013 jährlich bei rund 1 Mrd. €.

Der Evaluationsausschuss hat den Bericht des Landes Berlin bewertet: Der Sanierungsbericht Berlins vom September 2012 legt dar, dass das Land seinen Konsolidierungskurs konsequent fortsetzt. Die gegenüber dem ursprünglichen Sanierungsprogramm weiter verbesserten Aussichten auf einen erfolgreichen Abschluss des Sanierungsverfahrens sind jedoch weit überwiegend auf die aktuell günstige Entwicklung der Steuereinnahmen zurückzuführen. Der vergleichsweise hohe Sicherheitsabstand zur erlaubten Obergrenze der Nettokreditaufnahme darf deshalb nicht zu einem Nachlassen der Konsolidierungsbemühungen verleiten.

Bremen

Das aktualisierte Sanierungsprogramm des Landes Bremen, dem der Doppelhaushalt 2012/2013 und die Finanzplanung bis 2016 zugrunde liegen, sieht vor, die Nettokreditaufnahme von 510 Mio. € im Jahr 2012 bis auf 72 Mio. € im Jahr 2016 zu reduzieren. Im Vergleich zur Planung vom April ist die geplante Nettokreditaufnahme 2012 unverändert; im Jahr 2013 wird eine leicht höhere Nettokreditaufnahme erwartet. In den Folgejahren fällt die Nettokreditaufnahme etwas geringer aus. Der Sicherheitsabstand zur maximal zulässigen Nettokreditaufnahme liegt nun in den Jahren ab 2013 bei durchgehend 200 Mio. €. Die in der Sanierungsplanung vom April dargestellten Zielvorgaben werden weiter verfolgt; es ergeben sich nur wenige Änderungen. Insgesamt zielen die konkretisierten und quantifizierten Maßnahmen zur Haushaltssanierung auf eine strukturelle Entlastungswirkung von rund 57 Mio. € im Jahr 2012 ansteigend auf bis zu 186 Mio. € im Jahr 2016 ab.

HAUSHALTSÜBERWACHUNG VON BUND UND LÄNDERN

Der Evaluationsausschuss kommt zu folgendem Fazit: Der Sanierungsbericht Bremens vom September 2012 legt dar, dass das Land seinen Konsolidierungskurs fortsetzt. Angesichts des weiterhin bestehenden strukturellen Defizits sind weitere strukturelle Maßnahmen zur erfolgreichen Haushaltskonsolidierung auch in den kommenden Jahren unerlässlich. Der bisherige Erfolg bei der Rückführung der Nettokreditaufnahme ist weit überwiegend auf die konjunkturell bedingten Mehreinnahmen zurückzuführen. Das Potenzial zur Konsolidierung des Haushalts ist noch nicht vollständig ausgeschöpft. Trotz der anhaltend guten Einnahmenentwicklung dürfen der Konsolidierungspfad nicht verlassen und die Ausgabendisziplin nicht gelockert werden.

Saarland

In dem aktualisierten Sanierungsprogramm des Saarlandes - basierend auf dem Nachtragsentwurf 2012, dem Regierungsentwurf 2013 und der Finanzplanung bis 2016 – wird für das Jahr 2012 eine Nettokreditaufnahme von 693 Mio. € ausgewiesen, die bis 2016 auf 277 Mio. € reduziert werden soll. Gegenüber der Sanierungsplanung des Vorjahrs fällt die geplante Nettokreditaufnahme des Jahres 2012 um 68 Mio € höher aus. In den Jahren 2013 bis 2016 liegt sie unter den bisherigen Planungen. In den Jahren 2012 bis 2014 besteht ein gewisser Sicherheitsabstand zur maximal zulässigen Nettokreditaufnahme. Für die Jahre 2015 und 2016 ergeben sich weiterhin Handlungsbedarfe in Höhe von - 27 Mio. € und - 115 Mio. €. Die für die Jahre 2011 und 2012 beschlossenen Sanierungsmaßnahmen werden durch zusätzliche umfangreiche Maßnahmen, z.B. die weitere Kürzung der Hochbaumaßnahmen und das Top-Down-Verfahren bei der Haushaltsaufstellung, verstärkt. Die gesamten Maßnahmen sollen in den Jahren 2012 bis 2016 zu Haushaltsentlastungen in Höhe von 125 Mio. € bis 243 Mio. € führen. Trotz der zusätzlichen Einsparungen steigen die Ausgaben gegenüber den ursprünglich

geplanten Werten, insbesondere durch die Zuführung von 120 Mio. € an einen kommunalen Entlastungsfonds im Jahr 2012.

Der Evaluationsausschuss hat den Sanierungsbericht bewertet: Der Sanierungsbericht des Saarlandes vom September 2012 legt dar, dass das Land mit seinem aktuellen Sanierungsprogramm seinen Konsolidierungskurs konsequent fortsetzt und durch weitere Maßnahmen verstärkt. Neben den Sparmaßnahmen werden gleichzeitig Mehrausgaben getätigt, die vor allem 2012 zu einem höheren Ausgabenniveau gegenüber der ursprünglichen Sanierungsplanung führen. Den zahlreichen langfristigen strukturellen Einsparungen steht dadurch eine einmalige substanzielle Ausgabenerhöhung im Jahr 2012 gegenüber. Der Konsolidierungspfad sollte nicht verlassen und die Ausgabendisziplin unverändert beibehalten werden. Angesichts der weiterhin bestehenden strukturellen Finanzierungsdefizite, insbesondere der verbleibenden Handlungsbedarfe in den Jahren 2015 und 2016, sind in den kommenden Jahren weitere strukturelle Maßnahmen zur erfolgreichen Haushaltskonsolidierung unerlässlich.

Schleswig-Holstein

Grundlage des aktualisierten Sanierungsprogramms des Landes Schleswig-Holstein stellen eine aktuelle Prognose für das Jahr 2012 und der Entwurf für den Haushalt 2013 sowie der Finanzplanung bis 2016 dar. Gegenüber der bisherigen Sanierungsplanung sinkt die geplante Nettokreditaufnahme 2012 deutlich auf 265 Mio. €. Auch in den Folgejahren wird mit einer geringeren Nettokreditaufnahme als bisher geplant. Der Sicherheitsabstand zur maximal zulässigen Nettokreditaufnahme liegt nun rechnerisch für 2012 bei 290 Mio. €. In den Folgejahren sinkt er von 558 Mio. € im Jahr 2013 auf 268 Mio. € im Jahr 2016. Die in der Sanierungsplanung des vergangenen Jahres dargestellten Maßnahmen werden nur zum Teil umgesetzt – es ergeben sich einige Änderungen durch veränderte

HAUSHALTSÜBERWACHUNG VON BUND UND LÄNDERN

Schwerpunktsetzung der neuen
Landesregierung. Nicht umgesetzt werden die
Schließung kleinerer Justizvollzugsanstalten
und die Reduzierung der Studienplätze
im Bereich Medizin. Stattdessen sollen der
Erdölförderzins erhöht und die Gebühren
in der Katasterverwaltung angepasst
werden. Darüber hinaus sollen durch eine
verbesserte Zusammenarbeit der beiden
Hochschulstandorte für Medizin Synergien
erschlossen werden.

Der Evaluationsausschuss hat das aktualisierte Sanierungsprogramm geprüft und festgestellt: Der Sanierungsbericht Schleswig-Holsteins vom Oktober 2012 legt dar, dass das Land seinen Konsolidierungskurs fortsetzt. Ein Großteil der Maßnahmen wird wie geplant umgesetzt. Die neue Landesregierung setzt allerdings veränderte Schwerpunkte und hat einige Konsolidierungsmaßnahmen durch andere ersetzt. Die gegenüber dem ursprünglichen Sanierungsprogramm geringere Nettokreditaufnahme ist jedoch weit überwiegend auf die aktuell günstige Entwicklung der Steuereinnahmen zurückzuführen. Diese darf von der neuen Landesregierung nicht zu einem Verlassen des Konsolidierungskurses genutzt werden.

3.3 Beschlüsse des Stabilitätsrats

Der Stabilitätsrat hat in der sechsten Sitzung die Sanierungsberichte und die Bewertungen durch den Evaluationsausschuss zur Kenntnis genommen. Er begrüßt, dass die Länder ihren Konsolidierungskurs fortsetzen. Er weist darauf hin, dass auch bei anhaltend guter Einnahmenentwicklung der Sanierungspfad konsequent weiter beschritten und die Ausgabendisziplin beibehalten werden muss.

Im Fall Bremens begrüßt der Stabilitätsrat, dass das Land die Transparenz gegenüber seinem letzten Bericht gesteigert habe und erkennt an, dass die Steuermehreinnahmen überwiegend zur Erhöhung des Sicherheitsabstands eingesetzt werden sollen. Er fordert das Land auf, den Sanierungspfad insbesondere auf der Ausgabenseite weiter zu verstärken.

4 Zusammenfassung und Ausblick

Der Stabilitätsrat hat am 24. Oktober 2012 nach Überprüfung der haushaltswirtschaftlichen Lage von Bund und Ländern im Rahmen der regelmäßigen Haushaltsüberwachung den Beschluss gefasst, dass sich beim Bund und den Ländern, die sich nicht im Sanierungsverfahren befinden, keine Hinweise auf eine Haushaltsnotlage ergeben. Die Sanierungsländer setzen mit ihren aktualisierten Sanierungsprogrammen die notwendigen Schritte zur Rückführung ihrer Finanzierungsdefizite beziehungsweise zur Sanierung ihrer Haushalte fort. Es gilt nun für diese Länder, die Ausgabendisziplin beizubehalten und die geplanten Sanierungsmaßnahmen konsequent umzusetzen.

In seiner nächsten Sitzung im Frühjahr 2013 wird der Stabilitätsrat überprüfen, ob die Konsolidierungsländer Berlin, Bremen, Saarland, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein ihre vereinbarten Defizitobergrenzen für das Jahr 2012 eingehalten haben. Die Einhaltung der Konsolidierungsverpflichtungen nach dem Konsolidierungshilfengesetz ist Voraussetzung für die Auszahlung von Konsolidierungshilfen in Höhe von insgesamt 800 Mio. €. Zudem müssen die vier Sanierungsländer in ihren Sanierungsberichten über den Stand der Umsetzung konkreter Maßnahmen berichten. Die nächste Beurteilung der Haushaltslage von Bund und Ländern im Rahmen der regelmäßigen Haushaltsüberwachung erfolgt im September 2013.

Treffen der G7-Finanzminister und -Notenbankgouverneure / Jahresstagung von IWF und Weltbank

Ergebnisse des Treffens der G7-Finanzminister und -Notenbankgouverneure sowie der Jahresstagung von IWF und Weltbank

- Es bestand unter den Mitgliedsländern des Internationalen Währungsfonds (IWF) Einigkeit darüber, dass die wichtigste Aufgabe die Sicherstellung einer nachhaltigen weltwirtschaftlichen Erholung sei. Wichtig aus Sicht der Bundesregierung ist der Konsens der Mitgliedstaaten über die Notwendigkeit einer wachstumsfreundlichen fiskalischen Konsolidierung in allen Industrieländern, auch in den USA und Japan.
- In Umsetzung der Einigung der vergangenen Frühjahrstagung im April 2012 zur Aufstockung der IWF-Ressourcen wurden zehn bilaterale Kreditvereinbarungen der Mitgliedsländer mit dem IWF in einem Gesamtvolumen von 286 Mrd. US-Dollar unterzeichnet. Auch die Vereinbarung der Deutschen Bundesbank mit dem IWF über ein Volumen von 41,5 Mrd. € konnte in diesem Rahmen abgeschlossen werden.
- Die Mitgliedstaaten begrüßten einmütig die Entscheidung des IWF-Exekutivdirektoriums, die noch verfügbaren Golderlöse in Höhe von 1,75 Mrd. Sonderziehungsrechten (SZR) (circa 2 Mrd. €) für die Finanzierung der IWF-Entwicklungsländerfazilität (PRGT) zu verwenden.

1	Einleitung	4
	Informelles Treffen der G7-Finanzminister und IWF-Jahrestagung vom 11. bis 13. Oktober 2012.	
3	Deauville-Partnerschaft	43
1	Aushlick auf die nächsten Treffen	45

1 Einleitung

Vom 11. bis 13. Oktober 2012 trafen sich anlässlich der Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank in Tokio die Finanzminister und Zentralbankgouverneure der G7, die G8-Deauville-Partnerschaft sowie der Lenkungsausschuss des IWF (IMFC). Schwerpunkte der Diskussionen waren der Austausch über die Lage der Weltwirtschaft und Fragen der Leitung und Steuerung ("governance") des IWF. In Umsetzung der bei der vergangenen Frühjahrstagung des IWF beschlossenen Ressourcenerhöhung konnte eine erste Gruppe von bilateralen Kreditvereinbarungen unterzeichnet werden.

2 Informelles Treffen der G7-Finanzminister und IWF-Jahrestagung vom 11. bis 13. Oktober 2012

Im Mittelpunkt des informellen Treffens der G7-Finanzminister und des Treffens des IWF-Lenkungsausschusses (IMFC) stand die Lage der Weltwirtschaft. Der IWF legte zur Jahrestagung seine aktualisierte Einschätzung zur Entwicklung der Weltwirtschaft vor. In der Gesamteinschätzung des IWF haben die Abwärtsrisiken deutlich zugenommen und sind beträchtlich. Der Wachstumsausblick hängt nach Auffassung des IWF entscheidend von Maßnahmen zur Stabilisierung des Vertrauens im Euro-Währungsgebiet und in den USA ab.

Treffen der G7-Finanzminister und -Notenbankgouverneure / Jahresstagung von IWF und Weltbank

Es erfolgte eine Revision der Prognose des globalen Wachstums des Bruttoinlandsprodukts (BIP) auf 3,3 % für das Jahr 2012 und 3,6 % für das Jahr 2013 (Revision um - 0,2% beziehungsweise - 0,3% im Vergleich zur Prognose vom Juli 2012). Erheblich ist die Abwärtsrevision insbesondere für den Euroraum, dessen prognostiziertes BIP-Wachstum im Jahr 2013 bei 0,2 % liegt (Revision von - 0,5 % im Vergleich zu Juli 2012). Für die USA gab es eine Aufwärtsrevision für das Jahr 2012 (BIP-Wachstum von 2,2% und Revision von + 0,1%) und nur eine leichte Abwärtskorrektur für das Jahr 2013 (BIP-Wachstum von 2,1% und Revision von - 0,1%). Die Schwächung der Weltwirtschaft geht nach Einschätzung des IWF auch an den Schwellenländern nicht vorbei: Deutliche Abwärtskorrekturen erfolgten bei den BRIC-Staaten (darunter insbesondere bei Indien und Brasilien).

Es bestand unter den Mitgliedsländern des IWF Einigkeit darüber, dass die wichtigste Aufgabe die Sicherstellung einer nachhaltigen weltwirtschaftlichen Erholung sei. Sie betonten, dass innerhalb des Euroraums viele Fortschritte erzielt worden seien, mahnten aber gleichzeitig weitere Schritte an, um die Krise zu überwinden. Hierzu sei es notwendig, die fiskalische Integration und den Aufbau der Bankenunion voranzutreiben sowie weitere Strukturreformen in den Ländern umzusetzen. Aus Sicht der Bundesregierung ist der Konsens der Mitgliedstaaten über die Notwendigkeit einer wachstumsfreundlichen fiskalischen Konsolidierung in allen Industrieländern, explizit auch in den USA und Japan, erfreulich.

Auf der Jahrestagung in Tokio wurden, in Umsetzung der Einigung der vergangenen Frühjahrstagung im April 2012 zur Aufstockung der IWF-Ressourcen, zehn bilaterale Kreditvereinbarungen der Mitgliedsländer mit dem IWF in einem Gesamtvolumen von 286 Mrd. US-Dollar unterzeichnet. Auch die Vereinbarung der Deutschen Bundesbank mit dem IWF über ein Volumen von 41,5 Mrd. € konnte in diesem Rahmen abgeschlossen werden. Weitere Unterzeichner waren Australien, Italien, Dänemark, Niederlande, Frankreich, Japan, Norwegen, China und Saudi-Arabien. Die Bundesregierung begrüßt den Abschluss der Kreditvereinbarungen. Durch die Beteiligung von neun weiteren Ländern – darunter auch Länder außerhalb des Euroraums – ist eine faire Lastenteilung bei der Aufbringung der IWF-Mittel angelegt. Zudem bestand unter den Mitgliedstaaten Einigkeit darüber, dass noch ausstehende bilaterale Kreditvereinbarungen so schnell wie möglich abgeschlossen werden sollten.

Die Mitgliedstaaten begrüßten einmütig die bessere Verzahnung der bilateralen und multilateralen Überwachungspolitik des IWF durch die Verabschiedung einer neuen legislativen Grundlage für die Überwachung der Wirtschaftspolitiken ("new integrated surveillance decision"), einer neuen Strategie zur Überwachung des Finanzsektors und durch die Schaffung einer besseren Analyse der Außenwirtschaftsbeziehungen der bedeutenden Länder und Regionen im Rahmen des neugeschaffenen "External Sector Report". Bei der nächsten Jahrestagung soll die effektive Umsetzung der in dieser Weise gestärkten IWF-Überwachungspolitik überprüft werden.

Weiteres Thema war die Umsetzung der im Jahr 2010 beschlossenen Reformen der IWF-Leitungsstruktur und der IWF-Quoten. Ursprünglich hatten die Mitgliedstaaten den Willen bekundet, diese Reformen bis zur Jahrestagung in Tokio umzusetzen. Zwar haben aktuell bereits über 70 % der Mitgliedsländer die Reformen ratifiziert: allerdings tritt die Reform erst in Kraft, wenn die Summe der Stimmrechte der Mitgliedstaaten, die die Reform national umgesetzt haben, insgesamt 85 % der Stimmrechte erreicht. Deutschland hat die Reform im Mai 2012 ratifiziert. Keine Umsetzung erfolgte bisher u. a. in den USA, was wegen der faktischen Sperrminorität der USA (Stimmgewicht circa 17%) ein In-Kraft-Treten der Reform bisher verhindert. Eine Umsetzung der Reform in den USA dürfte

Treffen der G7-Finanzminister und -Notenbankgouverneure / Jahresstagung von IWF und Weltbank

nunmehr nach den Präsidentschaftswahlen zu erwarten sein. Zu keinem Abschluss kamen die Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Überprüfung der IWF-Quotenformel. Die Mitgliedstaaten betonten allerdings erneut ihren Willen, die Überprüfung fristgerecht bis zum Januar 2013 abzuschließen.

Die Mitgliedstaaten begrüßten einmütig die Entscheidung des IWF-Exekutivdirektoriums, die noch verfügbaren Golderlöse in Höhe von 1,75 Mrd. SZR (circa 2 Mrd. €) für die Finanzierung der IWF-Entwicklungsländerfazilität (PRGT) zu verwenden. Aus Sicht der Bundesregierung ist zu begrüßen, dass der Fonds den deutschen Vorschlag aufgegriffen hat, die Golderlöse so einzusetzen, dass eine Selbstfinanzierung des PRGT annähernd erreicht werden kann.

3 Deauville-Partnerschaft

Im Frühjahr 2011 beschloss die G8 in Reaktion auf die Umbrüche im nordafrikanischarabischen Raum auf dem Gipfel in Deauville, den Aufbau demokratischer Strukturen sowie

die Entwicklung der Wirtschaft in dieser Region zu unterstützen, und gründeten die sogenannte Deauville-Partnerschaft. Am Rande der IWF-Jahrestagung fand in diesem Rahmen ebenfalls ein Treffen der G8-Finanzminister statt. Ziel des Treffens war, sich über den Stand und die Fortschritte im Rahmen der Partnerschaft auszutauschen. Nachdem die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) im vergangenen Jahr eine Mandatserweiterung auf die Länder des südlichen und östlichen Mittelmeerraums beschlossen hatte, haben nun fast alle Anteilseigner die innerstaatlichen Ratifizierungsprozesse abgeschlossen, sodass die Bank bereits mit ersten Maßnahmen in der Region (Projekte in Jordanien, Marokko und Tunesien) beginnen konnte.

4 Ausblick auf die nächsten Treffen

Die nächste gemeinsame Jahrestagung von IWF und Weltbank findet vom 19. bis 20. April 2013 in Washington D.C. statt.

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts hat sich in den Sommermonaten weiter verlangsamt. Impulse kamen hauptsächlich vom Außenbeitrag. Der private Konsum stieg nur wenig an. Die Ausrüstungsinvestitionen gingen zurück.
- Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist insgesamt noch gut, wenngleich sich die Verringerung der konjunkturellen Dynamik nun auch in einem leichten Beschäftigungsrückgang widerspiegelt.
- Der Anstieg des Verbraucherpreisindex um 2,0 % im Oktober zeugt von einem weiterhin moderaten Preisklima.

Die Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Aktivität hat sich im 3. Quartal gegenüber dem 1. Halbjahr 2012 deutlich verlangsamt.

So ist laut Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes das Bruttoinlandsprodukt (BIP) preis-, kalender- und saisonbereinigt um 0,2% gegenüber dem Vorquartal angestiegen. Wie auch schon im Frühjahr kamen die Wachstumsimpulse im 3. Quartal in preis-, kalender- und saisonbereinigter Betrachtung von den Nettoexporten (Exporte abzüglich Importe). Die Exporttätigkeit wurde vor allem durch die Nachfrage aus den Ländern außerhalb des Euroraums begünstigt. Die privaten und öffentlichen Haushalte konsumierten mehr als im Vorquartal. Zusammen mit einem Anstieg der Bauinvestitionen konnten der Rückgang der Investitionen in Ausrüstungen und der Vorratsabbau nahezu kompensiert werden. Die Investitionstätigkeit wurde dabei durch die Krise in wichtigen Handelspartnerländern der Europäischen Union (EU) spürbar belastet.

Im Winterhalbjahr dürfte es – angesichts der Abwärtstendenz der vorlaufenden Indikatoren (Stimmungsverschlechterung in den Unternehmen, rückläufige Inlandsauftragseingänge in der Industrie) – zu einer temporären "Konjunkturdelle" kommen. Die Exporterwartungen und die Auftragseingänge aus dem Ausland zeigen ebenfalls eine deutliche Abwärtsbewegung,

was für eine Verringerung der Exportdynamik im weiteren Verlauf spricht. Die spürbare Verlangsamung des weltwirtschaftlichen Expansionstempos, insbesondere die wirtschaftliche Schwäche in einigen Ländern des Euroraums, dämpft damit zunehmend die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland.

Im September sind die nominalen Warenexporte deutlich zurückgegangen (saisonbereinigt - 2,5%). Im 3. Quartal waren sie im Vergleich zum Vorquartal aufgrund eines spürbaren Anstiegs im August – dennoch ausgeweitet worden. Im bisherigen Jahresverlauf zeigt sich jedoch eine Abflachung des Aufwärtstrends. Nach Ursprungswerten lag das nominale Ausfuhrergebnis kumuliert über den Zeitraum Januar bis September 2012 zwar um 4,1% über dem entsprechenden Vorjahresniveau. Die wirtschaftliche Schwäche in einigen Ländern des Euroraums schlägt sich jedoch spürbar in den deutschen Außenhandelszahlen nieder. So kamen die Impulse für die Exporttätigkeit überwiegend aus dem Handel mit Drittländern außerhalb der Europäischen Union (+10,4%). Die Exporte in den Euroraum gingen hingegen merklich zurück (-2,1%).

Die nominalen Warenimporte sanken im September (saisonbereinigt - 1,6 % gegenüber dem Vormonat), nachdem sie im Juli und August noch leicht angestiegen waren. Im 3. Quartal zeigt sich damit insgesamt eine

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Seitwärtsbewegung. Im Zeitraum von Januar bis September wurden die Einfuhren um 1,2% im Vergleich zum Vorjahr ausgeweitet. Dabei nahmen die Importe aus dem Euroraum und aus Drittländern leicht unterdurchschnittlich zu (+ 0,9% beziehungsweise + 1,1%), während die Einfuhren aus dem Nicht-Euroraum der Europäischen Union um 2,1% zulegten.

Der Handelsbilanzüberschuss (nach Ursprungswerten) erhöhte sich in den Monaten Januar bis September um 24,3 Mrd. € gegenüber dem entsprechenden Ergebnis im Jahr 2011. Der Leistungsbilanzüberschuss lag im selben Zeitraum um 18,9 Mrd. € oberhalb des entsprechenden Vorjahresniveaus.

Angesichts eines ungünstigeren außenwirtschaftlichen Umfelds ist zum Jahresende jedoch mit einer weiter nachlassenden Exportdynamik zu rechnen. So revidierte die Europäische Union in ihrer Herbstprojektion ihre Erwartungen hinsichtlich der gesamtwirtschaftlichen Aktivität wichtiger deutscher Handelspartner innerhalb der EU in diesem und im kommenden Jahr spürbar nach unten. Auch der Internationale Währungsfonds (IWF) schätzte in seinem letzten World Economic Outlook vom Oktober die weltwirtschaftliche Lage ungünstiger ein als noch im Juli. Die Stimmungsindikatoren haben sich am aktuellen Rand zudem weiter merklich eingetrübt. So verzeichnete der Welthandelsindikator des niederländischen CPB-Instituts am aktuellen Rand einen Rückgang, während der OECD Leading Indicator marginal anstieg. Darüber hinaus trübten sich die ifo Exporterwartungen im Oktober den fünften Monat in Folge ein. Die schwache Auslandsnachfrage nach deutschen Industrieprodukten – insbesondere im Euroraum - im 3. Quartal dürfte sich auch im weiteren Verlauf in ungünstigeren Außenhandelszahlen niederschlagen.

Angesichts der seit mehreren Monaten anhaltenden Stimmungseintrübung in den Unternehmen stellt sich die Lage der industriellen Erzeugung im 3. Quartal noch unerwartet günstig dar. Im Quartalsverlauf zeigt sich jedoch bereits eine Abschwächungstendenz. So wurde die industrielle Erzeugung nach einem leichten Rückgang im August im September deutlich zurückgefahren. Aufgrund der Produktionsausweitung im Juli zeigte sich im 3. Vierteljahr dennoch ein leichtes Plus (saisonbereinigt + 0,6 % gegenüber Vorquartal). Dieses kam vor allem von einer Zunahme der Produktion von Investitionsgütern (saisonbereinigt + 2,2 %). Die Vorleistungsgüterproduktion zeigt dagegen einen Abwärtstrend.

Die Umsätze in der Industrie gaben im September ebenfalls spürbar nach. Im 3. Quartal stagnierten sie nahezu gegenüber dem Vorquartal. Dabei verzeichneten die Inlandsumsätze marginale Einbußen, während die Auslandsumsätze geringfügig anstiegen.

Der Rückgang der industriellen Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe hat sich bei unterdurchschnittlichem Volumen an Großaufträgen im September verstärkt. Sowohl das inländische als auch das ausländische Bestellvolumen wurde eingeschränkt (saisonbereinigt - 1,8 % beziehungsweise - 4,5 %). Im 3. Quartal zeigt sich damit eine Abwärtsbewegung. Dabei ging die inländische Nachfrage nach Investitionsgütern am stärksten zurück, was auch für das Jahresende auf eine rückläufige Entwicklung der Investitionstätigkeit hindeutet.

Insgesamt steht der Rückgang der Auftragseingänge qualitativ im Einklang mit dem Abwärtstrend der Stimmungsindikatoren. So gab der Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe am aktuellen Rand erneut nach und lag das achte Mal in Folge unterhalb der Expansionsschwelle. Auch die ifo Geschäftslage im Verarbeitenden Gewerbe wurde im Oktober das zweite Mal in Folge ungünstiger beurteilt. Zusammengenommen deuten die vorlaufenden Indikatoren auf eine nachlassende industrielle Erzeugung im Schlussquartal dieses Jahres hin. Die

 $Konjunkturent wicklung \ aus \ finanz politischer \ Sicht$

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

		2011			Veränderung ir	n%gegenüb	er	
Gesamtwirtschaft/Einkommen	Mrd.€		Vorpe	eriode saisor	bereinigt		Vorjah	r
	bzw. Index	ggü. Vorj. in%	1.Q.12	2.Q.12	3.Q.12	1.Q.12	2.Q.12	3.Q.12
Bruttoinlandsprodukt								
Vorjahrespreisbasis (verkettet) jeweilige Preise 2 593 nkommen Volkseinkommen 1 985 Arbeitnehmerentgelte 1 328		+3,0	+0,5	+0,3	+0,2	+1,7	+0,5	+0,4
jeweilige Preise	2 593	+3,9	+1,0	+0,6	+0,6	+2,9	+1,7	+1,8
Einkommen ¹								
Volkseinkommen	1 985	+3,4	+2,0	-0,5		+3,1	+2,6	
Arbeitnehmerentgelte	1 328	+4,5	+1,1	+1,1		+3,8	+3,7	
Unternehmens- und								
Vermögenseinkommen	657	+1,3	+3,7	-3,8		+2,0	+0,3	
Verfügbare Einkommen								
der privaten Haushalte	1 630	+3,2	+1,4	-0,6		+3,5	+2,1	
Bruttolöhne ugehälter	1.084	+4,8	+1,3	+1,3		+4,0	+4,0	
Sparen der privaten Haushalte	173	-1,2	+1,1	-1,1		+3,4	+1,2	
		2011			Veränderung ir	. % aeaenüb	or	
Außenhandel/Umsätze/Produktion/Auf		2011			riahr ²			
tragseingänge	Mrd.€	ggü.Vorj.	Vorpe	eriode saisor	<u> </u>		Vorjahr	
	bzw. Index	in%	Aug 12	Sep 12	Dreimonats- durchschnitt	Aug 12	Sep 12	Dreimonats durchschnit
in jeweiligen Preisen								
Außenhandel (Mrd. €)								
Waren-Exporte	1.061	+11,5	+2,3	-2,5	+1,5	+5,7	-3,4	+3,6
Waren-Importe	903	+13,2	+0,4	-1,6	+0,2	+0,5	-3,6	-0,4
in konstanten Preisen von 2005								
Produktion im Produzierenden	112,1	+7,9	-0,4	-1,8	+0,7	-1,3	-1,2	-1,3
Gewerbe (Index 2005 = 100)	112.0	18.0	0.3	2.2	106	1 7	2.0	1.0
Industrie ³	113,9	+8,9	-0,3	-2,3	+0,6	-1,7	-2,0	-1,8
Bauhauptgewerbe Umsätze im	123,1	+13,4	-2,6	+2,7	+0,5	+0,8	+4,0	+2,2
Produzierenden Gewerbe								
Industrie (Index 2005 = 100) ³	110,5	+7,6	+0,1	-3,0	+0,1	-1,2	-2,7	-1,8
Inland	106,4	+7,5	-1,2	-2,3	-0,1	-2,6	-3,8	-2,9
Ausland	115,4	+7,7	+1,6	-3,9	+0,2	+0,3	-1,6	-0,7
Auftragseingang								
(Index 2005 = 100)	1110	.7.0	0.0	2.2	2.2	4.6	4.7	4.5
Industrie ³	114,0	+7,8	-0,8	-3,3	-2,3	-4,6	-4,7	-4,6
Inland	110,3	+7,4	-1,7	-1,8	-2,7	-7,3	-6,5	-6,7
Ausland	117,2	+8,1	+0,0	-4,5	-1,9	-2,3	-3,3	-2,9
Bauhauptgewerbe	101,0	+4,5	+5,3	•	-3,6	+8,7	•	+2,5
Umsätze im Handel (Index 2005 = 100)								
Einzelhandel (ohne Kfz und mit Tankstellen)	98,5	+1,2	-0,1	+0,8	-0,7	-0,9	-3,4	-1,8
Handel mit Kfz	94,3	+5,9	-0,2		-1,6	-1,6		+1,6

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

		2011	Veränderung in Tausend gegenüber								
Arbeitsmarkt	Personen	:: N: !- 0/	Vorpe	eriode saison	bereinigt	Vorjahr					
	Mio.	ggü. Vorj. in %	Aug 12	Sep 12	Okt 12	Aug 12	Sep 12	Okt 12			
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	2,98	-8,1	+12	+12	+20	-40	-7	+16			
Erwerbstätige, Inland	41,16	+1,4	+20	-8		+369	+322				
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	lversicherungspflichtig 28.38		-2			+472					
		2011	Veränderung in % gegenüber								
Preisindizes 2005 = 100		ggü. Vorj. in %		Vorperiode Vorjal							
2003 .00	Index	ggu. vorj. III /6	Aug 12	Sep 12	Okt 12	Aug 12	Sep 12	Okt 12			
Importpreise	117,0	+8,0	+1,3	-0,7		+3,2	+1,8				
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	115,9	+5,7	+0,5	+0,3	+0,0	+1,6	+1,7	+1,5			
Verbraucherpreise	110,7	+2,3	+0,4	+0,0	+0,0	+2,1	+2,0	+2,0			
ifo Geschäftsklima				saisonberei	nigte Salden						
gewerbliche Wirtschaft	Mrz 12	Apr 12	Mai 12	Jun 12	Jul 12	Aug 12	Sep 12	Okt 12			
Klima	+11,9	+11,9	+6,1	+3,0	-0,8	-2,5	-4,3	-7,0			
Geschäftslage	+22,6	+22,7	+14,6	+15,9	+11,5	+10,8	+9,2	+3,5			
Geschäftserwartungen +1,7 +		+1,6	-2,1	-9,1	-12,3	-15,0	-16,9	-16,9			

¹Rechenstand: August 2012.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut.

Verbesserung der ifo Geschäftserwartungen in der Industrie signalisiert jedoch, dass die Unternehmen nur mit einer temporären Nachfrageschwäche zu rechnen scheinen.

Die Produktion im Bauhauptgewerbe wurde im September spürbar ausgeweitet. Damit zeigt sich im 3. Quartal eine leichte Aufwärtsbewegung (saisonbereinigt + 0.5%). Die vorlaufenden Indikatoren zeichnen für die kommenden Monate jedoch ein uneinheitliches Bild. Die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe sind in saisonbereinigter Betrachtung im Zweimonatsvergleich Juli/August gegenüber Mai/Juni deutlich angestiegen (für September liegen noch keine Daten vor). Dagegen sind die Baugenehmigungen im gleichen Zeitraum zurückgegangen. Auch der ifo Geschäftsklimaindex im Bauhauptgewerbe ist deutlich rückläufig, wenngleich die Erwartungen zuletzt etwas weniger pessimistisch waren als im Vormonat.

Der Anstieg des Konsums der privaten Haushalte im 3. Quartal zeichnete sich bereits in einem stabilen Verbrauchervertrauen in den Sommermonaten ab. Insbesondere die Anschaffungsneigung bewegt sich auf einem hohen Niveau. Die Umsätze im Einzelhandel (ohne Kfz) sind zum Quartalsende merklich angestiegen. Allerdings zeigen sie im Durchschnitt des 3. Quartals eine leichte Abwärtsbewegung. Der private Konsum dürfte auch im Schlussquartal stützend wirken. Dafür sprechen die gute Stimmung der Verbraucher (GfK-Umfrage) und die deutliche Verbesserung der Einschätzungen der Einzelhändler hinsichtlich ihrer Geschäftslage (ifo-Umfrage). Die Verunsicherung der Konsumenten in Bezug auf die weitere konjunkturelle Entwicklung ist zwar weiterhin hoch. Dies wird jedoch zum Teil überlagert durch das immer noch hohe Beschäftigungsniveau sowie die insbesondere aus den Tariflohnerhöhungen resultierenden Einkommenszuwächse. So sind zuletzt die Einkommenserwartungen und die

² Produktion arbeitstäglich, Umsatz, Auftragseingang Industrie kalenderbereinigt, Auftragseingang Bau saisonbereingt.

³Ohne Energie.

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Anschaffungsneigung merklich angestiegen. Auch der erneute Rückgang der Sparneigung zeugt von einer sich fortsetzenden Konsumkonjunktur. Begünstigend auf die Konsumentscheidungen wirken dabei auch das nach wie vor niedrige Zinsniveau und das ruhige Preisklima.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist insgesamt noch gut, wenngleich sich die Verringerung der konjunkturellen Dynamik immer deutlicher widerspiegelt. Das Beschäftigungsniveau ist weiterhin sehr hoch. Nach Ursprungswerten stieg die Erwerbstätigenzahl (Inlandskonzept) im September um 322 000 Personen zwar auf ein Niveau von 41,85 Millionen Personen an (+0,8% gegenüber dem Vorjahr). Aber die saisonbereinigte Zahl der Erwerbstätigen nahm um 8 000 Personen gegenüber dem Vormonat geringfügig ab. Dies war der erste Beschäftigungsrückgang im Verlauf seit über zwei Jahren. Dennoch wurde im 3. Quartal das Niveau des Vorquartals noch deutlich überschritten (+39000 Personen).

Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ging im August 2012 nach Hochrechnung der Bundesagentur für Arbeit (BA) – geringfügig um saisonbereinigt 2 000 Personen gegenüber dem Vormonat zurück, nachdem sie im Juli noch um 50 000 Personen angestiegen war. Im Vorjahresvergleich (nach Ursprungswerten) gab es einen Zuwachs von 1,6 %. Dabei verzeichneten wirtschaftliche Dienstleistungen (+4,4%) und das Verarbeitende Gewerbe (+ 1,6 %) das größte Plus. Das nachlassende wirtschaftliche Wachstumstempo und die Verunsicherung der Unternehmen hinsichtlich der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung zeigen sich u. a. auch darin, dass Unternehmen zuerst die Zahl ihrer Zeitarbeitskräfte reduzieren. So lag die Beschäftigtenzahl in Arbeitnehmerüberlassungen deutlich um 5,1% unter dem entsprechenden Vorjahresniveau. Auch die Anzeigen für Kurzarbeit haben sich laut Schätzung der BA im Oktober leicht erhöht. Darüber hinaus nutzen die Firmen die

Möglichkeit der Reduzierung der tariflichen Wochenarbeitszeit.

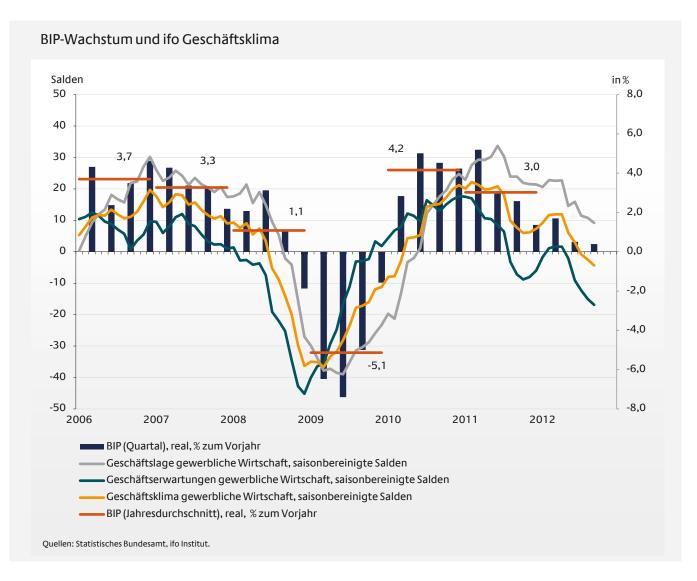
Die insgesamt weiterhin gute Beschäftigungslage wirkt sich positiv auf die Einnahmen aus der Lohnsteuer aus. So stieg das Bruttoaufkommen der Lohnsteuer (vor Abzug von Kindergeld) im Oktober um 5,2% gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat an.

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen betrug im Oktober 2,75 Millionen Personen. Damit wurde erstmals seit Februar 2010 das Vorjahresniveau wieder leicht überschritten. Die Arbeitslosenquote lag mit 6,5% auf dem gleichen Niveau wie im Oktober 2011. Saisonbereinigt stieg die Arbeitslosenzahl um 20 000 Personen gegenüber dem Vormonat an. Hinsichtlich der Zunahme der Arbeitslosigkeit spielte eine Rolle, dass die wirtschaftliche Dynamik nicht mehr stark genug war, um die rückläufige Entlastung durch arbeitsmarktpolitische Instrumente auszugleichen.

Die vorlaufenden Stimmungsindikatoren deuten darauf hin, dass die Unternehmen auch in den nächsten Monaten eher zurückhaltender bei Neueinstellungen sein wollen. So zeigt das ifo Beschäftigungsbarometer einen deutlichen Abwärtstrend. Auch der Stellenindex der BA ist rückläufig, befindet sich aber weiterhin auf einem hohen Niveau. Für dieses Jahr erwartet die Bundesregierung in ihrer Herbstprojektion somit einen Anstieg der Erwerbstätigenzahl um 0,9 %. Im nächsten Jahr wird es wahrscheinlich nur zu einem leichten Beschäftigungsaufbau kommen (+0,2%). Die Arbeitslosenzahl könnte allerdings das Vorjahresniveau etwas überschreiten.

Derzeit sind keine Anzeichen beunruhigender Preisentwicklungen zu beobachten. Die jährliche Teuerungsrate lag im Oktober bei 2,0 %. Dabei war der Preisauftrieb wie auch in den Vormonaten insbesondere auf Preissteigerungen bei Energieträgern zurückzuführen. So verteuerte sich die

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT



Energie (Haushaltsenergie und Kraftstoffe) im Oktober 2012 insgesamt um 5 ½ % gegenüber dem Vorjahr. Der Anstieg fiel damit weniger stark aus als in den vorangangenen zwei Monaten. Dies dürfte zum Teil auch auf eine verhaltenere Entwicklung des Rohölpreises auf dem Weltmarkt zurückzuführen sein. So stieg der Ölpreis im Durchschnitt des Monats Oktober um etwa 1.4% leicht an. Unter Berücksichtigung der Entwicklung des Euro/US-Dollar-Wechselkurses ergab sich im gleichen Zeitraum jedoch ein Anstieg des Rohölpreises in Höhe von 7,2 %. Ohne Berücksichtigung der Energiepreise hätte die Inflationsrate im Oktober bei 1,6 % gelegen. Ein deutlicher Preisniveauanstieg zeigt sich auch bei Nahrungsmitteln (+ 3,3 % gegenüber

dem Vorjahr). Deutliche Preisrückgänge gab es hingegen bei Finanzdienstleistungen, insbesondere durch den sukzessiven Wegfall von Bearbeitungsgebühren für Privatkredite bei Banken sowie im Bildungswesen (Abschaffung von Studiengebühren in zwei Ländern).

Auch auf den dem Verbrauch vorgelagerten Preisstufen setzte sich der moderate Preisniveauanstieg fort. So stiegen die Importpreise um 1,8 % (September) und die Erzeugerpreise um 1,5 % (Oktober) gegenüber dem Vorjahr an. Preissteigernd wirken vor allem die Verteuerung von Erdöl und Mineralölerzeugnissen. Erzeugerpreise ohne Mineralölerzeugnisse nahmen nur

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

um 1,1% gegenüber dem Vorjahresergebnis zu. Ohne Erdöl und Mineralölprodukte wäre das Importpreisniveau vom September 2011 nur um 0,7% überschritten worden. Darüber hinaus verbilligten sich nichtenergetische Rohstoffpreise erheblich. Importpreise für Getreide zogen dagegen deutlich an. Insbesondere die Preisentwicklung auf den vorgelagerten Preisstufen deutet auf ein gemäßigtes Preisklima in Deutschland hin. Von einem moderaten Anstieg der Verbraucherpreise gehen auch der Sachverständigenrat und die Europäische Kommission in ihren jüngsten Prognosen aus.

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Oktober 2012

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Oktober 2012

Die Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) sind im Oktober 2012 im Vorjahresvergleich um 2,5 % gestiegen. Den größten Zuwachs haben die Ländersteuern mit 27,3 % zu verzeichnen, wenngleich der Beitrag zum Wachstum des gesamten Steueraufkommens allerdings weniger als 0,3 Mrd. € betrug. Die Bundessteuern übertrafen das Vorjahresergebnis um 3,2 % (0,3 Mrd. €). Bei den gemeinschaftlichen Steuern kam es zu einem Anstieg um 1,6 % beziehungsweise 0,4 Mrd. €. Im Zeitraum Januar bis Oktober 2012 erhöhte sich das Steueraufkommen insgesamt im Vorjahresvergleich um 5,4 %.

Nach Bundesergänzungszuweisungen war der Anstieg der Einnahmen des Bundes im Oktober mit 2,6 % niedriger als der der Länder (+ 4,2 %). Kumuliert ergibt sich im Zeitraum Januar bis Oktober weiterhin ein Plus beim Bund von 4,3 % und bei den Ländern von 5,9 %.

Die Kasseneinnahmen bei der Lohnsteuer lagen im Oktober 2012 um 6,7% über dem Niveau des Vorjahresmonats. Der Anstieg des Bruttoaufkommens der Lohnsteuer (vor Abzug von Kindergeld) war im Berichtsmonat mit 5,2% gegenüber dem Vorjahreszeitraum nur geringfügig niedriger als im vergangenen Monat. Der Oktober war weiterhin geprägt von der anhaltend guten Beschäftigungslage. Das Volumen der Kindergeldzahlungen verharrte in etwa auf dem Vorjahresniveau (+ 0,1%). Im Zeitraum Januar bis Oktober 2012 ist im kassenmäßigen Lohnsteueraufkommen ein Plus von 6,6% zu verzeichnen.

Die Kasseneinnahmen der veranlagten Einkommensteuer verbesserten sich zwar um 0,3 Mrd. €, blieben jedoch mit 0,2 Mrd. € per Saldo immer noch im Minus. Das Aufkommen der veranlagten Einkommensteuer brutto stieg gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 0,4 Mrd. € (+59,9%). Das Monatsergebnis war von der Veranlagungstätigkeit geprägt. So wurde der Zuwachs im Bruttoaufkommen hauptsächlich aus erhöhten Nachzahlungen gespeist. Die Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer nach § 46 EStG nahmen um 9,1% zu. Im Zeitraum Januar bis Oktober 2012 erreichte das Kassenaufkommen bisher ein deutliches Plus von 19,4%.

Die Körperschaftsteuer verzeichnet bei den Kasseneinnahmen im Oktober einen Rückgang um 0,6 Mrd. € gegenüber dem Vorjahresmonat auf nunmehr - 1,2 Mrd. €. Im Monat Oktober wird circa ein Drittel der jährlichen Rückzahlungsrate von Körperschaftsteuerguthaben zu Lasten des Körperschaftsteueraufkommens abgewickelt. Der Anstieg des Auszahlungsbetrages gegenüber dem Vorjahresmonat trug neben einem Rückgang der Körperschaftsteuernachzahlungen für weiter zurückliegende Jahre (insbesondere aus Betriebsprüfungsfällen) zur negativen Entwicklung des Körperschaftsteueraufkommens bei. Trotz des Rückgangs im aktuellen Monat ist das Kassenergebnis im gesamten Zeitraum Januar bis Oktober 2012 immer noch deutlich von 9,1 Mrd. € auf 11,8 Mrd. € gestiegen.

Das Kassenaufkommen der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag hat sich im Oktober 2012 gegenüber dem Vorjahresmonat von 0,4 Mrd. € auf jetzt 0,8 Mrd. € mehr als verdoppelt. Auch das Brutto-Aufkommen stieg um 90,2 %. Die Erstattungen durch das Bundeszentralamt für Steuern überschritten das Ergebnis des Vorjahresmonats um 31,0 %. Im Zeitraum Januar bis Oktober 2012 stieg das Kassenaufkommen der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag insgesamt um 13,3 % auf 18,2 Mrd. €.

Das Volumen der Abgeltungsteuer auf Zinsund Veräußerungserträge erhöhte sich

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Oktober 2012

Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im laufenden Jahr¹

2012	Oktober	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis Oktober	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2012 ⁴	Veränderun ggü. Vorjah
	in Mio €	in%	in Mio €	in%	in Mio €	in%
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer ²	11338	+6,7	118 173	+6,6	148 850	+6,5
veranlagte Einkommensteuer	- 192	Х	27 151	+19,4	36 800	+15,0
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	756	+110,9	18 192	+13,3	19820	+9,3
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (einschl. ehem. Zinsabschlag)	491	+8,8	7 121	+2,5	8 176	+1,9
Körperschaftsteuer	-1 162	Х	11 836	+29,8	18 430	+17,9
Steuern vom Umsatz	15 424	-3,7	160 138	+2,2	195 500	+2,9
Gewerbesteuerumlage	748	+9,3	2 786	+2,6	3 821	+4,1
erhöhte Gewerbesteuerumlage	745	+10,1	2 485	+1,9	3 248	+0,9
gemeinschaftliche Steuern insgesamt	28 149	+1,6	347 882	+6,2	434 645	+5,9
Bundessteuern						
Energiesteuer	3 539	-1,3	27 667	-1,6	39 900	-0,3
Tabaksteuer	1 432	+2,0	10897	-1,1	14330	-0,6
Branntweinsteuer inklusive Alkopopsteuer	162	-8,9	1 735	-2,2	2 120	-1,4
Versicherungsteuer	522	+0,9	9 8 7 5	+3,4	11 100	+3,2
Stromsteuer	591	-3,5	5 837	-4,6	6 920	-4,5
Kraftfahrzeugsteuer	675	+11,5	7 2 6 5	+1,3	8 460	+0,4
Luftverkehrsteuer	108	+20,6	780	+9,4	960	+6,1
Kernbrennstoffsteuer	0	Х	1 425	+102,3	1 550	+68,0
Solidaritätszuschlag	716	+7,1	10851	+7,8	13 550	+6,0
übrige Bundessteuern	113	-6,1	1 243	+0,6	1 523	+1,4
Bundessteuern insgesamt	7 859	+3,2	77 575	+1,5	100 413	+1,3
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	405	+44,1	3 644	+0,7	4 2 3 5	-0,3
Grunderwerbsteuer	663	+23,5	6 135	+19,5	7 460	+17,2
Rennwett- und Lotteriesteuer	147	+27,4	1 195	+0,2	1 424	+0,2
Biersteuer	54	-9,5	588	-1,2	699	-0,4
Sonstige Ländersteuern	16	-6,7	324	+4,3	382	+5,7
Ländersteuern insgesamt	1 284	+27,3	11 886	+9,5	14 200	+8,4
EU-Eigenmittel						
Zölle	373	-12,1	3712	-2,4	4 5 5 0	-0,5
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	129	-14,6	1 722	+14,7	2 070	+9,5
BSP-Eigenmittel	1 277	-17,0	16 863	+9,6	21 490	+19,4
EU-Eigenmittel insgesamt	1 779	-15,8	22 297	+7,7	28 110	+14,9
Bund ³	17 361	+2,6	201 852	+4,3	256 189	+3,3
Länder ³	16 486	+4,2	191 057	+5,9	236 778	+5,6
EU	1 779	-15,8	22 297	+7,7	28 110	+14,9
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	2 039	+7,6	25 849	+7,7	32 731	+7,3
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	37 665	+2,5	441 056	+5,4	553 808	+5,0

¹Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

 $^{^2\,} Nach\, Abzug\, der\, Kindergelder stattung\, durch\, das\, Bundeszentralamt\, für\, Steuern.$

³ Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle "Einnahmen des Bundes" ist methodisch bedingt (vergleiche Fußnote 1).

⁴ Ergebnis AK "Steuerschätzungen" vom November 2012.

STEUEREINNAHMEN VON BUND UND LÄNDERN IM OKTOBER 2012

gegenüber dem Vorjahresmonatsniveau um 8,8 %. Im Zeitraum Januar bis Oktober 2012 wurde das Ergebnis des Vorjahres aufgrund der schlechteren Vormonate jedoch insgesamt lediglich um 2,5 % übertroffen.

Die Steuern vom Umsatz weisen im Berichtsmonat Oktober 2012 mit - 3,7% gegenüber dem Vorjahr einen unerwartet starken Rückgang auf. Dabei sank das Aufkommen aus der Einfuhrumsatzsteuer gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 7,2%. Die (Binnen-)Umsatzsteuer verzeichnet einen Rückgang um 2,3 %. Im gesamten Zeitraum Januar bis Oktober 2012 ergaben sich bei den Steuern vom Umsatz insgesamt Mehreinnahmen von 2,2%.

Bei den reinen Bundessteuern (+ 3,2 %) konnte im Oktober 2012 das Vorjahresergebnis insgesamt deutlich übertroffen werden. Ausschlaggebend waren hier die Zuwächse bei der Tabaksteuer (+ 2,0 %), der Kraftfahrzeugsteuer (+ 11,5 %), dem Solidaritätszuschlag (+ 7,1 %) sowie bei der Luftverkehrsteuer (+ 20,6 %). Auch die Versicherungsteuer (+ 0,9 %) trug zum positiven Gesamtergebnis bei. Bei der Energiesteuer kam es zu

Aufkommenseinbußen von 1,3 %, da der größte Einzelposten – die Besteuerung von Kraftstoffen – lediglich um 0,3 % über dem Vorjahresniveau lag und die Energiesteuer auf Heizöl um 48,6 % zurückging. Die Energiesteuer auf Erdgas vermeldete Mehreinnahmen von 6,1 %. Bei der Kernbrennstoffsteuer war im Berichtsmonat kein Steueraufkommen zu verzeichnen; kumuliert liegen die Einnahmen hier weiterhin bei 1,4 Mrd. €. Für die Monate Januar bis Oktober 2012 ergibt sich bei den Bundessteuern insgesamt ein Aufkommenszuwachs von 1,5 %.

Die reinen Ländersteuern übertrafen im Berichtsmonat das Vorjahresniveau um 27,3 %. Hierzu trugen insbesondere die Mehreinnahmen bei der Erbschaftsteuer (+ 44,1%) und der Grunderwerbsteuer (+ 23,5 %) bei. Ferner schlugen die Aufkommenszuwächse bei der Rennwett- und Lotteriesteuer (+ 27,4 %) positiv zu Buche, während die Feuerschutzsteuer (- 5,2 %) und die Biersteuer (- 9,5 %) Mindereinnahmen verzeichneten. Die Ländersteuern insgesamt stiegen im Berichtszeitraum Januar bis Oktober 2012 im Vorjahresvergleich um 9,5 %.

ENTWICKLUNG DES BUNDESHAUSHALT

Entwicklung des Bundeshaushalts

Ausgabenentwicklung

Die Ausgaben des Bundes beliefen sich von Januar bis einschließlich Oktober 2012 auf 258,1 Mrd. €. Sie lagen um 7,5 Mrd. € (+3,0%) über dem Ergebnis des Vergleichszeitraums des Vorjahres. Die Bereitstellung der für das laufende Jahr vorgesehenen Beteiligung am Grundkapital des Europäischen Stabilitätsmechanismus in Höhe von 8,7 Mrd. € im Oktober wirkt sich hier ausgabensteigernd aus. Dem gegenüber stehen Minderausgaben insbesondere bei den Ausgaben zum Arbeitsmarkt und bei den Zinsausgaben.

Einnahmenentwicklung

Die Einnahmen des Bundes übertrafen bis einschließlich Oktober mit 220.6 Mrd. €

das Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraums um 6,6 Mrd. € (+ 3,1%). Davon beliefen sich die Steuereinnahmen auf 201,7 Mrd. € und stiegen im Vorjahresvergleich um 8,3 Mrd. € (+ 4,3%) an. Die Verwaltungseinnahmen lagen mit 18,9 Mrd. € um 8,4% unter dem Ergebnis bis einschließlich Oktober 2011.

Finanzierungssaldo

Eine exakte Prognose der voraussichtlichen Neuverschuldung dieses Jahres lässt sich u. a. wegen der noch ausstehenden beiden Steuermonate weiterhin nicht treffen. Insbesondere lässt sich eine belastbare Vorhersage weder aus den einzelnen Positionen noch aus dem derzeitigen Finanzierungssaldo von - 37,4 Mrd. € ableiten.

Entwicklung des Bundeshaushalts

	Ist 2011	Soll 2012 ¹	Ist - Entwicklung ² Januar bis Oktober 2012
Ausgaben (Mrd. €)	296,2	311,6	258,1
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in $\%$			+3,0
Einnahmen (Mrd. €)	278,5	283,1	220,6
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in $\%$			+3,1
Steuereinnahmen (Mrd. €)	248,1	256,2	201,7
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in $\%$			+4,3
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	-17,7	-28,5	-37,4
Kassenmittel (Mrd. €)	-	-	-21,1
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	-0,3	-0,4	-0,2
Nettokreditaufnahme/aktueller Kapitalmarktsaldo (Mrd. €)	-17,3	-28,1	-16,2

¹Inklusive 2. Nachtrag 2012, Stand: Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestags vom 8. November 2012.

² Buchungsergebnisse.

ENTWICKLUNG DES BUNDESHAUSHALTS

Entwicklung der Bundesausgaben nach Aufgabenbereichen

	Is	t	So	II ¹	Ist - Entw	/icklung	Unteriährige	
	20	11	20	12	Januar bis Oktober 2011	Januar bis Oktober 2012	Unterjährige Veränderung ggü. Vorjahr in %	
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in Mi	io.€	11170	
Allgemeine Dienste	54 407	18,4	65 521	21,0	43 333	53 077	+22	
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	5 9 3 1	2,0	6 292	2,0	4373	4366	-0	
Verteidigung	31 710	10,7	31 734	10,2	25 545	26 771	+4	
Politische Führung, zentrale Verwaltung	6369	2,2	5 798	1,9	5 143	4 683	-8	
Finanzverwaltung	3 754	1,3	4326	1,4	3 038	3 177	+4	
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	16 086	5,4	17 994	5,8	12 225	13 516	+10	
BAföG	1 584	0,5	1 763	0,6	1 362	1 381	+1	
Forschung und Entwicklung	9 3 6 1	3,2	10 083	3,2	6 5 5 4	6 906	+5	
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen	155 255	52,4	155 460	49,9	133 666	131 495	-1	
Sozialversicherung	77 976	26,3	78 711	25,3	69 995	70 920	+	
Darlehen/Zuschuss an die Bundesagentur für Arbeit	8 046	2,7	7 238	2,3	5 476	3 612	-34	
Grundsicherung für Arbeitssuchende	33 035	11,2	32 735	10,5	27 353	26 212	-	
darunter: Arbeitslosengeld II	19384	6,5	19370	6,2	16367	16 085	-	
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung	4 855	1,6	4900	1,6	4 0 4 7	4006	-	
Wohngeld	745	0,3	650	0,2	640	499	-2	
Erziehungsgeld/Elterngeld	4712	1,6	4904	1,6	4 008	4122	+	
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	1 684	0,6	1 613	0,5	1 528	1 331	-1	
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	1 335	0,5	1 548	0,5	951	1 056	+1	
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 033	0,7	2 066	0,7	1 516	1 579	+	
Wohnungswesen	1 3 6 6	0,5	1 387	0,4	1 236	1 287	+	
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5 656	1,9	5 372	1,7	4 251	3 674	-1	
Regionale Förderungsmaßnahmen	937	0,3	635	0,2	618	486	-2	
Kohlenbergbau	1 349	0,5	1 200	0,4	1 3 4 9	1 182	-1	
Gewährleistungen	797	0,3	1 200	0,4	610	501	-1	
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	11 645	3,9	12 384	4,0	8 648	8 958	+	
Straßen (ohne GVFG)	6115	2,1	6 1 2 6	2,0	4 1 4 5	4 0 9 2	-	
Nirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen	15 986	5,4	16 329	5,2	13 288	13 785	+	
Bundeseisenbahnvermögen	5 020	1,7	5 239	1,7	4029	4 153	+:	
Eisenbahnen des Bundes/Deutsche Bahn AG	4037	1,4	4016	1,3	3 119	3 154	+	
Allgemeine Finanzwirtschaft	33 825	11,4	34 926	11,2	32 767	30 956	-!	
Zinsausgaben	32 800	11,1	31 287	10,0	31 893	30 017	-!	
Ausgaben zusammen	296 228	100,0	311 600	100,0	250 645	258 098	+:	

¹Inklusive 2. Nachtrag 2012, Stand: Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestags vom 8. November 2012. Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Entwicklung des Bundeshaushalts

Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	ls	t	So	ll ¹	Ist - Entw	ricklung	Untoriähriga
	20	11	20	12	Januar bis Oktober 2011	Januar bis Oktober 2012	Unterjährige Veränderung ggü. Vorjahr in%
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in Mi	o. €	1170
Konsumtive Ausgaben	270 850	91,4	274 373	88,1	232 397	231 715	-0,3
Personalausgaben	27 856	9,4	28 497	9,1	23 814	23 955	+0,6
Aktivbezüge	20 702	7,0	21 349	6,9	17 532	17 416	-0,7
Versorgung	7 154	2,4	7 147	2,3	6 282	6 538	+4,1
Laufender Sachaufwand	21 946	7,4	23 828	7,6	16 194	17 439	+7,7
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 545	0,5	1 283	0,4	1 129	971	-14,0
Militärische Beschaffungen	10 137	3,4	10 673	3,4	7 197	7 135	-0,9
Sonstiger laufender Sachaufwand	10 264	3,5	11 871	3,8	7 8 6 7	9 3 3 3	+18,6
Zinsausgaben	32 800	11,1	31 287	10,0	31 893	30 017	-5,9
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	187 554	63,3	190 295	61,1	160 082	159 880	-0,1
an Verwaltungen	15 930	5,4	17 600	5,6	13 185	14230	+7,9
an andere Bereiche	171 624	57,9	172 696	55,4	147 011	145 673	-0,9
darunter:							
Unternehmen	23 882	8,1	25 106	8,1	19 588	20 060	+2,4
Renten, Unterstützungen u. a.	26718	9,0	26 931	8,6	22 691	22 426	-1,2
Sozialversicherungen	115398	39,0	113 678	36,5	100 490	97 938	-2,5
Sonstige Vermögensübertragungen	695	0,2	467	0,1	414	424	+2,4
Investive Ausgaben	25 378	8,6	37 469	12,0	18 248	26 383	+44,6
Finanzierungshilfen	18 202	6,1	29 473	9,5	13 385	21 043	+57,2
Zuweisungen und Zuschüsse	14589	4,9	15 3 1 5	4,9	10 706	10 744	+0,4
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	2 825	1,0	3 853	1,2	1 935	1 612	-16,7
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	788	0,3	10 304	3,3	744	8 687	+1.067,6
Sachinvestitionen	7 175	2,4	7 997	2,6	4 864	5 340	+9,8
Baumaßnahmen	5 8 1 4	2,0	6 5 1 9	2,1	4 0 8 5	4 5 3 5	+11,0
Erwerb von beweglichen Sachen	869	0,3	899	0,3	534	604	+13,
Grunderwerb	492	0,2	578	0,2	245	201	-18,0
Globalansätze	0	0,0	- 243	-0,1	0	0	
Ausgaben insgesamt	296 228	100,0	311 600	100,0	250 645	258 098	+3,0

¹ Inklusive 2. Nachtrag 2012, Stand: Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestags vom 8. November 2012. Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

$\ \ \square$ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Entwicklung des Bundeshaushalts

Entwicklung der Einnahmen des Bundes

	Ist	:	Sol	l ¹	Ist - Entw	vicklung	Untoriährigo
	20	11	201	2	Januar bis Oktober 2011	Januar bis Oktober 2012	Unterjährige Veränderung ggü. Vorjahr in %
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in Mi	o.€	III <i>7</i> 6
I. Steuern	248 066	89,1	256 156	90,5	193 453	201 727	+4,
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	196 908	70,7	206 801	73,0	155 682	163 881	+5,
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschl. Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge)	93 488	33,6	101 592	35,9	70 714	78 109	+10,
davon:							
Lohnsteuer	59 475	21,4	63 261	22,3	45 400	48 421	+6,
veranlagte Einkommensteuer	13 599	4,9	15 609	5,5	9 666	11 540	+19,
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	9 0 6 8	3,3	9910	3,5	8 032	9 096	+13,
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	3 529	1,3	3 597	1,3	3 057	3 133	+2,
Körperschaftsteuer	7817	2,8	9215	3,3	4 5 5 9	5 9 1 8	+29
Steuern vom Umsatz	101 899	36,6	103 626	36,6	83 927	84710	+0
Gewerbesteuerumlage	1 520	0,5	1 583	0,6	1 041	1 062	+2
Energiesteuer	40 036	14,4	39 900	14,1	28 104	27 667	-1
Tabaksteuer	14414	5,2	14330	5,1	11 015	10 897	-1
Solidaritätszuschlag	12 781	4,6	13 550	4,8	10070	10 851	+7
Versicherungsteuer	10 755	3,9	11 100	3,9	9 5 4 9	9 8 7 5	+3
Stromsteuer	7 247	2,6	6920	2,4	6120	5 8 3 7	-4
Kraftfahrzeugsteuer	8 422	3,0	8 460	3,0	7 175	7 265	+1
Kernbrennstoffsteuer	922	0,3	1 550	0,5	705	1 425	+102
Branntweinabgaben	2 151	0,8	2 122	0,7	1 776	1 737	-2
Kaffeesteuer	1 028	0,4	1 045	0,4	844	849	+0
Luftverkehrsteuer	905	0,3	960	0,3	712	780	+9
Ergänzungszuweisungen an Länder	-12 110	-4,3	-11 421	-4,0	-9 240	-8 495	-8
BNE-Eigenmittel der EU	-18 003	-6,5	-21 490	-7,6	-15 389	-16863	+9
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-1 890	-0,7	-2 070	-0,7	-1 501	-1724	+14
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	-6980	-2,5	-7 085	-2,5	-5817	-5 904	+1
Zuweisung an die Länder für Kfz-Steuer und Lkw- Maut	-8 992	-3,2	-8 992	-3,2	-6744	-6 744	+0
II. Sonstige Einnahmen	30 455	10,9	26 981	9,5	20 583	18 858	-8
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	4971	1,8	4244	1,5	4090	3 606	-11
Zinseinnahmen	483	0,2	336	0,1	409	225	-45
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	5 2 6 7	1,9	5 9 1 3	2,1	3 962	3 010	-24
Einnahmen zusammen	278 520	100,0	283 137	100,0	214 035	220 585	+3

¹ Inklusive 2. Nachtrag 2012, Stand: Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestags vom 8. November 2012. Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

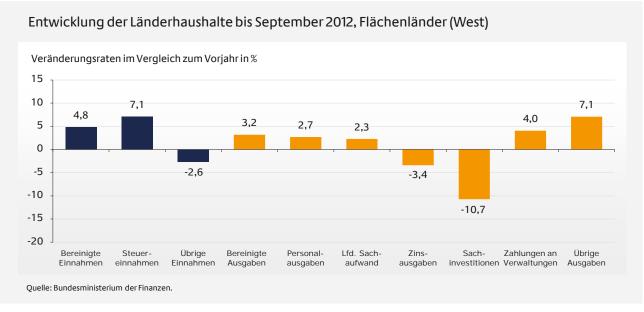
Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2012

Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2012

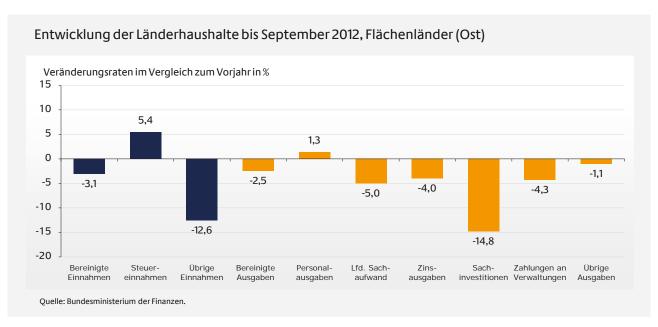
Das Bundesministerium der Finanzen legt Zusammenfassungen über die Haushaltsentwicklung der Länder bis einschließlich September 2012 vor.

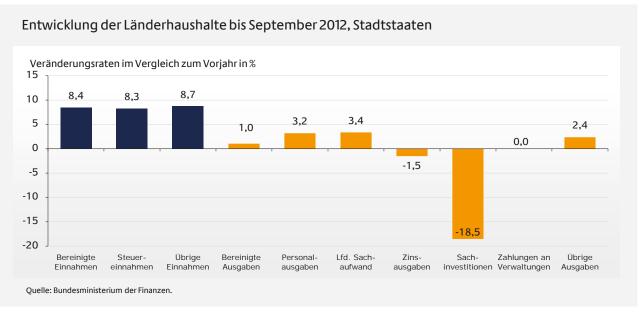
Die positive Entwicklung der Länderhaushalte hält auch im September weiter an. Die Ausgaben der Länder insgesamt erhöhten sich im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um 1,5 %, während die Einnahmen um 3,4 % anstiegen. Die Steuereinnahmen lagen Ende September um 7,0 % über dem Vorjahreswert. Das Finanzierungsdefizit der Ländergesamtheit beträgt am Ende des 3. Quartals 2012 4,2 Mrd. € und unterschreitet den Vorjahreswert um 3,7 Mrd. €. Die Planungen der Länder für das Haushaltsjahr 2012 sehen derzeit ein Finanzierungsdefizit von rund 15,7 Mrd. € vor.

Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2012, Länder insgesamt Veränderungsraten im Vergleich zum Vorjahr in % 15 10 7,0 4,7 3,4 5 2,6 1.5 1.6 0 -0.1 -5 -3,1 -5,7 -10 -12,8 -15 -20 Lfd. Sach-Bereiniate Sach-Übriae Bereiniate Steuer Übriae Personal-Zins Zahlungen an Einnahmen einnahmen Einnahmen Ausgaben ausgaben ausgaben investitionen Quelle: Bundesministerium der Finanzen.



Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2012





FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Europäische Finanzmärkte

Die Rendite europäischer Staatsanleihen betrug im Oktober durchschnittlich 3,42 % (3,62 % im September).

Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe betrug Ende Oktober 1,49 % (1,43 % Ende September).

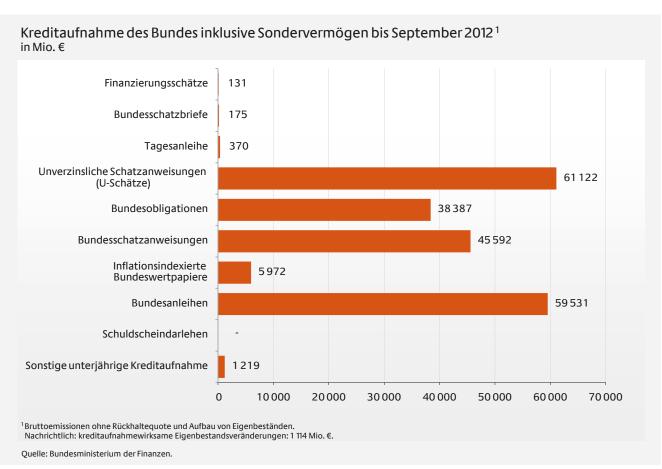
Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – beliefen sich Ende Oktober auf 0,20 % (0,22 % Ende September).

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat in der EZB-Ratssitzung am 8. November 2012 beschlossen, die geltenden Zinssätze für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,75 %, 1,50 % beziehungsweise 0,00 % zu belassen.

Der deutsche Aktienindex betrug 7 261 Punkte am 31. Oktober (7 216 Punkte am 30. September). Der Euro Stoxx 50 stieg von 2 454 Punkten am 30. September auf 2 504 Punkte am 31. Oktober.

Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 lag im September bei 2,7% nach 2,8% im August und 3,6% im Juli. Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresänderungsraten von M3 belief sich in der Zeit von Juli bis September 2012 auf 3,0% nach 3,1% im Dreimonatszeitraum von Juni bis August.



FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Die jährliche Änderungsrate der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum betrug im September - 1,3 % nach -1,2 % im Vormonat.

In Deutschland betrug die Änderungsrate der Kreditgewährung an Unternehmen und Privatpersonen 0,89% im September gegenüber 1,13% im August.

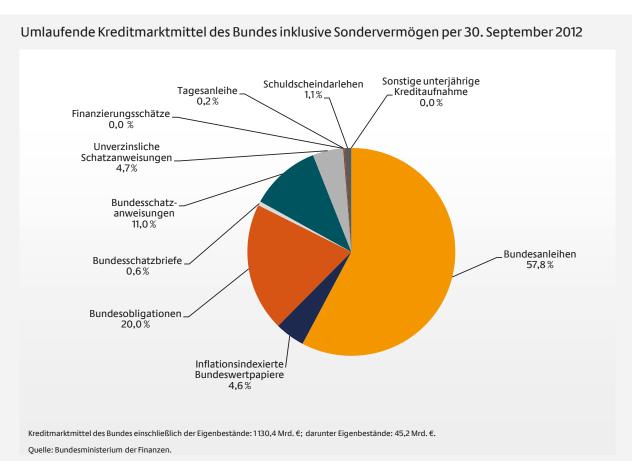
Kreditaufnahme von Bund und Sondervermögen – Umsetzung des Emissionskalenders

Bis einschließlich September 2012 betrug der Bruttokreditbedarf von Bund und Sondervermögen 212,5 Mrd. €. Darunter entfielen auf Bundeswertpapiere im Rahmen des geplanten Emissionskalenders 202,9 Mrd. €, auf inflationsindexierte Bundeswertpapiere 6,5 Mrd. €, auf die Instrumente des Privatkundengeschäfts 0,7 Mrd. € und auf sonstige Instrumente 1,2 Mrd. €. Ferner wurden netto 1,1 Mrd. € Bundeswertpapiere am Sekundärmarkt verkauft.

Die Übersicht "Emissionsvorhaben des Bundes im 3. Quartal" zeigt die Kapitalund Geldmarktemissionen im Rahmen des Kalenders sowie die sonstigen Emissionen.

Der Schuldendienst von Bund und Sondervermögen in Höhe von 226,4 Mrd. € (davon 198,5 Mrd. € Tilgungen und 27,9 Mrd. € Zinsen) überstieg den Bruttokreditbedarf um 13,9 Mrd. €. Diese Finanzierungen waren durch Kassen- oder Haushaltsmittel aufzubringen.

Die aufgenommenen Kredite wurden im Umfang von 204,2 Mrd. € für die Finanzierung des Bundeshaushalts, von 4,3 Mrd. € für den Finanzmarktstabilisierungsfonds und von 4,0 Mrd. € für den Investitions- und Tilgungsfonds eingesetzt.



FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2012 in Mrd. €

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
							in Mrd. €						
Anleihen	25,0	-	-	-	-	-	27,0	-	2,7				54,7
Bundesobligationen	-	-	-	16,0	-	-	-	-	-				16,0
Bundesschatzanweisungen	-	-	19,0	-	-	19,0	-	-	18,0				56,0
U-Schätze des Bundes	8,9	8,9	8,9	7,0	7,0	6,0	7,0	7,0	7,0				67,6
Bundesschatzbriefe	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1	0,3	0,1				1,3
Finanzierungsschätze	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0				0,3
Tagesanleihe	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,1	0,1	0,1				0,6
Schuldscheindarlehen	-	-	-	-	-	0,0	-	0,0	0,0				0,0
Sonst. unterjährige Kreditaufnahme	-	-	0,7	-	-	0,1	-	-	1,1				1,9
Sonstige Schulden gesamt	-0,0	-0,0	-0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0				-0,0
Gesamtes Tilgungsvolumen	34,2	9,2	28,8	23,1	7,2	25,3	34,2	7,4	29,1				198,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2012 in Mrd. €

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul in Mrd. 1	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
Gesamte Zinszahlungen und Sondervermögen Entschädigungsfonds	11,1	0,8	-0,1	4,4	-0,9	0,3	12,1	-0,3	0,4				27,9

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Emissionsvorhaben des Bundes im 3. Quartal 2012 Kapitalmarktinstrumente

			3. Quartal 2012 insgesamt	47 Mrd. €/ 50 Mrd. €	50 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135499 WKN 113549	Aufstockung	26. September 2012	10 Jahre/fällig 4. September 2022 Zinslaufbeginn 4. September 2012 erster Zinstermin 4. September 2013	4 Mrd. €/ 5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137396 WKN113739	Aufstockung	19. September 2012	2 Jahre/fällig 12. September 2014 Zinslaufbeginn 24. August 2012 erster Zinstermin 12. September 2013	5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141646 WKN 114164	Neuemission	12. September 2012	5 Jahre/fällig 13. Oktober 2017 Zinslaufbeginn 14. September 2012 erster Zinstermin 13. Oktober 2013	5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135499 WKN 113549	Neuemission	5. September 2012	10 Jahre/fällig 4. September 2022 Zinslaufbeginn 4. September 2012 erster Zinstermin 4. September 2013	5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137396 WKN113739	Neuemission	22. August 2012	2 Jahre/fällig 12. September 2014 Zinslaufbeginn 24. August 2012 erster Zinstermin 12. September 2013	5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135473 WKN 113547	Aufstockung	8. August 2012	10 Jahre/fällig 4. Juli 2022 Zinslaufbeginn 13. April 2012 erster Zinstermin 4. Juli 2013	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundes obligation ISIN DE0001141638 WKN 114163	Aufstockung	1. August 2012	5 Jahre/fällig 7. April 2017 Zinslaufbeginn 7. April 2012 erster Zinstermin 7. April 2013	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135481 WKN 113548	Aufstockung	25. Juli 2012	30 Jahre/fällig 4. Juli 2044 Zinslaufbeginn 27. April 2012 erster Zinstermin 4. Juli 2013	2 Mrd. €/ 3 Mrd. €	3 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137388 WKN 113738	Aufstockung	18. Juli 2012	2 Jahre/fällig 13. Juni 2014 Zinslaufbeginn 25. Mai 2012 erster Zinstermin 13. Juni 2013	5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135473 WKN 113547	Aufstockung	11. Juli 2012	10 Jahre/fällig 4. Juli 2022 Zinslaufbeginn 13. April 2012 erster Zinstermin 4. Juli 2013	4 Mrd. €/ 5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141638 WKN 114163	Aufstockung	4. Juli 2012	5 Jahre fällig 7. April 2017 Zinslaufbeginn 7. April 2012 erster Zinstermin 7. April 2013	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissions- kalender)	Volumen Ist

¹Volumen einschließlich Marktpflegequote.

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Emissionsvorhaben des Bundes im 3. Quartal 2012 Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissions- kalender)	Volumen ¹ Ist
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119634 WKN 111963	Neuemission	9. Juli 2012	6 Monate/fällig 9. Januar 2013	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119642 WKN 111964	Neuemission	23. Juli 2012	12 Monate/fällig 24. Juli 2013	3 Mrd.€	3 Mrd.€
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119659 WKN 111965	Neuemission	13. August 2012	6 Monate/fällig 13. Februar 2013	4 Mrd.€	4 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119667 WKN 111966	Neuemission	27. August 2012	12 Monate/fällig 28. August 2013	3 Mrd.€	3 Mrd.€
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119675 WKN 111967	Neuemission	10. September 2012	6 Monate/fällig 13. März 2013	4 Mrd.€	4 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119683 WKN 111968	Neuemission	24. September 2012	12 Monate/fällig 25. September 2013	3 Mrd.€	3 Mrd. €
			3. Quartal 2012 insgesamt	21 Mrd. €	21 Mrd.€

 $^{^{1}} Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Emissionsvorhaben des Bundes im 3. Quartal 2012 Sonstiges

			3. Quartal 2012 insgesamt	2-3 Mrd. €/ 2 Mrd. €	2 Mrd. €
Inflationsindexierte Bundesanleihe ISIN DE0001030542 WKN 103054	Aufstockung	12. September 2012	10 Jahre/fällig 15. April 2023 Zinslaufbeginn 23. März 2012 erster Zinstermin 15. April 2013	2-3 Mrd. €/ 1 Mrd. €	1Mrd.€
Inflationsindexierte Bundesanleihe ISIN DE0001030542 WKN 103054	Aufstockung	25. Juli 2012	10 Jahre/fällig 15. April 2023 Zinslaufbeginn 23. März 2012 erster Zinstermin 15. April 2013	2-3 Mrd. €/ 1 Mrd. €	1Mrd. €
Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissions- kalender)	Volumen ¹ Ist

 $^{^1} Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

Rückblick auf die ECOFIN- und Eurogruppen-Tagung am 12. und 13. November 2012

Weiteres Vorgehen zum Programmland Griechenland und Lage in Spanien und Zypern

Im Vordergrund der Gespräche der Eurogruppe standen die bisherigen Anstrengungen der griechischen Regierung zur Erfüllung ihrer Auflagen. Es gibt noch einige offene Fragen, sodass die Entscheidung über die Auszahlung der nächsten Tranche verschoben wurde.

Zu Spanien wurde der Stand der Umsetzung des Bankenprogramms diskutiert. Nach Auffassung der Europäischen Kommission werden die Auflagen wie vereinbart umgesetzt. Die Entscheidung über Auszahlungen wird erst Ende November 2012 erwartet. Insgesamt dürfte der Bedarf an Mitteln aus dem Rettungsschirm wegen der Beteiligung nachrangiger Gläubiger deutlich unter dem errechneten Kapitalbedarf von 60 Mrd. € liegen.

Hinsichtlich der Lage in Zypern wird von der zypriotischen Regierung erwartet, in vollem Umfang mit der Troika, die ihre Mission am 9. November 2012 wieder aufgenommen hat, zu kooperieren.

Wirtschaftspolitische Steuerung – "Two-Pack"

Die Präsidentschaft hat den ECOFIN-Rat über den Stand der Trilogverhandlungen zum sogenannten Two-Pack unterrichtet. Um eine rasche Einigung mit dem Europäischen Parlament herbeizuführen, sind noch einige offene Punkte zu klären. Zudem gilt es noch, eine hinreichend klarstellende Formulierung zu finden, die vorsieht, dass die Befugnisse zur Festlegung der mit Finanzhilfen verbundenen Konditionalitäten nur beim Gouverneursrat

des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) liegen. In Bezug auf eine Schuldenvergemeinschaftung bekräftigten Finnland und die Niederlande gemeinsam mit Deutschland ihre ablehnende Haltung.

Geänderte Vorschriften für die Eigenkapitalanforderungen (Richtlinie CRD IV)

Die Präsidentschaft berichtete über den aktuellen Stand des Trilogs zur Umsetzung der Baseler Empfehlungen (Basel III) zwischen dem Europäischen Parlament, der Europäischen Kommission und dem Rat der Europäischen Union. Es wurden weitere Fortschritte erzielt, und wesentliche Fragen konnten geklärt werden. Die Ratspräsidentschaft geht davon aus, dass sie bis zum Dezember die noch offenen Fragen lösen kann. Insbesondere sind noch Verhandlungen zur Vergütung und zum Kapitalpuffer für systemische Risiken zu führen. Hierbei muss das richtige Gleichgewicht zwischen Flexibilität und strikteren Regeln gefunden werden. Aufgrund der politischen Verabredungen der G20 ist vorgesehen, mit der Einführung von Basel III zum 1. Januar 2013 zu beginnen.

Europäischer Bankenaufsichtsmechanismus

Die EU-Finanzminister wurden von der Präsidentschaft über den aktuellen Stand der Beratungen zu den Gesetzgebungsvorschlägen der EU-Kommission unterrichtet. Zu bestimmten Kernfragen – wie beispielsweise der Gewährleistung einer strikten Trennung zwischen Geldpolitik und Aufsicht bei der Europäischen Zentralbank (EZB), der Aufteilung der Aufgaben zwischen EZB und nationalen Aufsichtsbehörden und einer gleichberechtigten Beteiligung freiwillig

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

teilnehmender Nicht-Euro-Länder der EU – sind noch intensive Arbeiten erforderlich, bevor eine Einigung erzielt werden kann.

Finanztransaktionsteuer (FTT)

Der ECOFIN-Rat erörterte den Sachstand zur Einführung einer Finanztransaktionsteuer (FTT) im Wege der Verstärkten Zusammenarbeit, für die sich elf Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, ausgesprochen haben. Eine Entscheidung über den Vorschlag der Europäischen Kommission für eine Ermächtigung zur Verstärkten Zusammenarbeit wurde im ECOFIN-Rat nicht getroffen, denn zuvor ist die Zustimmung des Europäischen Parlaments erforderlich. Nach Auskunft des Juristischen Dienstes des Rates kann erst nach erfolgter Ermächtigung durch Beschlussfassung des ECOFIN-Rates die Vorlage eines Richtlinienvorschlags für eine FTT in Verstärkter Zusammenarbeit durch die Europäische Kommission erfolgen.

Verhandlungsmandat für Abkommen mit Drittländern im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen

Ziel der Änderungen ist es, Verbesserungen, wie sie in der EU-Zinsrichtlinie vereinbart sind, auf die Abkommen zur Zinsbesteuerung mit der Schweiz, Liechtenstein, Andorra, Monaco und San Marino zu übertragen. Dies würde es ermöglichen, Besteuerungslücken zu schließen

und faire Wettbewerbsbedingungen zu sichern. Eine Einigung über den Entwurf eines Verhandlungsmandats für die Europäische Kommission konnte nicht erzielt werden und wird in den kommenden Verhandlungen weiterhin angestrebt.

Vorbereitung der 18. Tagung der Konferenz der Vertragsparteien des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) in Katar

Der ECOFIN-Rat verabschiedete Schlussfolgerungen zur Klimaschutzfinanzierung, die neben den Schlussfolgerungen des Umweltrates vom 25. Oktober 2012 zur Positionierung der Europäischen Union bei anstehenden Klimaverhandlungen der Vereinten Nationen in Katar vom 26. November bis 7. Dezember 2012 dienen. Die Schlussfolgerungen indossieren auch den "EU Fast Start Finance Report". Im Rahmen des "Copenhagen Accord" der Klimaverhandlungen im Jahr 2009 haben sich die EU und ihre Mitgliedstaaten verpflichtet, sich an der Anschubfinanzierung von Klimamaßnahmen in Entwicklungsländern mit 7,2 Mrd. € in den Jahren 2010 bis 2012 zu beteiligen. Die Kommission dankte den Mitgliedstaaten für ihr Engagement bei der Anschubfinanzierung trotz der angespannten Lage der öffentlichen Haushalte.

TERMINE, PUBLIKATIONEN

Termine, Publikationen

Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

3./4. Dezember 2012	ECOFIN und Eurogruppe in Brüssel
13./14. Dezember 2012	Europäischer Rat in Brüssel
21./22. Januar 2013	ECOFIN und Eurogruppe in Brüssel
11./12. Februar 20113	ECOFIN und Eurogruppe in Brüssel
7./8. Februar 2013	Europäischer Rat in Brüssel
15./16. Februar 2013	Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure in Moskau
4./5. März 2013	ECOFIN und Eurogruppe in Brüssel
14./15. März 2013	Europäischer Rat in Brüssel

Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2013 und des Finanzplans bis 2016

18. Januar 2012	Vorstellung Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung
bis Ende Februar 2012	Entwicklung des Eckwertebeschlusses und Erarbeitung der Kabinettvorlage durch das BMF
21. März 2012	Kabinettsitzung für Eckwertebeschluss
25. April 2012	Projektion zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
8. bis 10. Mai 2012	Steuerschätzung in Frankfurt / Oder
24. Mai 2012	Sitzung des Stabilitätsrats
27. Juni 2012	Kabinettsitzung für Regierungsentwurf
10. August 2012	Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
11 14. September 2012	1. Lesung Bundestag
21. September 2012	1. Durchgang Bundesrat
ab 39. Kalenderwoche 2012	Beratungen im Haushaltsausschuss
17. Oktober 2012	Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
24. Oktober 2012	Sitzung des Stabilitätsrats
29 31. Oktober 2012	Steuerschätzung in Frankfurt am Main
8. November 2012	Bereinigungssitzung Haushaltsausschuss
20 23. November 2012	2./3. Lesung Bundestag
14. Dezember 2012	2. Beratung Bundesrat
Ende Dezember 2012	Verkündung im Bundesgesetzblatt

TERMINE, PUBLIKATIONEN

Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
Dezember 2012	November 2012	21. Dezember 2012
Januar 2013	Dezember 2012	31. Januar 2013
Februar 2013	Januar 2013	21. Februar 2013
März 2013	Februar 2013	21. März 2013
April 2013	März 2013	22. April 2013
Mai 2013	April 2013	24. Mai 2013
Juni 2013	Mai 2013	20. Juni 2013
Juli 2013	Juni 2013	22. Juli 2013
August 2013	Juli 2013	22. August 2013
September 2013	August 2013	20. September 2013
Oktober 2013	September 2013	21. Oktober 2013
November 2013	Oktober 2013	21. November 2013
Dezember 2013	November 2013	20. Dezember 2013

Publikationen des BMF

Das Bundesministerium der Finanzen hat folgende Publikation neu herausgegeben:

- Entschädigung von NS-Unrecht (Neuauflage 2012)
- Compensation for National Socialist Injustice
- Kalendarium zur Wiedergutmachung von NS-Unrecht
- Die Artikel 2 Vereinbarung
- The Article 2 Agreement

Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen

Referat Bürgerangelegenheiten

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

broschueren@bmf.bund.de

Zentraler Bestellservice:

Telefon: 01805 / 77 80 90¹ Telefax: 01805 / 77 80 94¹

 $^{1} Je weils~0,14 \in /~Min.~aus~dem~Festnetz~der~Telekom,~abweichende~Preise~aus~anderen~Netzen~m\"{o}glich.$

Internet:

http://www.bundesfinanzministerium.de

http://www.bmf.bund.de

Statistiken und Dokumentationen

Über	sichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	69
1	Kreditmarktmittel	71
2	Gewährleistungen	
3	Bundeshaushalt 2008 bis 2013	
4	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren	
_	2008 bis 2013	73
5	Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabengruppen und Funktionen,	
	Regierungsentwurf 2013	75
6	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2013	
7	Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushalts	
8	Steueraufkommen nach Steuergruppen	
9	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	
10	Entwicklung der Staatsquote	
11	Schulden der öffentlichen Haushalte	
12	Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte	
13	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	
13 14	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	
15		
	Steuerquoten im internationalen Vergleich	
16	Abgabenquoten im internationalen Vergleich	
17	Staatsquoten im internationalen Vergleich	
18	Entwicklung der EU-Haushalte 2011 bis 2012	97
Übor	sichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	nο
1	Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2012 im Vergleich zum Jahressoll 2012	
Abb.	Vergleich der Finanzierungsdefizite je Einwohner 2011/2012	98
2	Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der	00
	Länder bis September 2012	
3	Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis September 2012	101
Kenn	nzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	105
1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	105
2	Preisentwicklung	
3	Außenwirtschaft	
4		
4	EinkommensverteilungGesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten	
_		
5	Produktionslücken, Budgetsensitivität und Konjunkturkomponenten	
6	Prouktionspotenzial und -lücken	111
7	Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten	
	Potenzialwachstum	
8	Bruttoinlandsprodukt	
9	Bevölkerung und Arbeitsmarkt	
10	Kapitalstock und Investitionen	
11	Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität	
12	Preise und Löhne	
13	Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich	123
14	Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	124

☐ Statistiken und Dokumentationen

15	Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich	125
16	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten	
	Schwellenländern	126
17	Übersicht Weltfinanzmärkte	127
Abb.	Entwicklung von DAX und Dow Jones	128
18	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF	
	zu BIP, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote	129
19	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF	
	zu Haushaltssalden, Staatsschuldenquote und Leistungsbilanzsaldo	133

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Kreditmarktmittel

I. Schuldenart

	Stand:	Zunahme	Abnahme	Stand:					
	31. August 2012	Zunanme	Abhanne	30. September 2012					
		in Mio. €							
Inflations indexier te Bundes wert papiere	51 500	1 000	0	52 500					
Anleihen ¹	645 736	10 000	2 736	653 000					
Bundesobligationen	221 000	5 000	0	226 000					
Bundesschatzbriefe ²	7 162	4	57	7 109					
Bundesschatzanweisungen	137 000	5 000	18 000	124000					
Unverzinsliche Schatzanweisungen	53 203	7 001	6 9 9 2	53 213					
Finanzierungsschätze ³	324	7	38	293					
Tagesanleihe	1 973	7	87	1 893					
Schuldscheindarlehen	12 060	0	13	12 047					
sonstige unterjährige Kreditaufnahme	1 540	- 1	1 147	393					
Kreditmarktmittel insgesamt	1 131 499			1 130 449					

noch Tabelle 1: Kreditmarktmittel

II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand:			Stand:		
	31. August 2012			30. September 2012		
	in Mio. €					
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	221 918			216 883		
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	369 000			357 763		
langfristig (mehr als 4 Jahre)	540 581			555 802		
Kreditmarktmittel insgesamt	1 131 499			1 130 449		

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

 $^{^{1}}$ 10- u. 30-jährige Anleihen des Bundes und €-Gegenwert der US-Dollar-Anleihe.

 $^{^2\,}Bundesschatzbriefe\,der\,Typen\,A\,und\,B$.

 $^{^3}$ 1-jährige und 2-jährige Finanzierungsschätze.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen	Belegung am 30. September 2012	Belegung am 30. September 2011
		in Mrd. €	
Ausfuhren	135,0	124,0	117,9
Kredite an ausländische Schuldner, Direktinvestitionen im Ausland, EIB-Kredite, Kapitalbeteiligung der KfW am EIF	50,0	41,4	38,4
FZ-Vorhaben	9,00	4,0	2,8
Ernährungsbevorratung	0,7	0,0	0,0
Binnenwirtschaft und sonstige Zwecke im Inland	171,0	108,5	109,5
Internationale Finanzierungsinstitutionen	62,0	56,1	55,9
Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen	1,18	1,0	1,0
Zinsausgleichsgarantien	8,0	8,0	6,0
Garantien für Kredite an Griechenland gemäß dem Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz vom 7. Mai 2010	22,4	22,4	22,4
Garantien gemäß dem Gesetz zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus vom 22. Mai 2010	211,0	142,1	22,4

Tabelle 3: Bundeshaushalt 2008 bis 2013 Gesamtübersicht

	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Gegenstand der Nachweisung	Ist	Ist	Ist	Ist	Soll ¹	RegE ¹
			Mrc	d. €		
1. Ausgaben	282,3	292,3	303,7	296,2	311,6	302,0
Veränderung gegen Vorjahr in %	+4,4	+3,5	+3,9	-2,4	+5,2	-3,1
2. Einnahmen ²	270,5	257,7	259,3	278,5	283,1	284,6
Veränderung gegen Vorjahr in %	+5,8	- 4,7	+0,6	+7,4	+1,7	+0,5
darunter:						
Steuereinnahmen	239,2	227,8	226,2	248,1	256,2	260,6
Veränderung gegen Vorjahr in %	+4,0	-4,8	- 0,7	+9,7	+3,3	+1,7
3. Finanzierungssaldo	-11,8	-34,5	-44,4	-17,7	-28,5	-17,4
in % der Ausgaben	4,2	11,8	14,6	6,0	9,1	5,8
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos						
4. Bruttokreditaufnahme ³ (-)	229,6	269,0	288,2	274,2	249,6	249,8
5. sonst. Einnahmen und haushalterische Umbuchungen	0,5	-6,4	5,0	3,1	11,1	-0,3
6. Tilgungen (+)	216,2	228,5	239,2	260,0	232,6	232,4
7. Nettokreditaufnahme	-11,5	-34,1	-44,0	17,3	28,1	17,1
8. Münzeinnahmen	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,4	-0,3
Nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	24,3	27,1	26,1	25,4	37,5	34,8
Veränderung gegen Vorjahr in %	- 7,2	+11,5	-3,8	-2,7	+47,6	- 7,1
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	3,5	3,5	3,5	2,2	0,6	1,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Stand: November 2012.

 $^{^{1}} St and: Bereinigungs sitzung \ des \ Haushalts aus chusses \ des \ Deutschen \ Bundestags \ vom \ 8. \ November \ 2012.$

 $^{^2}$ Gemäß BHO § 13 Absatz 4.2 ohne Münzeinnahmen.

³ Nach Abzug der Finanzierung der Eigenbestandsveränderung.

Tabelle 4: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2008 bis 2013

	2008	2009	2010	2011	2012	2013			
Ausgabeart	Ist	Ist	Ist	Ist	Soll ¹	RegE ¹			
	in Mio. €								
Ausgaben der laufenden Rechnung									
Personalausgaben	27 012	27 939	28 196	27 856	28 497	28 478			
Aktivitätsbezüge	20 298	20 977	21 117	20 702	21 349	20 825			
Ziviler Bereich	8 870	9 269	9 443	9 2 7 4	11 468	10 501			
Militärischer Bereich	11 428	11 708	11674	11 428	9881	10 324			
Versorgung	6714	6 9 6 2	7079	7 154	7 147	7 653			
Ziviler Bereich	2 416	2 462	2 459	2 472	2 483	2 651			
Militärischer Bereich	4 2 9 8	4 500	4 620	4682	4 665	5 003			
Laufender Sachaufwand	19 742	21 395	21 494	21 946	23 828	24 642			
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 421	1 478	1 544	1 545	1 283	1 343			
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	9 622	10 281	10 442	10 137	10 673	10396			
Sonstiger laufender Sachaufwand	8 699	9 635	9 508	10264	11 871	12 903			
Zinsausgaben	40 171	38 099	33 108	32 800	31 287	31 596			
an andere Bereiche	40 171	38 099	33 108	32 800	31 287	31 596			
Sonstige	40 171	38 099	33 108	32 800	31 287	31 596			
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42			
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	40 127	38 054	33 058	32 759	31 245	31 554			
an Ausland	3	3	8	-0	-				
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	168 424	177 289	194 377	187 554	190 295	182 271			
an Verwaltungen	12930	14396	14114	15 930	17 600	19 419			
Länder	8 341	8 754	8 579	10 642	11 856	13 498			
Gemeinden	21	18	17	12	11	9			
Sondervermögen	4 568	5 624	5518	5 2 7 6	5 732	5 9 1 2			
Zweckverbände	0	1	1	1	1	1			
an andere Bereiche	155 494	162 892	180 263	171 624	172 696	162 852			
Unternehmen	22 440	22 951	24212	23 882	25 106	25 872			
Renten, Unterstützungen u.ä. an natürliche Personen	29 120	29 699	29 665	26 718	26931	26 456			
an Sozialversicherung	99 123	105 130	120831	115 398	113 678	103 453			
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	1 099	1 249	1 336	1 665	1 673	1 697			
an Ausland	3 708	3 858	4216	3 958	5 3 0 5	5 372			
an Sonstige	4	5	3	2	2	2			
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	255 350	264 721	277 175	270 156	273 906	266 987			

 $^{^{1}} St and: Bereinigungs sitzung \ des \ Haushalts ausschusses \ des \ Deutschen \ Bundestags \ vom \ 8. \ November \ 2012.$

noch Tabelle 4: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2008 bis 2013

	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Ausgabeart	Ist	Ist	Ist	Ist	Soll ¹	RegE ¹
			in Mic	o. €		
Ausgaben der Kapitalrechnung						
Sachinvestitionen	7 199	8 504	7 660	7 175	7 997	8 248
Baumaßnahmen	5 777	6830	6 2 4 2	5814	6519	6 703
Erwerb von beweglichen Sachen	918	1 030	916	869	899	964
Grunderwerb	504	643	503	492	578	581
Vermögensübertragungen	16 660	15 619	15 350	15 284	15 782	15 304
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	14018	15 190	14944	14589	15 315	14 692
an Verwaltungen	5 713	5 852	5 209	5 243	5 587	4 800
Länder	5 654	5 804	5 142	5 178	4930	4737
Gemeinden und Gemeindeverbände	59	48	68	65	74	62
Sondervermögen	-	-	-	-	583	1
an andere Bereiche	8 305	9 3 3 8	9 735	9 3 4 6	9 728	9 892
Sonstige - Inland	5 836	6 462	6 599	6 0 6 0	6 3 6 8	6 396
Ausland	2 469	2 876	3 136	3 287	3 360	3 497
Sonstige Vermögensübertragungen	2 642	429	406	695	467	612
an andere Bereiche	2 642	429	406	695	467	612
Unternehmen - Inland	2 2 6 7	-	-	260	-	42
Sonstige - Inland	149	148	137	123	145	146
Ausland	225	282	269	311	322	424
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	3 099	3 409	3 473	3 613	14 158	11 864
Darlehensgewährung	2 3 9 5	2 490	2 663	2 8 2 5	3 853	3 002
an Verwaltungen	1	1	1	1	1	1
Länder	1	1	1	1	1	1
an andere Bereiche	2 3 9 5	2 490	2 662	2 825	3 853	3 001
Sonstige - Inland (auch Gewährleistungen)	922	872	1 075	1 115	1 971	1 380
Ausland	1 473	1 618	1 587	1710	1 881	1 621
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	704	919	810	788	10304	8 8 6 2
Inland	26	13	13	0	1	175
Ausland	678	905	797	788	10304	8 687
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung	26 958	27 532	26 483	26 072	37 936	35 415
Darunter: Investive Ausgaben	24316	27 103	26077	25 378	37 469	34804
Globale Mehr-/Minderausgaben	-	- 0	-	-	- 243	- 402
Ausgaben zusammen	282 308	292 253	303 658	296 228	311 600	302 000

¹ Stand: Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestags vom 8. November 2012.

Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Regierungsentwurf 2013¹

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion	Ausgabengruppe			in Mio. €		
0	Allgemeine Dienste	72 949	58 873	24 939	19 889	14 045
1	Politische Führung und zentrale Verwaltung	13 329	13 117	3 697	1 520	7 900
2	Auswärtige Angelegenheiten	17 950	4885	541	183	4161
3	Verteidigung	32 807	32 607	15327	16 244	1 036
4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	4 5 2 5	4 039	2 470	1 235	334
5	Rechtsschutz	459	427	291	110	26
6	Finanzverwaltung	3 8 7 8	3 798	2 614	597	587
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	18 952	15 608	507	936	14 165
13	Hochschulen	4794	3 880	11	10	3 859
14	Förderung für Schüler, Studierende und Weiterbildungsteilnehmer	2 675	2 672	-	-	2 672
15	Sonstiges Bildungswesen	273	203	10	67	126
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	10 459	8 3 1 5	485	854	6 9 7 6
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	751	539	1	5	533
2	Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	145 124	144 568	190	397	143 981
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	98 861	98 861	54	-	98 807
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	6 475	6 474	-	5	6 469
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 432	2 005	-	29	1 976
25	Arbeitsmarktpolitik	31 925	31 807	1	79	31 727
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII	343	340	-	25	315
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	5 089	5 082	135	260	4687
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	1 740	1 013	342	347	324
31	Gesundheitswesen	536	473	201	213	59
32	Sport	132	115	-	4	110
33	Umwelt- und Naturschutz	427	258	86	71	101
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	646	167	54	59	53
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 315	815	-	11	804
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	1714	805	-	2	804
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	595	10	-	10	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	6	-	<u> </u>	-	-
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	975	559	13	215	331
52	Landwirtschaft und Ernährung	947	535	-	206	329
522	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	162	162	-	104	58
529	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 52	786	374	-	102	271
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	27	24	13	9	2

 $^{^1} Stand: Bereinigungs sitzung \ des \ Haushaltsausschusses \ des \ Deutschen \ Bundestags \ vom \ 8. \ November \ 2012.$

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Regierungsentwurf 2013¹

Funktion	Ausgabengruppe	Sach- investitionen	Vermögens- beratungen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen in Mio. €	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ^a	^a Darunter: Investive Ausgaben
0		1 063	2 698	10 315	14 076	14 048
	Allgemeine Dienste	211	2 698	10315	212	212
1	Politische Führung und zentrale Verwaltung			10.300		
2	Auswärtige Angelegenheiten	150	2 607	10 308	13 065	13 064
3	Verteidigung	135	59	7	201	174
4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	455	31	-	486	486
5	Rechtsschutz	32	-	-	32	32
6	Finanzverwaltung	80	0	-	80	80
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	135	3 208	-	3 344	3 344
13	Hochschulen	1	912	-	913	913
14	Förderung für Schüler, Studierende und Weiterbildungsteilnehmer	-	4	-	4	4
15	Sonstiges Bildungswesen	0	70	-	70	70
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	134	2 011	-	2 145	2 145
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	0	211	-	212	212
2	Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	5	550	1	556	14
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	-	-	-	-	-
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	-	0	-	0	0
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	1	425	1	427	3
25	Arbeitsmarktpolitik	-	118	-	118	-
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII	-	3	-	3	3
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	4	4	-	7	7
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	534	193	-	727	727
31	Gesundheitswesen	55	8	-	63	63
32	Sport	-	17	-	17	17
33	Umwelt- und Naturschutz	4	165	-	169	169
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	476	3	-	479	479
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	-	1 496	4	1 500	1 500
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	-	905	4	909	909
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	-	585	-	585	585
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	-	6	-	6	6
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	3	412	1	415	415
52	Landwirtschaft und Ernährung	-	411	1	412	412
522	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	-	-	-	-	-
529	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 52	-	411	1	412	412
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	3	1	-	3	3

¹ Stand: Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestags vom 8. November 2012.

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Regierungsentwurf 2013¹

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion	Ausgabengruppe			in Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	4 589	2 465	66	461	1 938
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz	25	-	-	-	-
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 576	1 543	-	0	1 543
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	354	306	-	34	272
65	Handel und Tourismus	409	407	-	350	57
66	Geld- und Versicherungswesen	57	15	-	15	-
68	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	1 488	108	-	42	65
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	601	9	-	8	1
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	79	77	66	11	-
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	16 707	4 072	1 003	1 983	1 086
72	Straßen	7 196	1 094	-	947	147
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 778	897	542	286	69
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	4 498	77	-	5	72
75	Luftfahrt	363	194	54	23	116
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	2 871	1810	407	722	681
8	Finanzwirtschaft	38 649	39 013	1 418	402	5 598
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 598	5 598	-	-	5 598
82	Steuern und Finanzzuweisungen	38	-	-	-	-
83	Schulden	31 602	31 602	-	7	-
84	Beihilfen, Unterstützungen u. ä.	568	568	568	-	-
88	Globalposten	448	850	850	-	-
899	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 8	395	395	-	395	0
Summe al	ller Hauptfunktionen	302 000	266 987	28 478	24 642	182 271

¹Stand: Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestags vom 8. November 2012.

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Regierungsentwurf 2013¹

		Sachin- vestitionen	Vermögens- beratungen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ^a	^a Darunter: Investive Ausgaben
Funktion	Ausgabengruppe			in Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	1	773	1 350	2 124	2 082
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz	-	25	-	25	25
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	-	33	-	33	33
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	-	48	-	48	48
65	Handel und Tourismus	-	2	-	2	2
66	Geld- und Versicherungswesen	-	42	-	42	-
68	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	-	30	1 350	1 380	1 380
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	-	592	-	592	592
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1	-	-	1	1
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	6 506	5 935	194	12 635	12 635
72	Straßen	4 693	1 409	-	6 102	6 102
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	881	-	-	881	881
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	-	4396	25	4 421	4 421
75	Luftfahrt	1	-	169	170	170
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	931	130	-	1 062	1 062
8	Finanzwirtschaft	0	38	-	38	38
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	0	-	-	0	0
82	Steuern und Finanzzuweisungen	-	38	-	38	38
83	Schulden	-	-	-	-	-
84	Beihilfen, Unterstützungen u. ä.	-	-	-	-	-
88	Globalposten	-	-	-	-	-
899	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 8	-	-	-	-	-
Summe a	iller Hauptfunktionen	8 248	15 304	11 864	35 415	34 804

¹Stand: Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestags vom 8. November 2012.

Tabelle 6: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2013 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	2000	2005
Gegenstand del Nachweisung				Ist-Erge	bnisse				
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	244,4	259
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+8,6	+12,7	+37,5	+2,1	+0,0	- 1,4	- 1,0	+ 3
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	220,5	228
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+17,9	+0,2	+6,0	+5,0	+0,0	- 1,5	-0,1	+7
Finanzierungssaldo	Mrd.€	0,6	- 16,9	- 14,1	- 11,6	- 24,6	- 25,8	- 23,9	-31
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 0,4	- 15,3	- 27,1	-11,4	- 23,9	- 25,6	- 23,8	-31
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	-0,4	- 27,1	- 0,2	-0,7	-0,2	-0,1	- (
Rücklagenbewegung	Mrd.€	0,0	-1,2	-	-	-	-	-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	0,0	-	-	-		-	
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,5	20
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+12,4	+5,9	+6,5	+3,4	+4,5	+0,5	- 1,7	
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	10,8	10
Anteil a. d. Personalausgaben des	%	24,3	21,5	19,8	19,1	0,0	14,4	15,7	1
öffentl. Gesamthaushalts ³									
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	39,1	3
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+14,3	+23,1	+24,1	+5,1	+6,7	- 6,2	- 4,7	+:
Anteil an den Bundesausgaben Anteil an den Zinsausgaben des	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	16,0	14
öffentl. Gesamthaushalts ³	%	35,1	35,9	47,6	52,3	0,0	38,7	57,9	58
Investive Ausgaben	Mrd.€	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	28,1	23
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+10,2	+11,0	- 4,4	- 0,5	+8,4	+8,8	- 1,7	+ (
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	11,5	9
Anteil a. d. investiven Ausgaben des	%	34,4	35,4	32,0	36,1	0,0	37,0	35,0	3.
öffentl. Gesamthaushalts ³									
Steuereinnahmen ¹	Mrd.€	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	198,8	190
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+18,7	+0,5	+6,0	+4,6	+4,7	-3,4	+3,3	+ 1
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	81,3	7:
Anteil an den Bundeseinnahmen Anteil am gesamten	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	90,1	83
Steueraufkommen ³	%	54,0	49,2	48,3	47,2	0,0	44,9	42,5	4
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-0,4	- 15,3	- 13,9	- 11,4	- 23,9	- 25,6	-23,8	- 3
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7		10,8	9,7	12
Anteil a.d. investiven Ausgaben des	%	0,1	117,2	86,2	67,0		75,3	84,4	13
Bundes Anteil am Finanzierungdsaldo des	70		,	00,2		·	. 5,5	3 ., 1	
öffentl. Gesamthaushalts ³	%	21,2	48,3	47,5	57,0	49,5	45,8	69,9	59
nachrichtlich: Schuldenstand ³									
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	59,2	129,4	238,9	388,4	538,3	1018,8	1 210,9	1 48
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	120,0	204,0	306,3	658,3	774,8	903

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 6: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2013

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
			Is	t-Ergebnisse				Soll ⁴	RegEntw ⁴
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	261,0	270,4	282,3	292,3	303,7	296,2	311,6	302,0
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+0,5	+3,6	+4,4	+3,5	+3,9	-2,4	+5,2	- 3,1
Einnahmen	Mrd.€	232,8	255,7	270,5	257,7	259,3	278,5	283,1	284,6
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+1,9	+9,8	+5,8	- 4,7	+0,6	+7,4	+1,7	+0,5
Finanzierungssaldo	Mrd.€	- 28,2	- 14,7	- 11,8	- 34,5	- 44,3	- 17,7	- 28,5	- 17,4
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 27,9	- 14,3	- 11,5	- 34,1	- 44,0	- 17,3	- 28,1	- 17,1
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,3	-0,4	- 0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,4	- 0,3
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	
II. Finanzwirtschaftliche									
Vergleichsdaten Personalausgaben	Mrd.€	26,1	26,0	27,0	27,9	28,2	27,9	28,5	28,5
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 1,0	- 0,3	+3,7	+3,4	+ 0,9	- 1,2	+2,3	- 0,1
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,0	9,6	9,6	9,6	9,3	9,4	9,1	9,4
Anteil a. d. Personalausgaben des									5,
öffentl. Gesamthaushalts ³	%	14,9	14,8	15,0	14,4	14,2	13,1	13,1	
Zinsausgaben	Mrd.€	37,5	38,7	40,2	38,1	33,1	32,8	31,3	31,6
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+0,3	+3,3	+3,7	- 5,2	- 13,1	- 0,9	- 4,6	+1,0
Anteil an den Bundesausgaben	%	14,4	14,3	14,2	13,0	10,9	11,1	10,0	10,5
Anteil an den Zinsausgaben des	%	57,9	58,6	59,7	61,0	55,5	42,4	40,9	
öffentl. Gesamthaushalts³	Mrd.€	22.7	26.2	24.2	27.1	26.1	2F 4	27.5	24.0
Investive Ausgaben	Mra.€ %	22,7	26,2	24,3	27,1	26,1	25,4	37,5	34,8
Veränderung gegenüber Vorjahr		- 4,4	+15,4	-7,2	+11,5	-3,8	-2,7	+47,6	- 7,1
Anteil an den Bundesausgaben Anteil a. d. investiven Ausgaben des	%	8,7	9,7	8,6	9,3	8,6	8,6	12,0	11,5
öffentl. Gesamthaushalts ³	%	33,7	39,9	37,1	25,3	29,5	27,7	40,3	
Steuereinnahmen ¹	Mrd.€	203,9	230,0	239,2	227,8	226,2	248,1	256,2	260,6
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+7,2	+12,8	+4,0	- 4,8	- 0,7	+9,7	+3,3	+ 1,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	78,1	85,1	84,7	78,0	74,5	83,7	82,2	86,3
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	87,6	90,0	88,4	88,4	87,2	89,1	90,5	91,6
Anteil am gesamten Steueraufkommen ³	%	41,7	42,8	42,6	43,5	42,6	43,3	42,9	
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 27,9	- 14,3	- 11,5	- 34,1	- 44,0	- 17,3	- 28,1	- 17,1
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,7	5,3	4,1	11,7	14,5	5,9	9,0	5,7
Anteil a.d. investiven Ausgaben des	%	122,8	54,7	47,4	126,0	168,8	68,3	75,0	49,1
Bundes Anteil am Finanzierungssaldo des									
öffentl. Gesamthaushalts ³	%	- 68,8	-2 254,1	- 111,2	- 37,1	- 54,5	- 67,0	- 79,5	
nachrichtlich: Schuldenstand ³									
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	1 545,4	1 552,4	1 577,9	1 694,4	2 011,5	2 025,4		
darunter: Bund	Mrd.€	950,3	957,3	985,7	1 053,8	1 287,5	1279,6		

 $^{^{\}rm 1}$ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

 $^{^2 \,} Ab \, 1991 \, Gesamt deutschland.$

³ Stand Juni 2012; 2012 = Schätzung. Öffentlicher Gesamthaushalt einschließlich Kassenkredite. Bund einschließlich Sonderrechnungen und Kassenkredite.

 $^{^4\,}Stand: Bereinigungs sitzung \,des \,Haushalts ausschusses \,des \,Deutschen \,Bundestags \,vom \,8. \,November \,2012.$

Tabelle 7: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
				in Mrd. €			
Öffentlicher Gesamthaushalt ¹							
Ausgaben	626,7	638,0	649,2	679,2	716,5	734,4	772,3
Einnahmen	574,2	597,6	648,5	668,9	626,5	652,8	746,4
Finanzierungssaldo	-52,5	-40,5	-0,6	-10,4	-90,0	-82,7	-25,9
darunter:							
Bund ²							
Ausgaben	259,9	261,0	270,5	282,3	292,3	303,7	296,2
Einnahmen	228,4	232,8	255,7	270,5	257,7	259,3	278,
Finanzierungssaldo	-31,4	-28,2	-14,7	-11,8	-34,5	-44,3	-17,
Länder ³							
Ausgaben	260,0	260,0	265,5	277,2	287,1	286,7	296,
Einnahmen	237,2	250,1	273,1	276,2	260,1	265,9	286,
Finanzierungssaldo	-22,7	-10,1	7,6	-1,1	-27,0	-20,8	-10,
Gemeinden ⁴							
Ausgaben	153,2	157,4	161,5	168,0	178,3	182,3	185,
Einnahmen	150,9	160,1	169,7	176,4	170,8	175,4	183,
Finanzierungssaldo	-2,2	2,8	8,2	8,4	-7,5	-6,9	-1,7
			Veränderun	gen gegenübe	r Vorjahr in %		
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	2,0	1,8	1,7	4,6	5,5	2,5	5,2
Einnahmen	4,6	4,1	8,5	3,2	-6,3	4,2	14,3
darunter:							
Bund							
Ausgaben	3,3	0,5	3,6	4,4	3,5	3,9	-2,4
Einnahmen	7,8	1,9	9,8	5,8	-4,7	0,6	7,4
Länder							
Ausgaben	1,1	0,0	2,1	4,4	3,6	-0,1	3,5
Einnahmen	1,6	5,4	9,2	1,1	-5,8	2,2	7,
Gemeinden							
Ausgaben	2,0	2,8	2,6	4,0	6,1	2,2	1,7
Einnahmen	3,3	6,0	6,0	3,9	-3,2	2,7	4,7

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 7: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
				Quoten in %			
Finanzierungssaldo							
(1) in % des BIP							
Öffentlicher Gesamthaushalt	-2,4	-1,8	-0,0	-0,4	-3,8	-3,3	-1,0
darunter:							
Bund	-1,4	-1,2	-0,6	-0,5	-1,5	-1,8	-0,7
Länder	-1,0	-0,4	0,3	-0,0	-1,1	-0,8	-0,4
Gemeinden	-0,1	0,1	0,3	0,3	-0,3	-0,3	-0,1
(2) in % der Ausgaben							
Öffentlicher Gesamthaushalt	-8,4	-6,4	-0,1	-1,5	-12,6	-11,3	-3,3
darunter:							
Bund	-12,1	-10,8	-5,4	-4,2	-11,8	-14,6	-6,0
Länder	-8,7	-3,9	2,9	-0,4	-9,4	-7,2	-3,5
Gemeinden	-1,5	1,8	5,1	5,0	-4,2	-4,2	-0,9
Ausgaben in % des BIP							
Öffentlicher Gesamthaushalt	28,2	27,6	26,7	27,5	30,2	29,4	29,8
darunter:							
Bund	11,7	11,3	11,1	11,4	12,3	12,2	11,4
Länder	11,7	11,2	10,9	11,2	12,1	11,5	11,4
Gemeinden	6,9	6,8	6,7	6,8	7,5	7,3	7,1

¹ Bund, Länder, Gemeinden und ihre jeweiligen Extrahaushalte. Der Öffentliche Gesamthaushalt ist um Zahlungen zwischen den Ebenen (Verrechnungsverkehr) bereinigt und errechnet sich daher nicht als Summe der einzelnen Ebenen.

Stand: Oktober 2012.

² Kernhaushalt, Rechnungsergebnisse.

 $^{^3\,\}mbox{Kernhaushalte};$ bis 2009 Rechnungsergebnisse; 2010 bis 2011: Kassenergebnisse.

 $^{^4\,\}rm Kernhaushalte; bis\,2010\,Rechnungsergebnisse; 2011: Kassenergebnisse.$

Tabelle 8: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

			Steueraufkommen		
			dav	on	
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
Jahr		in Mrd. €		in	%
	Gebiet der Bund	esrepublik Deutschland r	nach dem Stand bis zum 3.	Oktober 1990	
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
		Bundesrepublil	k Deutschland		
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 8: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

		Steuerauf	kommen		
	insgesamt		dav	ron	
	ilisgesallit	Direkte Steuern Indirekte Steuern		Direkte Steuern	Indirekte Steuern
Jahr		in Mrd. €		in	%
		Bundesrepublil	Deutschland		
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5
2007	538,2	272,1	266,2	50,6	49,4
2008	561,2	290,2	270,9	51,7	48,3
2009	524,0	253,5	270,5	48,4	51,6
2010	530,6	256,0	274,6	48,2	51,8
2011	573,4	282,7	290,7	49,3	50,7
2012 ²	602,4	304,5	297,9	50,5	49,5
2013 ²	618,0	314,0	303,9	50,8	49,2
2014 ²	642,3	332,0	310,3	51,7	48,3
2015 ²	664,2	348,0	316,3	52,4	47,6
2016 ²	685,9	363,4	322,6	53,0	47,0
2017 ²	706,6	378,9	327,8	53,6	46,4

Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zuckerund Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

Stand: Oktober 2012.

² Steuerschätzung vom 29. bis 31. Oktober 2012.

Tabelle 9: Entwicklung der Steuer- und Abgabequoten¹ (Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

	Abgrenzung der Volk Gesamtrech		Abgrenzung der F	inanzstatistik ³
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
Jahr		in Relation zur	m BIP in %	
1960	23,0	33,4	22,6	32
1965	23,5	34,1	23,1	33
1970	23,0	34,8	21,8	32
1975	22,8	38,1	22,5	36
1980	23,8	39,6	23,7	38
1985	22,8	39,1	22,7	38
1990	21,6	37,3	22,2	37
1991	22,0	38,9	22,0	38
1992	22,3	39,6	22,7	39
1993	22,4	40,1	22,6	40
1994	22,3	40,5	22,5	40
1995	21,9	40,5	22,5	41
1996	21,8	41,0	21,8	41
1997	21,5	41,0	21,3	40
1998	22,1	41,3	21,7	40
1999	23,3	42,3	22,6	41
2000	23,5	42,1	22,8	41
2001	21,9	40,2	21,3	39
2002	21,5	39,9	20,7	39
2003	21,6	40,1	20,6	39
2004	21,1	39,2	20,2	38
2005	21,4	39,2	20,3	38
2006	22,2	39,5	21,1	38
2007	23,0	39,5	22,2	38
2008	23,1	39,7	22,7	39
2009	23,1	40,4	22,1	39
2010	22,0	38,9	21,3	38
2011	22,7	39,6	22,1	39

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland; 2008 bis 2011: Vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2012.

 $^{^2\} Ab\ 1970\ in\ der\ Abgrenzung\ des\ Europ\"{a} is chen\ Systems\ Volkswirtschaftlicher\ Gesamtrechnungen\ (ESVG\ 1995).$

³ Bis 2009 Rechnungsergebnisse. 2010 bis 2011: Kassenergebnisse.

Tabelle 10: Entwicklung der Staatsquote^{1,2}

		Ausgaben des Staates	
lohe	inggesomt	darunt	er
Jahr	insgesamt	Gebietskörperschaften ³	Sozialversicherung ³
		in Relation zum BIP in %	
1960	32,9	21,7	11,
1965	37,1	25,4	11,
1970	38,5	26,1	12,
1975	48,8	31,2	17,
1980	46,9	29,6	17,
1985	45,2	27,8	17,
1990	43,6	27,3	16,
1991	46,2	28,2	18,
1992	47,1	27,9	19,
1993	48,1	28,2	19,
1994	48,0	28,0	20,
1995⁴	48,2	27,7	20,
1995	54,9	34,3	20,
1996	49,1	27,6	21,
1997	48,2	27,0	21,
1998	48,0	26,9	21,
1999	48,2	27,0	21,
2000 ⁵	47,6	26,4	21,
2000	45,1	23,9	21,
2001	47,6	26,3	21,
2002	47,9	26,2	21,
2003	48,5	26,4	22,
2004	47,1	25,8	21,
2005	46,9	26,0	20,
2006	45,3	25,4	19,
2007	43,5	24,5	19,
2008	44,1	25,0	19,
2009	48,2	27,1	21,
2010	47,7	27,4	20,
2011	45,3	25,7	19,

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

² Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR). Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). 2008 bis 2011 vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2012

 $^{^{\}rm 3}$ Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

⁴ Ohne Schuldenübernahmen (Treuhandanstalt; Wohnungswirtschaft der DDR).

⁵ Ohne Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen. In der Systematik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wirken diese Erlöse ausgabensenkend.

Tabelle 11a: Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
			Sc	hulden (Mio. €)			
Öffentlicher Gesamthaushalt ¹	1 357 723	1 429 750	1 489 852	1 545 364	1 552 371	1 577 881	1 694 36
Bund	826 526	869 332	903 281	950338	957 270	985 749	1 053 81
Kernhaushalte	767 697	812 082	887 915	919304	940 187	959918	991 28
Kreditmarktmittel iwS	760 453	802 994	872 653	902 054	922 045	933 169	973 73
Kassenkredite	7 244	9 088	15 262	17 250	18 142	26 749	17 54
Extrahaushalte	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	59 53
Kreditmarktmittel iwS	58 829	57 250	15 366	30 056	15 600	23 700	56 53
Kassenkredite	-	-	-	978	1 483	2 131	2 99
Länder	423 666	448 622	471 339	482 783	484 475	483 268	52674
Kernhaushalte	423 666	448 622	471 339	481 787	483 351	481 918	505 34
Kreditmarktmittel iwS	414 952	442 922	468 214	479 454	480 941	478 738	503 00
Kassenkredite	8714	5 700	3 125	2 3 3 3	2 410	3 180	2 33
Extrahaushalte	-	-	-	996	1 124	1 350	21 39
Kreditmarktmittel iwS	-	-	-	986	1 124	1 325	20 82
Kassenkredite	-	-	-	10	-	25	57
Gemeinden	107 531	111 796	115 232	112 243	110627	108 864	113 81
Kernhaushalte	100 033	104 193	107 686	109 541	108 015	106 182	111 03
Kreditmarktmittel iwS	84 069	84 257	83 804	81 877	79 239	76 381	76 38
Kassenkredite	15 964	19936	23 882	27 664	28 776	29 801	34 65
Extrahaushalte	7 498	7 603	7 546	2 702	2612	2 682	2 77
Kreditmarktmittel iwS	7 429	7 5 3 1	7 467	2 649	2 5 6 0	2 626	2 72
Kassenkredite	69	72	79	53	52	56	4
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	531 197	560 418	586 571	595 026	595 102	592 132	640 55
Maastricht-Schuldenstand	1 384 000	1 454 000	1 524 000	1 572 000	1 579 000	1 649 000	1 769 00
nachrichtlich:							
Extrahaushalte des Bundes	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	59 53
ERP-Sondervermögen	19 261	18 200	15 066	14357	-		
Fonds "Deutsche Einheit"	39 099	38 650	-	-		-	
Entschädigungsfonds	469	400	300	199	100	0	
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation	-	-	-	16 478	16983	17 631	18 49
SoFFin	-	-	-	-	-	8 200	36 54
Investitions- und Tilgungsfonds	-	-		-	-	-	7 49

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11a: Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
			Anteil a	ın den Schulden	(in %)		
Bund	60,9	60,8	60,6	61,5	61,7	62,5	62,2
Kernhaushalte	56,5	56,8	59,6	59,5	60,6	60,8	58,5
Extrahaushalte	4,3	4,0	1,0	2,0	1,1	1,6	3,7
Länder	31,2	31,4	31,6	31,2	31,2	30,6	31,1
Gemeinden	7,9	7,8	7,7	7,3	7,1	6,9	6,7
Gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	0,0
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	39,1	39,2	39,4	38,5	38,3	37,5	37,8
			Anteil de	r Schulden am B	IP (in %)		
Öffentlicher Gesamthaushalt	63,2	65,1	67,0	66,8	63,9	63,8	71,4
Bund	38,5	39,6	40,6	41,1	39,4	39,8	44,4
Kernhaushalte	35,7	37,0	39,9	39,7	38,7	38,8	41,7
Extrahaushalte	2,7	2,6	0,7	1,3	0,7	1,0	2,6
Länder	19,7	20,4	21,2	20,9	19,9	19,5	22,2
Gemeinden	5,0	5,1	5,2	4,9	4,6	4,4	4,8
Gesetziche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	0,0
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	24,7	25,5	26,4	25,7	24,5	23,9	27,0
Maastricht-Schuldenstand	64,4	66,2	68,5	67,9	65,0	66,7	74,5
			Schu	lden insgesamt	(€)		
je Einwohner	16 454	17 331	18 066	18 761	18 871	19 213	20 698
nachrichtlich:							
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 147,5	2 195,7	2 224,4	2 3 1 3,9	2 428,5	2 473,8	2 374,5
Einwohner (30.06.)	82 517 958	82 498 469	82 468 020	82 371 955	82 260 693	82 126 628	81 861 862

 $^{^1 {\}it Kreditmarktschulden} \ im \ weiteren \ Sinne \ zuzüglich \ {\it Kassenkredite.}$

 $Quellen: Statistisches \ Bundesamt, eigene \ Berechnungen.$

Tabelle 11b: Schulden der öffentlichen Haushalte¹ Neue Systematik

	2009	2010	2011	2009	2010	2011	2009	2010	2011
		in Mio. €		in	% der Schuld insgesamt	en		in % des BIP	
Öffentlicher Gesamthaushalt ²		2 011 677	2 025 448					80,6	78,
Bund									
Kern- und Extrahaushalte		1 287 460	1 279 583		64,0	63,2		51,6	49,
Wertpapierschulden und Kredite	1 032 599	1 271 204	1 272 270		63,2	62,8	43,5	50,9	49,
Kassenkredite		16 256	7313		0,8	0,4		0,7	0,
Kernhaushalte		1 035 647	1 043 401		51,5	51,5		41,5	40,
Wertpapierschulden und Kredite	973 067	1 022 192	1 036 088		50,8	51,2	41,0	40,9	40,
Kassenkredite		13 454	7313		0,7	0,4		0,5	0,
Extrahaushalte		251 813	236 181		12,5	11,7		10,1	9
Wertpapierschulden und Kredite	59 532	249 012	236 181		12,4	11,7	2,5	10,0	9
Kassenkredite		2 802			0,1	0,0		0,1	0
im Einzelnen:									
SoFFin	36 540	28 552	17 292		1,4	0,9	1,5	1,1	0
Investitions- und Tilgungsfonds	7493	13 991	21232		0,7	1,0	0,3	0,6	0.
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation		17 302	11 000		0,9	0,5		0,7	0
Wertpapierschulden und Kredite	15 500	14500	11 000		0,7	0,5	0,7	0,6	0
Kassenkredite		2 802			0,1			0,1	
FMS Wertmanagement		191 968	186 480		9,5	9,2		7,7	7
Sonstige Extrahaushalte des Bundes			177		0,0	0,0			0
Länder									
Kern- und Extrahaushalte		600 110	615 399		29,8	30,6		24,0	23
Wertpapierschulden und Kredite	526 357	595 179	611 651		29,6	30,4		23,8	23
Kassenkredite		4930	3 748		0,2	0,2		0,2	0
Kernhaushalte		524 162	532 591		26,1	26,3		21,0	20
Wertpapierschulden und Kredite	498 655	519 327	529 371		25,8	26,1	21,0	20,8	20
Kassenkredite		4835	3 220		0,2	0,2		0,2	0
Extrahaushalte		75 947	82 808		3,8	4,1		3,0	3
Wertpapierschulden und Kredite	27 702	75 852	82 280		3,8	4,1	1,2	3,0	3
Kassenkredite		95	528		0,0	0,0		0,0	0

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11b: Schulden der öffentlichen Haushalte¹ Neue Systematik

	2009	2010	2011	2009	2010	2011	2009	2010	2011
		in Mio. €		in	n % der Schulc insgesamt	len		in % des BIP	
Gemeinden									
Kernhaushalte, Zweckverbände und Extrahaushalte		123 569	129 643		6,1	6,4		5,0	5,0
Wertpapierschulden und Kredite	82 787	84363	85 617		4,2	4,2		3,4	3,3
Kassenkredite		39 206	44 026		1,9	2,2		1,6	1,7
Kernhaushalte		115 253	121 095		5,7	6,0		4,6	4,7
Wertpapierschulden und Kredite	75 037	76 326	77 280		3,8	3,8	3,2	3,1	3,0
Kassenkredite		38 927	43 815		1,9	2,2		1,6	1,7
Zweckverbände ³		1602	1675		0,1	0,1		0,1	0,1
Wertpapierschulden und Kredite	1 428	1 551	1 626		0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Kassenkredite		52	49		0,0	0,0		0,0	0,0
Sonstige Extrahaushalte der Gemeinden		6713	6873		0,3	0,3		0,3	0,3
Wertpapierschulden und Kredite	6 3 2 2	6 486	6711		0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Kassenkredite		227	162		0,0	0,0		0,0	0,0
Gesetzliche Sozialversicherung									
Kern- und Extrahaushalte		539	823		0,0	0,0		0,0	0,0
Wertpapierschulden und Kredite	567	539	765		0,0	0,0		0,0	0,0
Kassenkredite		0	58			0,0		0,0	0,0
Kernhaushalte		506	735		0,0	0,0		0,0	0,0
Wertpapierschulden und Kredite	531	506	735		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Kassenkredite		0	0					0,0	0,0
Extrahaushalte ⁴		32	88		0,0	0,0		0,0	0,0
Wertpapierschulden und Kredite	36	32	30		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Kassenkredite		0	58			0,0		0,0	0,0
Schulden insgesamt (Euro)									
je Einwohner		24 607	24771						
Maastricht-Schuldenstand	1 768 585	2 058 955	2 087 998				74,5	82,5	80,5
nachrichtlich:									
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. Euro)	2 375	2 496	2 593						
Einwohner (30.06.)	81 861 862	81750716	81767982						

 $^{^{1}} Aufgrund\ method is cher\ \ddot{A}nderungen\ und\ Erweiterung\ des\ Berichtskreises\ nur\ eingeschränkt\ mit\ den\ Vorjahren\ vergleichbar.$

Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

 $^{^2} Einschließlich aller \"{o}ffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen des Staatssektors.$

³ Zweckverbände des Staatssektors unabhängig von der Art des Rechnungswesens.

 $^{^4\,\}mathrm{Nur}\,\mathrm{Extra}\mathrm{haus}\mathrm{halte}\,\mathrm{der}\,\mathrm{gesetz}\mathrm{lichen}\,\mathrm{Sozialver}\mathrm{sicherung}\,\mathrm{unter}\,\mathrm{Bundes}\mathrm{aufsicht.}$

Tabelle 12: Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte¹

		Abgrenzun	g der Volkswirtsch	aftlichen Gesamt	crechungen ²		Abgrenzung de	er Finanzstatisti
Jahr	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Öffentlicher Ge	esamthaushalt³
		in Mrd. €		ir	n Relation zum BIP i	n%	in Mrd. €	in Relation zum BIP in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9	-	-
1965	-1,4	-3,2	1,8	-0,6	-1,4	0,8	-4,8	-2,0
1970	1,9	-1,1	2,9	0,5	-0,3	0,8	-4,1	-1,1
1975	-30,9	-28,8	-2,1	-5,6	-5,2	-0,4	-32,6	-5,9
1980	-23,2	-24,3	1,1	-2,9	-3,1	0,1	-29,2	-3,7
1985	-11,3	-13,1	1,8	-1,1	-1,3	0,2	-20,1	-2,0
1990	-24,8	-34,7	9,9	-1,9	-2,7	0,8	-48,3	-3,7
1991	-43,9	-54,9	11,1	-2,9	-3,6	0,7	-62,8	-4,1
1992	-40,3	-38,5	-1,8	-2,4	-2,3	-0,1	-59,2	-3,6
1993	-50,5	-53,3	2,8	-3,0	-3,1	0,2	-70,5	-4,2
1994	-44,2	-45,9	1,7	-2,5	-2,6	0,1	-59,5	-3,3
1995 ⁴	-55,8	-48,3	-7,5	-3,0	-2,6	-0,4	-55,9	-3,0
1995	-175,4	-167,9	0,0	-9,5	-9,1	-0,4	-55,9	-3,0
1996	-62,8	-56,5	-6,3	-3,4	-3,0	-0,3	-62,3	-3,3
1997	-52,6	-53,8	1,1	-2,8	-2,8	0,1	-48,1	-2,5
1998	-45,7	-48,1	2,4	-2,3	-2,5	0,1	-28,8	-1,5
1999	-32,2	-36,9	4,8	-1,6	-1,8	0,2	-26,9	-1,3
2000 ⁵	-27,5	23,4	-0,1	-1,3	-1,3	0,0	-	-
2000	23,3	23,4	0,0	1,1	1,1	0,0	-34,0	-1,7
2001	-64,6	-60,4	-4,3	-3,1	-2,9	-0,2	-46,6	-2,2
2002	-82,0	-76,0	-6,1	-3,8	-3,6	-0,3	-56,8	-2,7
2003	-89,1	-82,3	-6,8	-4,2	-3,8	-0,3	-67,9	-3,2
2004	-82,6	-81,7	-0,9	-3,8	-3,7	0,0	-65,5	-3,0
2005	-74,1	-70,1	-4,0	-3,3	-3,2	-0,2	-52,5	-2,4
2006	-38,2	-43,2	5,0	-1,7	-1,9	0,2	-40,5	-1,8
2007	5,5	-5,3	10,8	0,2	-0,2	0,4	-0,6	0,0
2008	-1,8	-8,7	6,9	-0,1	-0,4	0,3	-10,4	-0,4
2009	-73,0	-58,8	-14,2	-3,1	-2,5	-0,6	-90,0	-3,8
2010	-103,6	-107,9	4,3	-4,1	-4,3	0,2	-82,7	-3,3
2011	-19,7	-35,6	15,9	-0,8	-1,4	0,6	-27,2	-1,0

¹Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). 2008 bis 2011 vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2012.

 $^{^3\,}Ohne\,Sozial versicherungen, ab\,1997\,ohne\,Krankenh\"{a}user.\,Bis\,2009\,Rechnungsergebniss, 2010\,bis\,2011\,Kassenergebnisse.$

⁴ Ohne Schuldenübernahmen (Treuhandanstalt, Wohnungswirtschaft der DDR) beziehungsweise gel. Vermögensübertragungen (Deutsche Kredit Bank).

⁵ Ohne Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 13: Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden¹

Land	in%des BIP											
	1980	1985	1990	1995	2000²	2005	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Deutschland	-2,9	-1,1	-1,9	-9,5	1,1	-3,3	-3,1	-4,1	-0,8	-0,2	-0,2	0,0
Belgien	-9,4	-10,1	-6,7	-4,5	0,0	-2,5	-5,5	-3,8	-3,7	-3,0	-3,4	-3,5
Estland	-	-	-	1,1	-0,2	1,6	-2,0	0,2	1,1	-1,1	-0,5	0,3
Griechenland	-	-	-14,2	-9,1	-3,7	-5,5	-15,6	-10,7	-9,4	-6,8	-5,5	-4,6
Spanien	-	-	-	-7,2	-0,9	1,3	-11,2	-9,7	-9,4	-8,0	-6,0	-6,4
Frankreich	-0,3	-3,1	-2,5	-5,5	-1,5	-2,9	-7,5	-7,1	-5,2	-4,5	-3,5	-3,5
Irland	-	-10,5	-2,7	-2,2	4,7	1,7	-13,9	-30,9	-13,4	-8,4	-7,5	-5,0
Italien	-6,9	-12,3	-11,4	-7,4	-0,8	-4,4	-5,4	-4,5	-3,9	-2,9	-2,1	-2,1
Zypern	-	-	-	-0,9	-2,3	-2,4	-6,1	-5,3	-6,3	-5,3	-5,7	-6,0
Luxemburg	-	-	4,3	2,4	6,0	0,0	-0,8	-0,8	-0,3	-1,9	-1,7	-1,8
Malta	-	-	-	-3,8	-5,8	-2,9	-3,9	-3,6	-2,7	-2,6	-2,9	-2,6
Niederlande	-3,9	-3,6	-5,3	-4,3	2,0	-0,3	-5,6	-5,1	-4,5	-3,7	-2,9	-3,2
Österreich	-1,6	-2,7	-2,5	-5,8	-1,7	-1,7	-4,1	-4,5	-2,5	-3,2	-2,7	-1,9
Portugal	-6,9	-8,3	-6,1	-5,4	-3,3	-6,5	-10,2	-9,8	-4,4	-5,0	-4,5	-2,5
Slowakei	-	-	-	-3,4	-12,3	-2,8	-8,0	-7,7	-4,9	-4,9	-3,2	-3,1
Slowenien	-	-	-	-8,3	-3,7	-1,5	-6,0	-5,7	-6,4	-4,4	-3,9	-4,1
Finnland	3,8	3,4	5,4	-6,1	7,0	2,9	-2,5	-2,5	-0,6	-1,8	-1,2	-1,0
Euroraum	-	-	-	-7,2	-0,1	-2,5	-6,3	-6,2	-4,1	-3,3	-2,6	-2,5
Bulgarien	-	-	-	-8,0	-0,5	1,0	-4,3	-3,1	-2,0	-1,5	-1,5	-1,1
Dänemark	-2,3	-1,4	-1,3	-2,9	2,3	5,2	-2,7	-2,5	-1,8	-3,9	-2,0	-1,7
Lettland	-	-	6,8	-1,6	-2,8	-0,4	-9,8	-8,1	-3,4	-1,7	-1,5	-1,4
Litauen	-	-	-	-1,5	-3,2	-0,5	-9,4	-7,2	-5,5	-3,2	-2,8	-2,3
Polen	-	-	-	-4,4	-3,0	-4,1	-7,4	-7,9	-5,0	-3,4	-3,1	-3,0
Rumänien	-	-	-	-2,0	-4,7	-1,2	-9,0	-6,8	-5,5	-2,8	-2,4	-2,0
Schweden	-	-	-	-7,4	3,6	2,2	-0,7	0,3	0,4	0,0	-0,3	0,4
Tschechien	-	-	-	-12,8	-3,6	-3,2	-5,8	-4,8	-3,3	-3,5	-3,4	-3,2
Ungarn	-	-	-	-8,8	-3,0	-7,9	-4,6	-4,4	4,3	-2,5	-2,9	-3,5
Vereinigtes Königreich	-3,2	-2,8	-1,8	-5,9	3,6	-3,4	-11,5	-10,2	-7,8	-6,2	-7,2	-5,9
EU	-	-	-	-7,0	0,6	-2,5	-6,9	-6,5	-4,4	-3,6	-3,2	-2,9
Japan	-	-1,4	2,0	-4,7	-7,5	-4,8	-8,8	-8,4	-7,8	-8,3	-7,9	-7,7
USA	-2,3	-4,9	-4,1	-3,2	1,5	-3,2	-11,9	-11,3	-10,1	-8,5	-7,3	-6,2

 $^{^{1}\}mbox{F\"{u}r}$ EU-Mitglied staaten ab 1995 nach ESVG 95.

Quellen:

EU-Kommission, Herbstprognose, November 2012.

Stand: November 2012.

 $^{^{\}rm 2}$ Alle Angaben ohne einmalige UMTS-Erlöse.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 14: Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % des BIP												
	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2009	2010	2011	2012	2013	2014	
Deutschland	30,3	39,5	41,3	55,6	60,2	68,5	74,5	82,5	80,5	81,7	80,8	78,4	
Belgien	74,0	115,0	125,6	130,2	107,8	92,0	95,7	95,5	97,8	99,9	100,5	101,0	
Estland	-	-	-	8,2	5,1	4,6	7,2	6,7	6,1	10,5	11,9	11,2	
Griechenland	22,5	48,3	71,7	97,9	104,4	101,2	129,7	148,3	170,6	176,7	188,4	188,9	
Spanien	16,5	41,4	42,7	63,3	59,4	43,2	53,9	61,5	69,3	86,1	92,7	97,1	
Frankreich	20,7	30,6	35,2	55,4	57,4	66,7	79,2	82,3	86,0	90,0	92,7	93,8	
Irland	68,2	99,3	92,0	80,1	35,1	27,3	64,9	92,2	106,4	117,6	122,5	119,2	
Italien	56,6	80,2	94,3	120,9	108,5	105,7	116,4	119,2	120,7	126,5	127,6	126,5	
Zypern	-	-	-	51,8	59,6	69,4	58,5	61,3	71,1	89,7	96,7	102,7	
Luxemburg	9,9	10,3	4,7	7,4	6,2	6,1	15,3	19,2	18,3	21,3	23,6	26,9	
Malta	-	-	-	35,3	54,9	69,7	67,6	68,3	70,9	72,3	73,0	72,7	
Niederlande	45,3	69,7	76,8	76,1	53,8	51,8	60,8	63,1	65,5	68,8	69,3	70,3	
Österreich	35,4	48,0	56,2	68,2	66,2	64,2	69,2	72,0	72,4	74,6	75,9	75,1	
Portugal	29,5	56,5	53,3	59,2	50,7	67,7	83,2	93,5	108,1	119,1	123,5	123,5	
Slowakei	-	-	-	22,1	50,3	34,2	35,6	41,0	43,3	51,7	54,3	55,9	
Slowenien	-	-	-	18,6	26,3	26,7	35,0	38,6	46,9	54,0	59,0	62,3	
Finnland	11,3	16,0	14,0	56,6	43,8	41,7	43,5	48,6	49,0	53,1	54,7	55,0	
Euroraum	33,4	50,2	56,5	72,4	69,5	70,8	80,6	86,3	88,8	93,6	95,2	94,9	
Bulgarien	-	-	-	-	72,5	27,5	14,6	16,2	16,3	19,5	18,1	18,3	
Dänemark	39,1	74,7	62,0	72,6	52,4	37,8	40,6	42,9	46,6	45,4	44,7	45,3	
Lettland	-	-	-	15,1	12,4	12,5	36,7	44,5	42,2	41,9	44,3	44,9	
Litauen	-	-	-	11,5	23,6	18,3	29,3	37,9	38,5	41,6	40,8	40,5	
Polen	-	-	-	49,0	36,8	47,1	50,9	54,8	56,4	55,5	55,8	56,1	
Rumänien	-	-	-	6,6	22,5	15,8	23,6	30,5	33,4	34,6	34,8	34,8	
Schweden	39,4	61,0	41,2	72,8	53,9	50,4	42,6	39,5	38,4	37,4	36,2	34,	
Tschechien	-	-	-	14,0	17,8	28,4	34,2	37,8	40,8	45,1	46,9	48,	
Ungarn	-	-	-	85,6	56,1	61,7	79,8	81,8	81,4	78,4	77,1	76,8	
Vereinigtes Königreich	52,3	51,4	33,0	51,0	41,1	42,2	67,8	79,4	85,0	88,7	93,1	95,1	
EU	-	-	-	-	61,9	62,9	74,6	80,2	83,0	86,8	88,5	88,6	
Japan	50,7	66,7	67,0	91,2	140,1	186,5	210,2	215,3	233,2	240,6	249,5	250,8	
USA	42,6	56,2	64,4	71,6	55,1	68,2	90,1	99,2	103,5	109,6	112,3	113,3	

Ouellen:

Für die Jahre 1980 bis 2005: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, November 2012; für USA und Japan alle Jahre. Für die Jahre ab 2008: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2012.

Stand: November 2012.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 15: Steuerquoten im internationalen Vergleich¹

Land					Steu	ıern in % des I	BIP				
Lanu	1965	1975	1985	1990	1995	2000	2005	2007	2008	2009	2010
Deutschland ^{2,3}	23,1	22,6	22,9	21,8	22,7	22,8	21,0	22,8	23,1	22,9	22,1
Belgien	21,3	27,6	30,3	28,0	29,2	30,9	30,9	30,1	30,2	28,7	29,6
Dänemark	28,8	38,2	44,8	45,6	47,7	47,6	49,7	47,9	47,1	47,1	47,2
Finnland	28,3	29,1	31,1	32,5	31,6	35,3	31,9	31,1	30,9	29,9	29,6
Frankreich	22,5	21,1	24,3	23,5	24,4	28,4	27,8	27,5	27,3	25,7	26,3
Griechenland	12,2	13,7	16,4	18,3	19,5	23,6	20,6	20,9	20,5	19,8	20,2
Irland	23,3	24,8	29,5	28,2	27,8	27,0	25,7	26,2	23,9	22,2	22,3
Italien	16,8	13,7	22,0	25,4	27,5	30,2	28,3	30,4	29,8	29,7	29,4
Japan	14,1	14,7	18,9	21,3	17,8	17,5	17,3	18,0	17,4	15,9	-
Kanada	24,3	28,8	28,1	31,5	30,6	30,8	28,4	28,2	27,5	27,0	26,2
Luxemburg	18,8	23,1	29,1	26,0	27,3	29,1	27,1	25,8	25,5	26,3	25,8
Niederlande	22,7	25,1	23,7	26,9	24,1	24,2	25,4	25,3	24,7	24,4	-
Norwegen	26,1	29,5	33,8	30,2	31,3	33,7	34,6	34,5	33,9	32,8	33,0
Österreich	25,4	26,5	27,8	26,6	26,5	28,4	27,7	27,7	28,5	27,8	27,5
Polen	-	-	-	-	25,2	19,8	20,7	22,8	22,9	20,4	-
Portugal	12,4	12,5	18,1	19,6	21,6	22,9	22,7	24,0	23,8	21,6	22,3
Schweden	29,2	33,2	35,6	38,0	34,4	37,9	35,8	35,0	34,9	35,3	34,4
Schweiz	14,9	19,0	19,9	19,7	20,2	22,7	22,2	22,1	22,4	22,6	22,9
Slowakei	-	-	-	-	25,3	19,9	18,8	17,7	17,4	16,3	16,1
Slowenien	-	-	-	-	22,3	23,1	24,4	24,0	23,0	22,4	22,5
Spanien	10,5	9,7	16,3	21,0	20,5	22,3	23,7	25,2	21,2	18,6	19,7
Tschechien	-	-	-	-	22,0	19,6	21,5	21,1	20,0	19,4	19,3
Ungarn	-	-	-	-	26,7	27,8	25,7	27,2	27,1	27,4	26,1
Vereinigtes Königreich	25,7	28,8	30,4	29,5	28,0	30,2	29,0	29,4	28,9	27,6	28,3
USA	21,4	20,3	19,1	20,5	20,9	22,6	20,5	21,4	19,8	17,6	18,3

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2010, Paris 2011.

Stand: Dezember 2011.

 $^{^2 \,} Nicht \, vergleich bar \, mit \, Quoten \, in \, der \, Abgrenzung \, der \, Volkswirtschaftlichen \, Gesamtrechnung \, oder \, der \, deutschen \, Finanzstatistik, \, was in der \, Volkswirtschaftlichen \, Gesamtrechnung \, oder \, der \, deutschen \, Finanzstatistik, \, was in der \, Volkswirtschaftlichen \, Gesamtrechnung \, oder \, der \, deutschen \, Finanzstatistik, \, was in der \, Volkswirtschaftlichen \, Gesamtrechnung \, oder \, deutschen \, Finanzstatistik, \, was in der \, Volkswirtschaftlichen \, Gesamtrechnung \, oder \, deutschen \, Finanzstatistik, \, was in deutschen \, Fina$

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 16: Abgabenquoten im internationalen Vergleich¹

Lond			Ste	uern und Soziala	bgaben in % des	BIP		
Land	1970	1980	1990	2000	2005	2008	2009	2010
Deutschland ^{2,3}	31,5	36,4	34,8	37,5	35,0	36,4	37,3	36,3
Belgien	33,9	41,3	42,0	44,7	44,6	44,1	43,2	43,8
Dänemark	38,4	43,0	46,5	49,4	50,8	48,1	48,1	48,2
Finnland	31,6	35,8	43,7	47,2	43,9	42,9	42,6	42,1
Frankreich	34,2	40,2	42,0	44,4	44,1	43,5	42,4	42,9
Griechenland	20,0	21,6	26,2	34,0	31,9	31,5	30,0	30,9
Irland	28,4	31,0	33,1	31,2	30,3	29,1	27,8	28,0
Italien	25,7	29,7	37,8	42,2	40,8	43,3	43,4	43,0
Japan	19,5	25,1	29,0	27,0	27,4	28,3	26,9	-
Kanada	30,9	31,0	35,9	35,6	33,4	32,2	32,0	31,0
Luxemburg	23,5	35,7	35,7	39,1	37,6	35,5	37,6	36,7
Niederlande	35,6	42,9	42,9	39,6	38,4	39,1	38,2	-
Norwegen	34,5	42,4	41,0	42,6	43,5	42,9	42,9	42,8
Österreich	33,8	38,9	39,7	43,0	42,1	42,8	42,7	42,0
Polen	-	-	-	32,8	33,0	34,2	31,8	-
Portugal	17,8	22,2	26,9	30,9	31,2	32,5	30,6	31,3
Schweden	37,8	46,4	52,3	51,4	48,9	46,4	46,7	45,8
Schweiz	19,7	25,2	25,8	30,0	29,2	29,1	29,7	29,8
Slowakei	-	-	-	34,1	31,5	29,4	29,0	28,4
Slowenien	-	-	-	37,3	38,6	37,0	37,4	37,7
Spanien	15,9	22,6	32,5	34,2	35,7	33,3	30,6	31,7
Tschechien	-	-	-	35,2	37,5	36,0	34,7	34,9
Ungarn	-	-	-	39,3	37,3	40,1	39,9	37,6
Vereinigtes Königreich	36,7	34,8	35,5	36,3	35,7	35,7	34,3	35,0
USA	27,0	26,4	27,4	29,5	27,1	26,3	24,1	24,8

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2010, Paris 2011.

Stand: Dezember 2011.

² Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 17: Staatsquoten im internationalen Vergleich

					Gesamtau	sgaben des	Staates in S	% des BIP				
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Deutschland ¹	45,2	43,6	54,9	45,1	46,9	43,5	44,0	48,1	47,9	45,7	45,6	45,2
Belgien	58,4	52,2	52,1	49,0	51,8	48,2	49,8	53,7	52,7	53,2	53,9	53,7
Estland	-	-	41,3	36,1	33,6	34,0	39,5	45,2	40,6	38,2	41,2	39,3
Finnland	46,5	48,2	61,5	48,4	50,2	47,4	49,3	55,9	55,2	53,7	54,3	54,7
Frankreich	51,9	49,6	54,4	51,7	53,5	52,6	53,3	56,8	56,5	55,9	56,3	56,2
Griechenland	-	45,2	46,2	47,1	44,4	47,3	50,5	53,8	50,0	50,0	49,7	50,6
Irland	52,6	42,3	40,9	31,2	33,8	36,6	42,8	48,8	66,8	48,8	44,1	43,1
Italien	49,6	52,6	52,2	45,8	47,9	47,7	48,6	52,0	50,6	50,0	50,4	49,5
Luxemburg	-	37,7	39,7	37,6	41,5	36,3	37,1	43,0	42,4	42,0	43,6	44,0
Malta	-	-	39,7	40,3	44,6	42,8	44,1	43,5	43,3	43,0	44,4	43,8
Niederlande	57,3	54,9	51,6	44,2	44,8	45,2	46,2	51,6	51,3	50,2	50,8	50,8
Österreich	53,5	51,5	56,2	51,8	49,9	48,5	49,3	52,9	52,6	50,5	51,4	50,6
Portugal	37,5	38,5	41,9	41,6	46,6	44,3	44,7	49,7	51,2	48,9	47,7	46,1
Slowakei	-	-	48,6	52,1	38,0	34,2	34,9	41,5	40,0	37,4	37,7	37,3
Slowenien	-	-	52,3	46,5	45,3	42,5	44,2	49,3	50,3	50,9	48,7	47,9
Spanien	-	-	44,5	39,2	38,4	39,2	41,5	46,3	45,6	43,6	42,4	42,0
Zypern	-	-	33,4	37,1	43,1	41,3	42,1	46,2	46,4	47,3	46,0	45,3
Euroraum	-	-	52,8	46,2	47,3	46,0	47,1	51,2	51,0	49,4	49,4	49,0
Bulgarien	-	-	45,4	41,3	37,3	39,8	38,3	40,7	37,4	35,2	35,2	35,3
Dänemark	55,5	55,4	59,3	53,6	52,6	50,8	51,6	57,8	57,6	57,8	58,6	56,6
Lettland	-	31,6	38,6	37,6	35,8	36,0	39,1	44,5	43,9	39,1	38,1	37,0
Litauen	-	-	34,2	38,9	33,2	34,6	37,2	43,8	40,9	37,5	36,8	36,1
Polen	-	-	47,7	41,1	43,4	42,2	43,2	44,5	45,4	43,6	43,1	42,4
Rumänien	-	-	34,1	38,6	33,6	38,2	39,3	41,1	40,2	37,7	36,2	35,4
Schweden	-	-	65,0	55,1	53,6	50,9	51,7	54,7	52,2	51,1	52,1	51,8
Tschechien	-	-	53,0	41,6	43,0	41,0	41,2	44,9	44,2	43,4	43,3	43,1
Ungarn	-	-	55,8	47,7	50,1	50,7	49,2	51,5	49,4	48,6	48,6	47,6
Vereinigtes Königreich	48,7	41,1	43,9	36,8	44,1	43,8	47,9	51,6	50,4	49,1	47,4	47,2
EU	-	-	51,9	44,7	46,8	45,6	47,1	51,1	50,6	49,1	48,9	48,4
USA	36,8	37,3	37,2	33,9	36,3	36,8	39,1	42,7	42,5	41,7	40,4	39,2
Japan	32,2	31,1	35,5	38,5	36,5	35,8	37,0	41,9	40,8	43,0	43,9	44,0

¹1985 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: EU-Kommission "Statistischer Anhang der Europäischen Wirtschaft".

Stand: Mai 2012.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 18: Entwicklung der EU-Haushalte 2011 bis 2012

		Eu-Haush	nalt 2011 ¹			EU-Haushalt 2012 ²					
	Verpflicht	ungen	Zahlun	gen	Verpflicht	tungen	Zahlu	ngen			
	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%			
1	2	3	4	5	6	7	8	9			
Rubrik											
1. Nachhaltiges Wachstum	64 504,4	45,4	53 629,0	42,3	68 155,6	46,1	55 336,7	42,9			
davon Globalisierungsanpassungsfonds	500,0	0,4	47,6	-	500,0	0,3	50,0	0,0			
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	58 659,2	41,3	55 983,9	44,2	59 975,8	40,6	57 034,2	44,2			
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	2 059,9	1,4	1 700,1	1,3	2 065,2	1,4	1 484,3	1,1			
4. Die EU als globaler Akteur	8 759,3	6,2	7 242,5	5,7	9 405,9	6,4	6 955,1	5,4			
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	253,9	0,2	100,0	0,1	258,9	0,2	110,0	0,1			
5. Verwaltung	8 172,8	5,7	8 171,5	6,4	8 279,6	5,6	8 277,7	6,4			
Gesamtbetrag	amtbetrag 142 155,7 100,0		126 727,1	100,0	147 882,2	100,0	129 088,0	100,0			

¹ EU-Haushalt 2011 (einschl. Berichtigungshaushaltspläne Nrn. 1-6/2011).

noch Tabelle 18: Entwicklung der EU-Haushalte 2011 bis 2012

	Differe	nz in %	Differenz in Mio. €				
	SP. 6/2	Sp. 8/4	Sp. 6-2	Sp. 8-4			
Rubrik	10	11	12	13			
1. Nachhaltiges Wachstum	5,7	3,2	3 651,2	1 707,7			
davon Globalisierungsanpassungsfonds	0,0	100,0	0,0	50,0			
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	2,2	1,9	1 316,5	1 050,3			
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	0,3	- 12,7	5,4	-215,8			
4. Die EU als globaler Akteur	7,4	- 4,0	646,6	- 287,4			
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	2,0	10,0	5,0	10,0			
5. Verwaltung	1,3	1,3	106,8	106,2			
Gesamtbetrag	4,0	1,9	5 726,5	2.360,9			

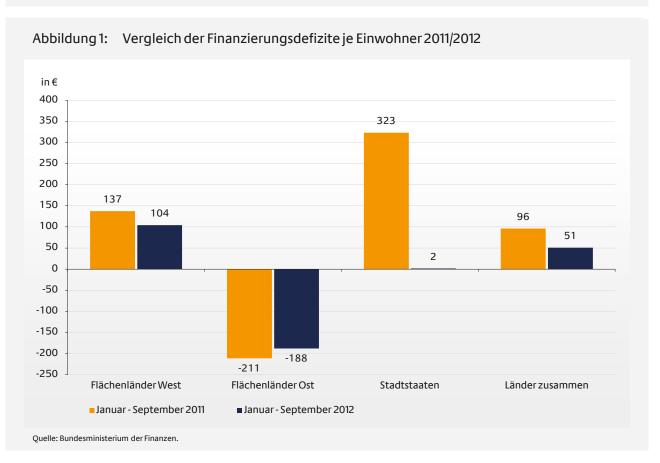
² EU-Haushalt 2012 (endgültig festgestellter Haushalt vom 1. Dezember 2011 einschl. Entwurf Berichtigungshaushaltsplan Nr. 1/2012).

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 1: Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2012 im Vergleich zum Jahressoll 2012

	Flächenlän	der (West)	Flächenläi	nder (Ost)	Stadtst	aaten	Länder zusammen	
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
				in M	lio.€			
Bereinigte Einnahmen	203 615	154 553	51 024	38 284	35 969	28 206	284 380	215 86
darunter:								
Steuereinnahmen	159 434	120 547	28 344	21 912	22 788	17 066	210 565	159 52
Übrige Einnahmen	44 181	34 007	22 680	16372	13 181	11 140	73 815	5634
Bereinigte Ausgaben	216 376	161 115	51 428	35 883	38 511	28 217	300 087	220 03
darunter:								
Personalausgaben	83 991	63 380	12 557	9 3 0 2	10 974	8 951	107 522	81 63
Lfd. Sachaufwand	14062	9 753	3 686	2 483	8 296	6 627	26 044	1886
Zinsausgaben	13 655	10316	2 996	2 045	3 830	3 000	20 480	1536
Sachinvestitionen	4320	2 266	1 630	875	819	432	6 7 6 9	3 57
Zahlungen an Verwaltungen	60 691	45 721	18 006	13 044	1 132	602	73 600	5418
Übrige Ausgaben	39 659	29 679	12 553	8 135	13 461	8 606	65 673	46 42
Finanzierungssaldo	-12 762	-6 562	- 404	2 400	-2 531	- 11	-15 697	-4 17



ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis September 2012

						in Mio. €				
164		Se	eptember 201	1	A	august 2012		Se	eptember 201	2
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
1	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	192 906	208 836	387 857	175 118	190 111	352 036	199 188	215 866	400 809
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	189 153	197 219	386 373	172 764	182 308	355 072	196319	207 812	404 131
111	Steuereinnahmen	174 895	149 105	324000	160 108	140 350	300 458	182 671	159 525	342 19
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	2 092	38 653	40 745	2 182	34207	36389	2 441	40 311	42 753
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	2 082	2 082	-	1 487	1 487	-	2 123	2 12:
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	-	-	
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	3 753	11 617	15 370	2 354	7 803	10 157	2 869	8 054	10 923
121	Veräußerungserlöse	1 070	388	1 458	879	1 029	1 908	1 129	1 038	2 16
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	809	89	899	755	780	1 535	987	781	1 768
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	709	8 087	8 796	387	4276	4 663	374	4351	472
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	227 425	216 694	430 233	204 887	195 051	386 745	225 415	220 039	431 209
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	211 296	195 529	406 825	191 221	177 826	369 046	209 990	200 358	410 348
211	Personalausgaben	21 587	79 572	101 159	19 279	73 016	92 296	21 638	81 633	103 27
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	6 163	23 037	29 200	5 647	21 555	27 202	6 3 4 9	24 034	30 38
212	Laufender Sachaufwand	13 536	18 559	32 095	13 056	16 909	29 964	14413	18 862	33 27
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	6 704	12 191	18 895	6 903	10 947	17 850	7 674	12 141	1981
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	29 828	15 855	45 683	27 522	14 094	41 616	28 351	15 361	43 71
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	11 927	45 800	57 728	11 574	40 804	52 379	12 800	48 055	60 85
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	-	477	477	-	80	80	-	- 142	- 14
2142	Zuweisungen an Gemeinden	8	42 183	42 191	6	37 870	37 877	7	44 945	44 95
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	16 128	21 165	37 293	13 667	17 226	30 892	15 426	19 680	35 10
221	Sachinvestitionen	4238	4 096	8 3 3 4	3 8 7 5	3 089	6 9 6 3	4515	3 573	8 0 8
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	3 099	8 463	11 563	2 879	5 008	7 887	3 011	6 135	914
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	15 808	20 461	36 269	13 341	16 858	30 200	15 090	19 298	3438

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis September 2012

		in Mio. €								
		Se	ptember 201	1	А	ugust 2012		Se	ptember 201	2
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	- 34 465 ²	-7 858	-42 323	-29 716 ²	-4 940	-34 656	-26 173 ²	-4 172	-30 346
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	223 578	65 582	289 159	173 860	49 571	223 431	197 931	55 306	253 23
42	Schuldentilgung am Kreditmarkt	197 334	70 077	267 411	156 071	63 735	219 805	182 235	69 658	251 892
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	26 244	-4 496	21 749	17 790	-14 164	3 626	15 697	-14352	1 34
	Zum Ende des Monats bestehende									
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-18 278	3 364	-14913	-8 422	7 321	-1 101	-10 344	8 762	-1 58
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	17874	17 874	-	18 237	18 237	-	19 269	19 26
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	18 278	- 105	18 174	8 422	-8665,6	-243,2	10 345	-8 938	1 40

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder bereinigt um Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

 $^{^2\,}Einschließlich\,haus haltstechnische\,Verrechnungen.$

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis September 2012

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern ³	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
1	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	28 615	33 305 a	7 290	15 331	5 354	19 891	38 960	9 697	2 479
11	Einnahmen der laufenden Rechung	27 876	32328	6 998	14912	4 904	18 628	37 768	9 417	2 423
111	Steuereinnahmen	21 837	26 407	4248	12 323	2 820	14559 4	31 471	7 152	1 750
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	4811	3 168	2 294	1 746	1 790	2 2 1 2	4524	1 697	577
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	153	-	139	14	-	114	51
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	356	-	351	105	63	175	87
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	739	978 a	293	419	450	1 263	1 192	280	56
121	Veräußerungserlöse	1	0	9	25	5	708	5	37	7
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	-	-	-	-	707	-	36	4
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	506	700	169	333	168	471	740	167	33
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	29 066	31 940 b	7 234	16 467	4 920	19 610	43 721	11 059	2 890
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	26 876	28 905 b	6 505	15 215	4334	18 017	39 376	9 803	2 677
211	Personalausgaben	11 993	13 878	1 778	5 970	1 260	7355 2	15 966 ²	4342	1 102
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	3 901	4119	147	1 979	85	2383	5 523	1373	430
212	Laufender Sachaufwand	1 322	2 301 °	393	1 272	295	1 247	2 377	738	138
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	1 207	1832 °	334	1 016	256	997	1 760	622	12
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	1 406	888 d	446	1 249	257	1 544	3 338	795	42
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	8 271	8 754	2 621	4297	1 679	4896	10 599	2 454	430
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	1 579	2 746	-	1 276	-	-	-	-	
2142	Zuweisungen an Gemeinden	6 654	5 930	2 232	2 972	1 326	4894	10 387	2 414	41
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	2 191	3 035	729	1 252	586	1 593	4345	1 256	213
221	Sachinvestitionen	393	978	49	407	176	143	189	50	3
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	967	1 097	279	490	230	183	1 440	323	4
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	2 144	2 970	729	1 224	586	1 593	4 193	1 233	19

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis September 2012

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern ³	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	- 451	1 365 ^e	56	-1 136	433	281	-4 761	-1 362	- 41
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	4 5 5 3	2 510 ^f	2 345	4078	660	2 470	11 505	5 022	89
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	6 682	3 415 ^g	3 719	4972	852	3 777	13 777	7319	1 09:
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-2 129	- 905 ^h	-1 373	-894	- 192	-1 307	-2 272	-2 297	- 20
	Zum Ende des Monats bestehende									
	Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	-	235	417	-	-	2 533	1 955	25
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	1 059	5 700	23	1 384	340	2 508	1 373	2	74
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-2 063	-	- 709	- 646	771	1 103	-2 091	-1 955	17

 $^{^1} In\, der\, L\"{a}n der summe \, ohne\, Zuweisungen\, von\, L\"{a}n dern\, im\, L\"{a}n der finanzausgleich.$

²Ohne Oktober-Bezüge.

³ BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 18,3 Mio. €, b 279,5 Mio. €, c 0,1 Mio. €, d 279,4 Mio. €, e -261,2 Mio. €, f 530,0 Mio. €, g 500,0 Mio. €, h 30,0 Mio. €.

⁴ NI - neu ab 2012 enthalten St-Einnahmen aus 1301-06211 (Gewerbesteuer im nds. Küstengewässer/Festlandsockel) in Höhe von 0,4 Mio. €.

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis September 2012

					in M	io.€			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
1	Seit dem 1. Januar gebuchte Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	11 976	7 034	6 842	6 630	16 824	3 142	8 418	215 86
11	Einnahmen der laufenden Rechung	11 424	6 770	6 6 1 5	6215	16 151	3 077	8 230	207 81
111	Steuereinnahmen	7 132	3 913	5 049	3 799	8 669	1 653	6744	159 52
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	3 840	2 541	1 159	2 188	5 954	1 143	668	40 31
1121	darunter: Allgemeine BEZ	313	180	90	174	789	136	- 30	2 12
1122	Länderfinanzausgleich ¹	744	442	137	432	2 579	452	-	
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	552	265	227	415	673	66	188	8 05
121	Veräußerungserlöse	0	3	8	40	132	1	57	1 03
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	0	1	29	3	-	2	78
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	229	172	93	192	220	47	110	435
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	10 526	6 908	6 929	6 295	16 231	3 348	8 816	220 03
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	9 194	6314	6515	5 729	15 507	3 111	8 203	200 35
211	Personalausgaben	2 790	1 765	2 775	1 709	5 2 5 7	1 059	2 636	81 63
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	160	141	996	115	1 374	358	947	2403
212	Laufender Sachaufwand	653	696	359	446	3 784	555	2 288	18 86
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	485	224	305	260	1 651	256	812	12 14
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	252	585	669	505	1 875	470	655	1536
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	3 604	1 936	1 846	1 997	213	117	263	48 05
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	178	- 14
2142	Zuweisungen an Gemeinden	2 673	1 568	1770	1 686	6	7	9	44 94
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	1 332	594	415	566	725	237	613	1968
221	Sachinvestitionen	401	113	76	136	129	35	267	3 57
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	347	201	194	151	68	85	34	613
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	1 332	594	413	566	681	230	612	19 29

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis September 2012

		in Mio. €								
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen	
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	1 450	126	- 87	335	593	- 205	- 398	-4 172	
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	-	3 777	1 783	1 364	5 9 1 6	6 648	1 785	55 306	
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	429	2 963	2 578	1 527	6 832	7 412	2314	69 658	
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	- 429	815	-796	- 163	-916	- 764	- 528	-14 352	
	Zum Ende des Monats bestehende									
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	2 503	-	-	77	482	310	8 762	
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	3 080	50	-	-	472	444	2 093	19 269	
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-	-2 537	- 839	258	- 69	- 464	130	-8 938	

 $^{^1} In\, der\, L\"ander summe \, ohne \, Zuweisungen \, von \, L\"ander n \, im \, L\"ander finanzausgleich.$

² Ohne Oktober-Bezüge.

 $^{^3}$ BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 18,3 Mio. €, b 279,5 Mio. €, c 0,1 Mio. €, d 279,4 Mio. €, e -261,2 Mio. €, f 530,0 Mio. €, g 500,0 Mio. €, h 30,0 Mio. €.

 $^{^4}$ NI - neu ab 2012 enthalten St-Einnahmen aus 1301-06211 (Gewerbesteuer im nds. Küstengewässer/Festlandsockel) in Höhe von 0,4 Mio. \in .

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

						Bruttoinlandsprodukt (real)			
	Erwerbstä	tige im Inland ¹	Erwerbsquote ²	Erwerbslose	Erwerbslosen- quote ³	gesamt	je Erwerbs- tätigen	je Erwerbs- tätigen- stunde	Investitions- quote ⁴
Jahr	in Mio.	Veränderung in % p. a.	in % in Mio.		in%	Verä	in%		
1991	38,7		51,0	2,2	5,3				23,2
1992	38,2	-1,4	50,5	2,5	6,2	+1,9	+3,3	+2,5	23,5
1993	37,7	-1,3	50,2	3,1	7,5	-1,0	+0,3	+1,4	22,5
1994	37,7	-0,1	50,3	3,3	8,1	+2,5	+2,5	+2,7	22,5
1995	37,8	+0,4	50,2	3,2	7,9	+1,7	+1,3	+2,4	21,9
1996	37,8	-0,1	50,3	3,5	8,5	+0,8	+0,9	+2,0	21,3
1997	37,7	-0,1	50,5	3,8	9,2	+1,7	+1,9	+2,3	21,0
1998	38,1	+1,1	50,9	3,7	8,9	+1,9	+0,7	+1,1	21,1
1999	38,7	+1,5	51,2	3,4	8,1	+1,9	+0,4	+0,9	21,3
2000	39,4	+1,7	51,6	3,1	7,4	+3,1	+1,3	+2,7	21,5
2001	39,5	+0,3	51,7	3,2	7,5	+1,5	+1,2	+2,5	20,1
2002	39,3	-0,6	51,7	3,5	8,3	+0,0	+0,6	+1,4	18,4
2003	38,9	-0,9	51,8	3,9	9,2	-0,4	+0,5	+0,9	17,8
2004	39,0	+0,3	52,2	4,2	9,7	+1,2	+0,9	+0,8	17,4
2005	39,0	-0,1	52,7	4,6	10,5	+0,7	+0,8	+1,2	17,3
2006	39,2	+0,6	52,6	4,2	9,8	+3,7	+3,1	+3,6	18,1
2007	39,9	+1,7	52,7	3,6	8,3	+3,3	+1,5	+1,7	18,4
2008	40,3	+1,2	52,9	3,1	7,2	+1,1	-0,1	-0,1	18,6
2009	40,4	+0,1	53,2	3,2	7,4	-5,1	-5,2	-2,5	17,2
2010	40,6	+0,6	53,2	2,9	6,8	+4,2	+3,6	+1,8	17,4
2011	41,2	+1,4	53,3	2,5	5,7	+3,0	+1,6	+1,6	18,1
2006/01	39,1	-0,1	52,1	3,9	9,2	+1,0	+1,2	+1,6	18,2
2011/06	40,3	+1,0	53,0	3,3	7,5	+1,2	+0,2	+0,5	18,0

¹Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: August 2012.

 $^{^2\,}Erwerbspersonen\,(inländische\,Erwerbstätige + Erwerbslose\,[ILO])\,in\,\%\,der\,Wohnbev\"{o}lkerung\,nach\,ESVG\,95.$

 $^{^3}$ Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95.

⁴ Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Preisentwicklung

	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnach- frage (Deflator)	Konsum der Privaten Haushalte (Deflator)1	Verbraucher- preisindex (2005=100)	Lohnstück- kosten²				
Jahr		Veränderung in % p. a.									
1991											
1992	+7,4	+5,4	+3,2	+4,5	+4,3	+5,1	+6,8				
1993	+2,9	+4,0	+1,9	+3,5	+3,6	+4,4	+4,1				
1994	+5,0	+2,5	+1,1	+2,3	+2,5	+2,7	+0,5				
1995	+3,7	+2,0	+1,6	+1,6	+1,4	+1,7	+2,4				
1996	+1,4	+0,6	-0,4	+0,8	+0,9	+1,4	+0,4				
1997	+2,0	+0,3	-1,7	+0,7	+1,3	+1,9	-1,0				
1998	+2,5	+0,6	+1,8	+0,1	+0,5	+0,9	+0,4				
1999	+2,1	+0,2	+0,7	-0,0	+0,4	+0,6	+0,6				
2000	+2,4	-0,7	-4,5	+0,8	+0,8	+1,5	+0,5				
2001	+2,7	+1,1	-0,0	+1,1	+1,9	+1,9	+0,3				
2002	+1,4	+1,4	+2,3	+0,7	+1,2	+1,4	+0,5				
2003	+0,7	+1,1	+1,0	+0,9	+1,6	+1,0	+0,9				
2004	+2,2	+1,1	+0,1	+1,1	+1,2	+1,7	-0,4				
2005	+1,3	+0,6	-1,9	+1,3	+1,7	+1,6	-0,9				
2006	+4,0	+0,3	-1,4	+0,8	+1,0	+1,6	-2,4				
2007	+5,0	+1,6	+0,5	+1,5	+1,5	+2,3	-1,0				
2008	+1,9	+0,8	-1,5	+1,4	+1,6	+2,6	+2,3				
2009	-4,0	+1,2	+3,8	-0,2	+0,0	+0,4	+6,2				
2010	+5,1	+0,9	-2,1	+1,7	+2,0	+1,1	-1,5				
2011	+3,9	+0,8	-2,2	+1,8	+2,1	+2,3	+1,2				
2006/01	+1,9	+0,9	+0,0	+1,0	+1,3	+1,4	-0,5				
2011/06	+2,3	+1,1	-0,3	+1,3	+1,4	+1,7	+1,4				

 $^{^{1}} Einschließlich \ privater \ Organisationen \ ohne \ Erwerbszweck.$

 $Quellen: Statistisches \ Bundesamt; eigene \ Berechnungen.$

Stand: August 2012.

² Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigenstunde (Inlandskonzept).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 3: Außenwirtschaft¹

	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt	
Jahr	Veränderu	ng in % p. a.	in Mı	in Mrd.€		Anteile am BIP in %			
1991			-5,8	-23,4	25,7	26,1	-0,4	-1,5	
1992	+0,4	+0,6	-6,7	-18,9	24,0	24,4	-0,4	-1,1	
1993	-5,7	-8,0	2,9	-15,2	22,0	21,8	0,2	-0,9	
1994	+9,1	+8,3	6,0	-26,1	22,8	22,5	0,3	-1,5	
1995	+7,8	+6,7	11,0	-23,3	23,7	23,1	0,6	-1,3	
1996	+6,0	+4,5	18,0	-12,8	24,8	23,8	1,0	-0,7	
1997	+12,7	+11,7	24,7	-9,3	27,4	26,1	1,3	-0,5	
1998	+6,9	+6,8	26,9	-14,6	28,6	27,2	1,4	-0,7	
1999	+5,0	+7,0	17,6	-26,1	29,4	28,5	0,9	-1,3	
2000	+16,2	+18,7	6,3	-29,4	33,4	33,1	0,3	-1,4	
2001	+7,0	+1,8	41,7	-3,9	34,8	32,8	2,0	-0,2	
2002	+4,0	-3,6	95,9	42,1	35,7	31,2	4,5	2,0	
2003	+0,9	+2,7	84,2	40,5	35,7	31,8	3,9	1,9	
2004	+10,3	+7,7	110,8	102,3	38,5	33,5	5,0	4,7	
2005	+8,6	+9,2	116,0	112,4	41,3	36,1	5,2	5,1	
2006	+14,6	+14,9	130,1	150,0	45,5	39,9	5,6	6,5	
2007	+8,8	+5,7	170,0	182,9	47,2	40,2	7,0	7,5	
2008	+4,0	+6,1	155,8	150,5	48,2	41,9	6,3	6,1	
2009	-15,5	-14,1	116,9	143,2	42,4	37,5	4,9	6,0	
2010	+16,6	+16,3	138,9	153,4	47,0	41,4	5,6	6,1	
2011	+10,9	+13,0	131,7	144,9	50,2	45,1	5,1	5,6	
2006/01	+7,6	+6,0	96,4	73,9	38,6	34,2	4,4	3,3	
2011/06	+4,3	+4,8	140,6	154,1	46,7	41,0	5,7	6,3	

¹ In jeweiligen Preisen.

 $\label{thm:quellen:Quellen:Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.}$

Stand: August 2012.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 4: Einkommensverteilung

	Volkseinkommen	Unternehmens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)		quote	Bruttolöhne und - gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (je Arbeitnehmer) ³	
				unbereinigt ¹	bereinigt ²			
Jahr	Ve	eränderung in % p. :	a.	in	1%	Veränderui	ng in % p. a.	
1991			•	70,8	70,8	•		
1992	+6,7	+2,6	+8,4	71,9	72,1	+10,2	+4,0	
1993	+1,4	-0,8	+2,3	72,5	72,9	+4,3	+0,9	
1994	+4,1	+8,2	+2,5	71,4	72,0	+1,9	-2,3	
1995	+3,9	+4,9	+3,5	71,1	71,8	+2,9	-0,9	
1996	+1,5	+3,1	+0,8	70,7	71,5	+1,2	+0,4	
1997	+1,5	+4,2	+0,3	69,9	70,8	+0,0	-2,5	
1998	+1,8	+1,3	+2,0	70,0	71,0	+0,8	+0,4	
1999	+1,0	-2,4	+2,5	71,1	72,0	+1,3	+1,3	
2000	+2,2	-1,5	+3,7	72,1	72,9	+1,3	+1,7	
2001	+2,3	+3,6	+1,9	71,8	72,6	+2,0	+1,3	
2002	+0,9	+1,7	+0,6	71,6	72,5	+1,4	+0,1	
2003	+1,1	+3,2	+0,2	71,0	72,1	+1,1	-1,3	
2004	+4,9	+16,0	+0,3	67,9	69,2	+0,5	+0,9	
2005	+1,6	+6,4	-0,7	66,4	68,0	+0,3	-1,4	
2006	+5,5	+13,3	+1,6	63,9	65,5	+0,8	-1,2	
2007	+3,8	+5,8	+2,7	63,2	64,7	+1,5	-0,4	
2008	+0,7	-4,2	+3,6	65,0	66,5	+2,2	-0,4	
2009	-4,1	-12,4	+0,3	68,1	69,5	+0,0	+0,5	
2010	+5,9	+12,0	+3,0	66,2	67,6	+2,4	+1,7	
2011	+3,4	+1,3	+4,5	66,9	68,3	+3,4	+0,5	
2006/01	+2,8	+8,0	+0,4	68,8	70,0	+0,8	-0,6	
2011/06	+1,9	+0,1	+2,8	65,6	67,0	+1,9	+0,4	

 $^{^1} Arbeit nehmer entgelte in \% \, des \, Volksein kommens.$

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: August 2012.

² Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Datengrundlagen und Ergebnisse der Schätzungen der Bundesregierung

Stand: Herbstprojektion der Bundesregierung vom 17. Oktober 2012

Erläuterungen zu den Tabellen 5 bis 12

1. Für die Potenzialschätzung wird das Produktionsfunktionsverfahren der Europäischen Union (EU) verwendet, das für die finanzpolitische Überwachung in der EU für die Mitgliedstaaten verbindlich vorgeschrieben ist. Die für die Schätzung erforderlichen Programme und Dokumentationen sind im Internetportal der Europäischen Kommission verfügbar, und zwar auf der Internetseite http://circa.europa.eu/Public/irc/ecfin/outgaps/library.

Die Budgetsensitivität basiert auf den von der OECD geschätzten Teilelastizitäten der einzelnen Abgaben und Ausgaben in Bezug zur Produktionslücke (siehe Girouard und André (2005), Measuring Cyclically-Adjusted Budget Balances for OECD Countries, OECD Economics Department Working Papers 434) sowie der im Juni 2012 durch den Wirtschaftspolitischen Ausschuss notifizierten Aktualisierung des für Abgaben- und Ausgabenstruktur und deren Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt herangezogenen Stützungszeitraums.

2. Datenquellen für die Schätzungen zum gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzial sind die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und die Anlagevermögensrechnung des Statistischen Bundesamtes sowie die gesamtwirtschaftlichen Projektionen der Bundesregierung für den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung. Für die Entwicklung der Erwerbsbevölkerung wird die 12. koordinierte
Bevölkerungsvorausberechnung des
Statistischen Bundesamtes zugrunde
gelegt (Variante 1-W1). Die Zeitreihen
für Arbeitszeit je Erwerbstätigem und
Partizipationsraten werden – im Rahmen
von Trendfortschreibungen – um drei Jahre
über den Zeitraum der mittelfristigen
Finanzplanung hinaus verlängert, um dem
Randwertproblem bei Glättungen mit dem
HP-Filter Rechnung zu tragen.

- 3. Im Vergleich zur Frühjahrsprojektion der Bundesregierung vom 25. April 2012 haben sich maßgebliche Änderungen der Methodik zur Potenzialschätzung ergeben. Beispielsweise wurden die Annahmen zur Nettomigration im Projektionszeitraum (2012 bis 2017) nach oben angepasst, um die höhere Migration nach Deutschland am aktuellen Rand zu berücksichtigen. Zudem umfasst die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter nun die 15-Jährigen bis einschließlich 74-Jährigen anstatt wie bisher die 15-Jährigen bis einschließlich 64-Jährigen. Die Europäische Kommission wird diese neue Definition ab dem Frühjahr 2013 verwenden. Die Bundesregierung hat diese methodische Anpassung im Verbund mit der Anpassung der Migrationsannahmen zur Herbstprojektion 2012 umgesetzt.
- 4. Für den Zeitraum vor 1991 werden Rückrechnungen auf der Grundlage von Zahlenangaben des Statistischen Bundesamtes zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Westdeutschland durchgeführt.
- 5. Die Berechnungen basieren auf dem Stand der Herbstprojektion 2012 der Bundesregierung.
- 6. Das **Produktionspotenzial** ist ein Maß für die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten, die mittel- und langfristig die Wachstumsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft determinieren.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Die Produktionslücke kennzeichnet die Abweichung der erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung von der konjunkturellen Normallage, dem Produktionspotenzial. Die Produktionslücken, d. h. die Abweichungen des Bruttoinlandsprodukts vom Potenzialpfad, geben das Ausmaß der gesamtwirtschaftlichen Unterbeziehungsweise Überauslastung wieder. In diesem Zusammenhang spricht man auch von "negativen" beziehungsweise "positiven" Produktionslücken (oder Output Gaps).

Der **Potenzialpfad** beschreibt die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts bei Normalauslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten und damit die gesamtwirtschaftliche Aktivität, die ohne inflationäre Verspannungen bei gegebenen Rahmenbedingungen möglich ist. Schätzungen zum Produktionspotenzial sowie daraus ermittelte Produktionslücken dienen nicht nur als Berechnungsgrundlage für die neue Schuldenregel, sondern auch, um das gesamtstaatliche strukturelle Defizit zu berechnen. Darüber hinaus sind sie eine wichtige Referenzgröße für die gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzungen, die für die mittelfristige Finanzplanung durchgeführt werden.

Zur Bestimmung der maximal zulässigen Nettokreditaufnahme des Bundes ist neben der Bereinigung um den Saldo der finanziellen Transaktionen eine Konjunkturbereinigung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben durchzuführen, um eine ebenso in wirtschaftlich guten wie in wirtschaftlich schlechten Zeiten konjunkturgerechte, symmetrisch reagierende Finanzpolitik zu gewährleisten. Dies erfolgt durch eine explizite Berücksichtigung der konjunkturellen Einflüsse auf die öffentlichen Haushalte mithilfe einer Konjunkturkomponente, die die zulässige Obergrenze für die Nettokreditaufnahme in konjunkturell schlechten Zeiten erweitert und in konjunkturell auten Zeiten einschränkt. Die Budgetsensitivität als zweites Element zur Bestimmung der Konjunkturkomponente gibt an, wie die Einnahmen und Ausgaben des Bundes auf eine Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität reagieren.

Weitere Erläuterungen und
Hintergrundinformationen sind im
Monatsbericht Februar 2011, Artikel "Die
Ermittlung der Konjunkturkomponente
des Bundes im Rahmen der neuen
Schuldenregel" zu finden (http://www.
bundesfinanzministerium.de/Content/
DE/Monatsberichte/Standardartikel_
Migration/2011/02/analysen-und-berichte/
b03-konjunkturkomponente-des-bundes/
Konjunkturkomponente-des-Bundes.html).

Tabelle 5: Produktionslücken, Budgetsensitivität und Konjunkturkomponenten

	Produktionspotenzial	Bruttoinlandsprodukt	Produktionslücke	Budgetsensitivität ¹	Konjunkturkomponente ¹
		in Mrd. € (nominal)		Budgetsensitivitat	in Mrd. € (nominal)
2013	2 745,9	2 729,7	-16,2	0,190	-3,1
2014	2 822,8	2 809,8	-13,0	0,190	-2,5
2015	2 900,3	2 892,2	-8,0	0,190	-1,5
2016	2 980,1	2 977,1	-3,0	0,190	-0,6
2017	3 064,5	3 064,5	0,0	0,190	0,0

¹ Die hier für die dargestellten Jahre angegebene Konjunkturkomponente des Bundes ergibt sich rechnerisch aus den Ergebnissen der zugrunde liegenden gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzung. Die für die Haushaltsaufstellung letztlich maßgeblichen Werte sind den jeweiligen Haushaltsgesetzen des Bundes zu entnehmen.

Tabelle 6: Produktionspotenzial und -lücken

		Produktion	spotenzial		Produktionslücken			
	preisbo	ereinigt	nom	inal	preisber	einigt	nom	ninal
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % des pot. BIP	in Mrd. €	in % des pot. BIF
1980	1 383,8		835,4		32,0	2,3	19,3	2,3
1981	1 414,6	+2,2	889,6	+6,5	8,7	0,6	5,4	0,6
1982	1 443,3	+2,0	949,3	+6,7	-25,7	-1,8	-16,9	-1,8
1983	1 472,2	+2,0	995,5	+4,9	-32,3	-2,2	-21,9	-2,2
1984	1 502,4	+2,1	1 036,1	+4,1	-21,9	-1,5	-15,1	-1,5
1985	1 533,6	+2,1	1 080,1	+4,2	-18,6	-1,2	-13,1	-1,2
1986	1 568,4	+2,3	1 137,7	+5,3	-18,7	-1,2	-13,6	-1,2
1987	1 605,0	+2,3	1 179,2	+3,6	-33,6	-2,1	-24,7	-2,1
1988	1 644,9	+2,5	1 228,9	+4,2	-15,2	-0,9	-11,4	-0,9
1989	1 690,4	+2,8	1 299,3	+5,7	2,7	0,2	2,1	0,2
1990	1 740,5	+3,0	1 383,2	+6,5	41,6	2,4	33,1	2,4
1991	1 793,7	+3,1	1 469,5	+6,2	79,5	4,4	65,1	4,4
1992	1 847,9	+3,0	1 595,7	+8,6	61,1	3,3	52,7	3,3
1993	1 896,4	+2,6	1 702,8	+6,7	-6,6	-0,3	-5,9	-0,3
1994	1 936,3	+2,1	1 782,0	+4,6	0,2	0,0	0,2	0,0
1995	1 971,1	+1,8	1 850,5	+3,8	-2,1	-0,1	-2,0	-0,1
1996	2 002,8	+1,6	1 892,2	+2,3	-18,2	-0,9	-17,2	-0,9
1997	2 032,7	+1,5	1 925,5	+1,8	-13,6	-0,7	-12,9	-0,7
1998	2 062,6	+1,5	1 965,3	+2,1	-5,9	-0,3	-5,6	-0,3
1999	2 094,7	+1,6	1 999,7	+1,8	0,5	0,0	0,5	0,0
2000	2 128,2	+1,6	2 018,1	+0,9	31,0	1,5	29,4	1,5
2001	2 161,3	+1,6	2 072,5	+2,7	30,7	1,4	29,4	1,4
2002	2 192,5	+1,4	2 132,5	+2,9	-0,4	0,0	-0,3	0,0
2003	2 221,1	+1,3	2 184,1	+2,4	-37,2	-1,7	-36,6	-1,7
2004	2 249,1	+1,3	2 235,3	+2,3	-39,9	-1,8	-39,6	-1,8
2005	2 276,6	+1,2	2 276,6	+1,8	-52,2	-2,3	-52,2	-2,3
2006	2 305,7	+1,3	2 312,9	+1,6	1,0	0,0	1,0	0,0
2007	2 335,0	+1,3	2 380,4	+2,9	47,2	2,0	48,1	2,0
2008	2 362,6	+1,2	2 427,2	+2,0	45,4	1,9	46,6	1,9
2009	2 383,8	+0,9	2 477,7	+2,1	-99,3	-4,2	-103,2	-4,2
2010	2 408,1	+1,0	2 526,3	+2,0	-28,6	-1,2	-30,1	-1,2
2011	2 443,3	+1,5	2 583,9	+2,3	8,2	0,3	8,7	0,3
2012	2 476,3	+1,3	2 659,2	+2,9	-4,2	-0,2	-4,5	-0,2
2013	2 511,0	+1,4	2 745,9	+3,3	-14,8	-0,6	-16,2	-0,6
2014	2 542,3	+1,2	2 822,8	+2,8	-11,7	-0,5	-13,0	-0,5
2015	2 572,5	+1,2	2 900,3	+2,7	-7,1	-0,3	-8,0	-0,3
2016	2 603,3	+1,2	2 980,1	+2,8	-2,6	-0,1	-3,0	-0,1
2017	2 636,4	+1,3	3 064,5	+2,8	0,0	0,0	0,0	0,0

Tabelle 7: Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten Potenzialwachstum¹

	Produktionspotenzial	Totale Faktorproduktivität	Arbeit	Kapital
	in % ggü. Vorjahr	Prozentpunkte	Prozentpunkte	Prozentpunkte
1981	+2,2	1,0	0,1	1,1
1982	+2,0	1,0	0,0	1,0
1983	+2,0	1,2	-0,1	0,9
1984	+2,1	1,2	-0,1	0,9
1985	+2,1	1,3	-0,1	0,8
1986	+2,3	1,4	0,0	0,8
1987	+2,3	1,5	0,0	0,8
1988	+2,5	1,7	0,0	0,8
1989	+2,8	1,8	0,1	0,9
1990	+3,0	1,8	0,2	0,9
1991	+3,1	1,8	0,2	1,0
1992	+3,0	1,6	0,2	1,1
1993	+2,6	1,4	0,1	1,1
1994	+2,1	1,3	-0,2	1,0
1995	+1,8	1,1	-0,3	1,0
1996	+1,6	1,0	-0,3	0,9
1997	+1,5	0,9	-0,3	0,9
1998	+1,5	0,9	-0,3	0,9
1999	+1,6	0,9	-0,3	0,9
2000	+1,6	1,0	-0,2	0,9
2001	+1,6	1,0	-0,2	0,8
2002	+1,4	0,9	-0,1	0,7
2003	+1,3	0,8	-0,1	0,6
2004	+1,3	0,8	0,0	0,5
2005	+1,2	0,7	0,0	0,5
2006	+1,3	0,7	0,0	0,5
2007	+1,3	0,7	0,1	0,5
2008	+1,2	0,5	0,1	0,5
2009	+0,9	0,4	0,0	0,4
2010	+1,0	0,5	0,2	0,4
2011	+1,5	0,5	0,6	0,4
2012	+1,3	0,5	0,5	0,4
2013	+1,4	0,5	0,5	0,4
2014	+1,2	0,6	0,3	0,4
2015	+1,2	0,6	0,2	0,4
2016	+1,2	0,6	0,1	0,4
2017	+1,3	0,7	0,2	0,4

 $^{^1} Abweichungen \, des \, ausgewiesen en Potenzial wachstums \, von \, der Summe \, der \, Wachstums beiträge \, sind \, rundungsbedingt.$

Tabelle 8: Bruttoinlandsprodukt

	preisberei	nigt ¹	nomin	al
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
1960	689,7		166,7	
1961	721,6	+4,6	186,4	+11,8
1962	755,3	+4,7	207,0	+11,
1963	776,5	+2,8	219,3	+5,9
1964	828,3	+6,7	243,2	+10,9
1965	872,6	+5,4	266,9	+9,
1966	896,9	+2,8	276,9	+3,
1967	894,2	-0,3	271,9	-1,
1968	942,9	+5,5	298,5	+9,
1969	1 013,3	+7,5	340,5	+14,
1970	1 064,3	+5,0	390,9	+14,8
1971	1 097,7	+3,1	433,8	+11,0
1972	1 144,9	+4,3	473,0	+9,0
1973	1 199,6	+4,8	526,8	+11,4
1974	1 210,3	+0,9	570,2	+8,
1975	1 199,8	-0,9	597,2	+4,
1976	1 259,1	+4,9	647,5	+8,
1977	1 301,3	+3,3	690,0	+6,
1978	1 340,4	+3,0	735,9	+6,
1979	1 396,1	+4,2	799,2	+8,
1980	1 415,7	+1,4	854,7	+6,
1981	1 423,2	+0,5	895,1	+4,
1982	1 417,6	-0,4	932,4	+4,7
1983	1 439,9	+1,6	973,6	+4,4
1984	1 480,6	+2,8	1 021,0	+4,
1985	1 515,0	+2,3	1 067,0	+4,!
1986	1 549,7	+2,3	1 124,2	+5,-
1987	1 571,4	+1,4	1 154,5	+2,
1988	1 629,7	+3,7	1 217,5	+5,!
1989	1 693,2	+3,9	1 301,4	+6,9
1990	1 782,1	+5,3	1 416,3	+8,
1991	1 873,2	+5,1	1 534,6	+8,-
1992	1 909,0	+1,9	1 648,4	+7,
1993	1 889,9	-1,0	1 696,9	+2,
1994	1 936,6	+2,5	1 782,2	+5,
1995	1 969,0	+1,7	1 848,5	+3,
1996	1 984,6	+0,8	1 875,0	+1,
1997	2 019,1	+1,7	1912,6	+2,
1998	2 056,7	+1,9	1 959,7	+2,
1999	2 095,2	+1,9	2 000,2	+2,

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 8: Bruttoinlandsprodukt

	preisbere	inigt ¹	nominal		
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	
2000	2 159,2	+3,1	2 047,5	+2,4	
2001	2 191,9	+1,5	2 101,9	+2,7	
2002	2 192,1	+0,0	2 132,2	+1,4	
2003	2 183,9	-0,4	2 147,5	+0,7	
2004	2 209,3	+1,2	2 195,7	+2,2	
2005	2 224,4	+0,7	2 224,4	+1,3	
2006	2 306,7	+3,7	2 313,9	+4,0	
2007	2 382,1	+3,3	2 428,5	+5,0	
2008	2 407,9	+1,1	2 473,8	+1,9	
2009	2 284,5	-5,1	2 374,5	-4,0	
2010	2 379,4	+4,2	2 496,2	+5,1	
2011	2 451,5	+3,0	2 592,6	+3,9	
2012	2 472,1	+0,8	2 654,7	+2,4	
2013	2 496,2	+1,0	2 729,7	+2,8	
2014	2 530,5	+1,4	2 809,8	+2,9	
2015	2 565,4	+1,4	2 892,2	+2,9	
2016	2 600,6	+1,4	2 977,1	+2,9	
2017	2 636,4	+1,4	3 064,5	+2,9	

 $^{^{1}} Verkettete \ Volumen angaben, berechnet auf \ Basis \ der \ vom \ Statistischen \ Bundesamt \ ver\"{o}ffentlichten \ Indexwerte \ (2005 = 100).$

Tabelle 9: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

			Partizipa	ipationsraten		
Jahr	Erwerbsbe	evölkerung ¹	Trend	Tatsächlich bzw. prognostiziert	Erwerbstätige, Inland	
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in%	in%	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr
960	54 632			59,9	32 275	
1961	54 667	+0,1		60,4	32 725	+1,4
1962	54 803	+0,2		60,4	32 839	+0,3
1963	55 035	+0,4		60,4	32 917	+0,2
1964	55 219	+0,3		60,2	32 945	+0,1
1965	55 499	+0,5	59,8	60,2	33 132	+0,6
1966	55 793	+0,5	59,4	59,7	33 030	-0,3
1967	55 845	+0,1	59,0	58,6	31 954	-3,3
1968	55 951	+0,2	58,7	58,1	31 982	+0,1
1969	56 377	+0,8	58,5	58,2	32 479	+1,6
1970	56 586	+0,4	58,5	58,5	32 926	+1,4
1971	56 729	+0,3	58,5	58,7	33 076	+0,5
1972	57 126	+0,7	58,5	58,7	33 258	+0,6
1973	57 519	+0,7	58,5	59,1	33 660	+1,2
1974	57 776	+0,4	58,3	58,7	33 341	-0,9
1975	57 814	+0,1	58,1	58,0	32 504	-2,5
1976	57 871	+0,1	58,0	57,8	32 369	-0,4
1977	58 057	+0,3	58,0	57,6	32 442	+0,2
1978	58 348	+0,5	58,1	57,8	32 763	+1,0
1979	58 738	+0,7	58,4	58,3	33 396	+1,9
1980	59 196	+0,8	58,8	58,8	33 956	+1,7
1981	59 595	+0,7	59,4	59,3	33 996	+0,1
1982	59 823	+0,4	60,1	60,1	33 734	-0,8
1983	59 931	+0,2	60,9	61,0	33 427	-0,9
1984	59 957	+0,0	61,7	61,7	33 715	+0,9
1985	59 980	+0,0	62,4	62,6	34 188	+1,4
1986	60 095	+0,2	63,2	63,1	34 845	+1,9
1987	60 194	+0,2	63,8	63,7	35 331	+1,4
1988	60 300	+0,2	64,4	64,4	35 834	+1,4
1989	60 567	+0,4	64,9	64,8	36 507	+1,9
1990	60 955	+0,6	65,3	65,8	37 657	+3,2
1991	61 427	+0,8	65,5	66,5	38 712	+2,8
1992	62 068	+1,0	65,5	65,6	38 183	-1,4
1993	62 679	+1,0	65,4	65,0	37 695	-1,3
1994	63 022	+0,5	65,3	65,0	37 667	-0,1
1995	63 211	+0,3	65,3	64,9	37 802	+0,4
1996	63 340	+0,2	65,5	65,2	37 772	-0,1
1997	63 383	+0,1	65,7	65,5	37 716	-0,1
1998	63 381	-0,0	66,0	66,1	38 148	+1,1
1999	63 431	+0,1	66,3	66,4	38 721	+1,5

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 9: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

			Partizipa	tionsraten		
Jahr	Erwerbsbe	völkerung ¹	Trend	Tatsächlich bzw. prognostiziert	Erwerbstä	tige, Inland
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in%	in%	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr
2000	63 515	+0,1	66,6	66,9	39 382	+1,7
2001	63 643	+0,2	66,9	67,1	39 485	+0,3
2002	63 819	+0,3	67,1	67,0	39 257	-0,6
2003	63 942	+0,2	67,3	67,0	38 918	-0,9
2004	63 998	+0,1	67,5	67,5	39 034	+0,3
2005	64 032	+0,1	67,7	68,0	38 976	-0,1
2006	64 029	-0,0	67,8	67,8	39 192	+0,6
2007	63 983	-0,1	68,0	67,9	39 857	+1,7
2008	63 881	-0,2	68,2	68,1	40 348	+1,2
2009	63 650	-0,4	68,5	68,5	40 370	+0,1
2010	63 381	-0,4	68,7	68,7	40 603	+0,6
2011	63 398	+0,0	69,0	68,9	41 164	+1,4
2012	63 225	-0,3	69,4	69,4	41 544	+0,9
2013	63 022	-0,3	69,7	69,8	41 624	+0,2
2014	62 733	-0,5	70,1	70,1	41 655	+0,1
2015	62 385	-0,6	70,5	70,5	41 687	+0,1
2016	62 033	-0,6	70,8	70,9	41 718	+0,1
2017	61 761	-0,4	71,1	71,2	41 750	+0,1
2018	61 548	-0,3	71,4	71,4		
2019	61 324	-0,4	71,7	71,7		
2020	61 206	-0,2	72,0	71,9		

¹12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes; Variante 1-W1

noch Tabelle 9: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

	Arbeits	szeit je Erwerbs	stätigen, Arbeitsst	unden	Arbeitnehr	ner, Inland	Erwerbslose, Inländer	
Jahr	Tre	Trend		. prognostiziert			in % der Erwerbs-	NAIRU ²
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in % ggü. Vorjahr	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	personen	
960			2 165		25 095		1,4	
961			2 138	-1,2	25 710	+2,5	0,9	
962			2 102	-1,7	26 079	+1,4	0,8	
1963			2 071	-1,4	26 377	+1,1	1,0	
1964			2 083	+0,6	26 673	+1,1	0,9	
1965	2 065		2 069	-0,7	27 035	+1,4	0,8	
1966	2 041	-1,2	2 043	-1,3	27 050	+0,1	0,8	
1967	2 017	-1,2	2 005	-1,8	26 139	-3,4	2,4	1,
968	1 994	-1,1	1 993	-0,6	26 305	+0,6	1,7	1,
969	1 971	-1,2	1 973	-1,0	27 034	+2,8	0,9	1,
1970	1 948	-1,2	1 958	-0,8	27 814	+2,9	0,5	1,
1971	1 923	-1,3	1 926	-1,6	28 276	+1,7	0,7	1,
972	1 897	-1,4	1 903	-1,2	28 616	+1,2	0,9	1,
973	1 870	-1,4	1 875	-1,5	29 133	+1,8	1,0	1,
974	1 845	-1,3	1 835	-2,1	28 983	-0,5	1,7	1,
975	1 823	-1,2	1 798	-2,0	28 3 1 9	-2,3	3,1	1,
976	1 805	-1,0	1811	+0,7	28 397	+0,3	3,2	2,
977	1 788	-0,9	1 793	-1,0	28 632	+0,8	3,1	2,
978	1 773	-0,9	1 775	-1,1	29 025	+1,4	2,9	3,
979	1 758	-0,9	1 763	-0,7	29 755	+2,5	2,4	3,
980	1 742	-0,9	1 743	-1,1	30 337	+2,0	2,4	4,
981	1 727	-0,9	1 722	-1,2	30 416	+0,3	3,8	4,
982	1 712	-0,9	1 711	-0,6	30 192	-0,7	6,2	5,
983	1 696	-0,9	1 698	-0,8	29 925	-0,9	8,6	6,
984	1 680	-1,0	1 686	-0,7	30 213	+1,0	8,9	6,
985	1 662	-1,0	1 663	-1,4	30 689	+1,6	9,0	6,
1986	1 645	-1,1	1 644	-1,1	31 322	+2,1	8,1	7,
987	1 627	-1,1	1 622	-1,3	31 842	+1,7	7,8	7,
988	1 610	-1,0	1 617	-0,3	32 356	+1,6	7,7	7,
989	1 594	-1,0	1 594	-1,4	33 004	+2,0	6,9	7,
990	1 579	-0,9	1 571	-1,4	34 135	+3,4	6,1	7,
991	1 566	-0,8	1 552	-1,2	35 148	+3,0	5,3	7,
992	1 556	-0,7	1 564	+0,8	34567	-1,7	6,2	7,
993	1 547	-0,6	1 547	-1,1	34020	-1,6	7,5	7,
994	1 537	-0,6	1 545	-0,1	33 909	-0,3	8,1	7,
995	1 527	-0,7	1 529	-1,1	33 996	+0,3	7,9	7,
996	1 516	-0,7	1511	-1,1	33 907	-0,3	8,5	7,
997	1 506	-0,7	1 505	-0,4	33 803	-0,3	9,2	7,
998	1 495	-0,7	1 499	-0,4	34189	+1,1	8,9	8,
999	1 483	-0,8	1 491	-0,5	34735	+1,6	8,1	8,

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 9: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

	Arbeit	szeit je Erwerbs	tätigen, Arbeitsst	unden	Arbeitnehr	ner, Inland	Erwerbslos	e, Inländer
Jahr	Tre	end	Tatsächlich bzw	. prognostiziert			in % der Erwerbs-	NAIRU ²
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in%ggü. Vorjahr	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	personen	
2000	1 471	-0,8	1 471	-1,4	35 387	+1,9	7,4	8,3
2001	1 459	-0,8	1 453	-1,2	35 465	+0,2	7,5	8,4
2002	1 449	-0,7	1 441	-0,8	35 203	-0,7	8,2	8,6
2003	1 440	-0,6	1 436	-0,4	34800	-1,1	9,1	8,6
2004	1 434	-0,5	1 436	+0,0	34777	-0,1	9,6	8,6
2005	1 428	-0,4	1 431	-0,4	34 559	-0,6	10,5	8,5
2006	1 422	-0,4	1 424	-0,5	34736	+0,5	9,8	8,4
2007	1 416	-0,4	1 422	-0,1	35 359	+1,8	8,3	8,1
2008	1 411	-0,4	1 422	-0,0	35 868	+1,4	7,2	7,7
2009	1 406	-0,3	1 383	-2,7	35 900	+0,1	7,4	7,3
2010	1 403	-0,2	1 407	+1,7	36 110	+0,6	6,8	6,9
2011	1 402	-0,1	1 406	-0,0	36 625	+1,4	5,7	6,4
2012	1 402	-0,0	1 402	-0,3	36989	+1,0	5,3	5,9
2013	1 403	+0,1	1 399	-0,1	37 074	+0,2	5,3	5,4
2014	1 406	+0,2	1 404	+0,3	37 102	+0,1	5,3	5,2
2015	1 409	+0,2	1 409	+0,3	37 130	+0,1	5,2	5,1
2016	1 412	+0,2	1 414	+0,3	37 158	+0,1	5,1	5,0
2017	1 415	+0,2	1 419	+0,3	37 186	+0,1	5,1	5,0
2018	1 418	+0,2	1 419	+0,0				
2019	1 420	+0,2	1 420	+0,0				
2020	1 422	+0,1	1 420	+0,0				

¹12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes; Variante 1-W1.

 $^{^{\}rm 2}\,{\rm NAIRU}$ - Non-Accelerating Inflation Rate of Unemployment.

Tabelle 10: Kapital stock und Investitionen

	Bruttoanlag	evermögen	Bruttoanlage	investitionen	Abgangssquote
	preisbe	ereinigt	preisbe	reinigt	tatsächlich bzw. prognostiziert
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in%
1980	6 110,9	+3,5	286,6	+2,3	1,4
1981	6 307,7	+3,2	273,2	-4,7	1,2
1982	6 485,6	+2,8	260,7	-4,6	1,3
1983	6 655,5	+2,6	268,5	+3,0	1,5
1984	6 823,4	+2,5	269,0	+0,2	1,5
1985	6 985,8	+2,4	270,8	+0,7	1,6
1986	7 149,0	+2,3	279,4	+3,2	1,7
1987	7 315,5	+2,3	285,2	+2,1	1,7
1988	7 487,8	+2,4	299,6	+5,0	1,7
1989	7 672,9	+2,5	321,3	+7,2	1,8
1990	7 876,2	+2,7	346,9	+8,0	1,9
1991	8 112,9	+3,0	365,4	+5,3	1,6
1992	8 378,1	+3,3	382,2	+4,6	1,4
1993	8 636,4	+3,1	365,9	-4,3	1,3
1994	8 887,4	+2,9	381,4	+4,2	1,5
1995	9 140,0	+2,8	380,7	-0,2	1,4
1996	9 384,7	+2,7	378,6	-0,6	1,5
1997	9 622,5	+2,5	382,2	+0,9	1,5
1998	9 862,1	+2,5	397,4	+4,0	1,6
1999	10 109,6	+2,5	415,4	+4,5	1,7
2000	10 361,7	+2,5	426,3	+2,6	1,7
2001	10 601,8	+2,3	412,2	-3,3	1,7
2002	10 807,2	+1,9	387,0	-6,1	1,7
2003	10 984,2	+1,6	382,4	-1,2	1,9
2004	11 148,6	+1,5	381,5	-0,2	2,0
2005	11 304,0	+1,4	384,5	+0,8	2,1
2006	11 467,3	+1,4	416,1	+8,2	2,2
2007	11 647,1	+1,6	435,8	+4,7	2,2
2008	11 830,9	+1,6	441,4	+1,3	2,2
2009	11 983,4	+1,3	390,3	-11,6	2,0
2010	12 113,7	+1,1	413,3	+5,9	2,4
2011	12 253,1	+1,2	438,8	+6,2	2,5
2012	12 392,5	+1,1	432,2	-1,5	2,4
2013	12 525,1	+1,1	442,0	+2,3	2,5
2014	12 656,2	+1,0	453,9	+2,7	2,6
2015	12 794,9	+1,1	466,1	+2,7	2,6
2016	12 942,2	+1,2	478,6	+2,7	2,6
2017	13 098,3	+1,2	491,5	+2,7	2,6

Tabelle 11: Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität

	Solow-Residuen	Totale Faktorproduktivität
	log	log
1980	-7,4285	-7,4394
1981	-7,4270	-7,4293
1982	-7,4314	-7,4190
1983	-7,4141	-7,4075
1984	-7,3961	-7,3951
1985	-7,3814	-7,3818
1986	-7,3718	-7,3677
1987	-7,3662	-7,3526
1988	-7,3450	-7,3363
1989	-7,3180	-7,3189
1990	-7,2866	-7,3010
1991	-7,2573	-7,2834
1992	-7,2459	-7,2672
1993	-7,2510	-7,2530
1994	-7,2351	-7,2403
1995	-7,2238	-7,2292
1996	-7,2171	-7,2192
1997	-7,2052	-7,2098
1998	-7,2001	-7,2006
1999	-7,1966	-7,1913
2000	-7,1770	-7,1816
2001	-7,1639	-7,1719
2002	-7,1615	-7,1628
2003	-7,1628	-7,1546
2004	-7,1585	-7,1468
2005	-7,1532	-7,1394
2006	-7,1223	-7,1321
2007	-7,1056	-7,1256
2008	-7,1081	-7,1201
2009	-7,1476	-7,1159
2010	-7,1254	-7,1113
2011	-7,1084	-7,1068
2012	-7,1078	-7,1021
2013	-7,1021	-7,0970
2014	-7,0948	-7,0914
2015	-7,0877	-7,0854
2016	-7,0808	-7,0790
2017	-7,0741	-7,0722

Tabelle 12: Preise und Löhne

	Deflator des Brut	toinlandsprodukts	Deflator des pr	ivaten Konsums	Arbeitnehmere	entgelte, Inland
	2005=100	in % ggü. Vorjahr	2005=100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjah
1960	24,2		27,7		83,9	
1961	25,8	+6,8	28,6	+3,3	94,7	+12,9
1962	27,4	+6,1	29,5	+2,9	104,8	+10,6
1963	28,2	+3,0	30,3	+3,0	112,4	+7,3
1964	29,4	+4,0	31,0	+2,2	123,0	+9,4
1965	30,6	+4,2	32,0	+3,2	136,5	+11,0
1966	30,9	+0,9	33,2	+3,6	147,0	+7,7
1967	30,4	-1,5	33,7	+1,6	146,7	-0,2
1968	31,7	+4,1	34,2	+1,6	157,6	+7,4
1969	33,6	+6,2	34,9	+1,9	177,3	+12,6
1970	36,7	+9,3	36,1	+3,5	210,6	+18,7
1971	39,5	+7,6	38,1	+5,6	238,7	+13,3
1972	41,3	+4,5	39,9	+4,7	264,6	+10,9
1973	43,9	+6,3	42,9	+7,4	301,2	+13,8
1974	47,1	+7,3	46,3	+8,0	333,1	+10,6
1975	49,8	+5,7	48,8	+5,5	348,1	+4,5
1976	51,4	+3,3	50,7	+3,8	376,2	+8,1
1977	53,0	+3,1	52,0	+2,7	403,9	+7,4
1978	54,9	+3,5	53,0	+1,9	431,2	+6,8
1979	57,2	+4,3	56,1	+5,7	466,9	+8,3
1980	60,4	+5,5	59,9	+6,7	507,6	+8,7
1981	62,9	+4,2	63,5	+6,1	532,3	+4,9
 1982	65,8	+4,6	66,7	+5,0	549,0	+3,1
1983	67,6	+2,8	68,9	+3,2	561,2	+2,2
1984	69,0	+2,0	70,6	+2,5	583,1	+3,9
1985	70,4	+2,1	71,7	+1,5	606,5	+4,0
1986	72,5	+3,0	70,9	-1,1	638,7	+5,3
1987	73,5	+1,3	70,8	-0,1	667,7	+4,5
1988	74,7	+1,7	72,1	+1,9	695,8	+4,2
1989	76,9	+2,9	74,9	+3,9	728,0	+4,6
1990	79,5	+3,4	77,1	+3,0	787,6	+8,2
1991	81,9	+3,1	79,4	+2,9	858,8	+9,0
1992	86,3	+5,4	82,8	+4,3	931,8	+8,5
1993	89,8	+4,0	85,9	+3,6	954,0	+2,4
1994	92,0	+2,5	88,0	+2,5	978,5	+2,6
1995	93,9	+2,0	89,3	+1,4	1 014,6	+3,7
1996 1997	94,5	+0,6	90,1	+1,0	1 022,9	+0,8
1997	94,7		91,3	+1,3	1 026,2	+0,3
1998	95,3	+0,6 +0,2	91,7	+0,5 +0,4	1 047,2	+2,0

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 12: Preise und Löhne

	Deflator des Brutt	toinlandsprodukts	Deflator des pr	vaten Konsums	Arbeitnehmer	entgelte, Inland
	2005=100	in % ggü. Vorjahr	2005=100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahı
2000	94,8	-0,7	92,8	+0,8	1 114,1	+3,8
2001	95,9	+1,1	94,6	+1,9	1 135,1	+1,9
2002	97,3	+1,4	95,7	+1,2	1 141,5	+0,6
2003	98,3	+1,1	97,2	+1,6	1 144,3	+0,2
2004	99,4	+1,1	98,4	+1,2	1 147,5	+0,3
2005	100,0	+0,6	100,0	+1,7	1 139,4	-0,7
2006	100,3	+0,3	101,0	+1,0	1 157,0	+1,5
2007	101,9	+1,6	102,5	+1,5	1 187,0	+2,6
2008	102,7	+0,8	104,2	+1,6	1 229,4	+3,6
2009	103,9	+1,2	104,2	-0,0	1 232,4	+0,2
2010	104,9	+0,9	106,3	+2,0	1 269,3	+3,0
2011	105,8	+0,8	108,5	+2,1	1 326,3	+4,5
2012	107,4	+1,5	110,3	+1,7	1 373,1	+3,5
2013	109,4	+1,8	112,4	+1,8	1 408,1	+2,6
2014	111,0	+1,5	114,3	+1,7	1 443,9	+2,5
2015	112,7	+1,5	116,2	+1,7	1 480,7	+2,5
2016	114,5	+1,5	118,2	+1,7	1 518,5	+2,6
2017	116,2	+1,5	120,1	+1,7	1 557,5	+2,6

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 13: Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

Land					jährliche\	/eränderun	igen in %				
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Deutschland	+2,3	+5,3	+1,7	+3,1	+0,7	-5,1	+4,2	+3,0	+0,8	+0,8	+2,0
Belgien	+1,7	+3,1	+2,4	+3,7	+1,8	-2,8	+2,4	+1,8	-0,2	+0,7	+1,6
Estland	-	-	+4,5	+9,7	+8,9	-14,1	+3,3	+8,3	+2,5	+3,1	+4,0
Griechenland	+2,5	+0,0	+2,1	+4,5	+2,3	-3,1	-4,9	-7,1	-6,0	-4,2	+0,6
Spanien	+2,3	+3,8	+2,8	+5,0	+3,6	-3,7	-0,3	+0,4	-1,4	-1,4	+0,8
Frankreich	+1,6	+2,6	+2,0	+3,7	+1,8	-3,1	+1,7	+1,7	+0,2	+0,4	+1,2
Irland	+3,1	+7,6	+9,8	+10,7	+5,9	-5,5	-0,8	+1,4	+0,4	+1,1	+2,2
Italien	+2,8	+2,1	+2,9	+3,7	+0,9	-5,5	+1,8	+0,4	-2,3	-0,5	+0,8
Zypern	-	-	+9,9	+5,0	+3,9	-1,9	+1,3	+0,5	-2,3	-1,7	-0,7
Luxemburg	+2,9	+5,3	+1,4	+8,4	+5,3	-4,1	+2,9	+1,7	+0,4	+0,7	+1,5
Malta	-	-	+6,2	+6,4	+3,7	-2,4	+3,4	+1,9	+1,0	+1,6	+2,1
Niederlande	+2,3	+4,2	+3,1	+3,9	+2,0	-3,7	+1,6	+1,0	-0,3	+0,3	+1,4
Österreich	+2,5	+4,3	+2,7	+3,7	+2,4	-3,8	+2,1	+2,7	+0,8	+0,9	+2,1
Portugal	+1,6	+7,9	+2,3	+3,9	+0,8	-2,9	+1,4	-1,7	-3,0	-1,0	+0,8
Slowakei	-	-	+5,8	+1,4	+6,7	-4,9	+4,4	+3,2	+2,6	+2,0	+3,0
Slowenien	-	-	+4,1	+4,3	+4,0	-7,8	+1,2	+0,6	-2,3	-1,6	+0,9
Finnland	+3,3	+0,5	+4,0	+5,3	+2,9	-8,5	+3,3	+2,7	+0,1	+0,8	+1,3
Euroraum	-	-	+2,3	+3,8	+1,7	-4,4	+2,0	+1,4	-0,4	+0,1	+1,4
Bulgarien		-	+2,9	+5,7	+6,4	-5,5	+0,4	+1,7	+0,8	+1,4	+2,0
Dänemark	+4,0	+1,6	+3,1	+3,5	+2,4	-5,8	+1,3	+0,8	+0,6	+1,6	+1,3
Lettland	-	-	-0,9	+5,7	+10,1	-17,7	-0,9	+5,5	+4,3	+3,6	+3,9
Litauen	-	-	+3,3	+3,6	+7,8	-14,8	+1,5	+5,9	+2,9	+3,1	+3,6
Polen	-	-	+7,0	+4,3	+3,6	+1,6	+3,9	+4,3	+2,4	+1,8	+2,6
Rumänien	-	-	+7,1	+2,4	+4,2	-6,6	-1,6	+2,5	+0,8	+2,2	+2,7
Schweden	+2,2	+1,0	+3,9	+4,5	+3,2	-5,0	+6,6	+3,9	+1,1	+1,9	+2,5
Tschechien	-	-	+6,2	+4,2	+6,8	-4,5	+2,5	+1,9	-1,3	+0,8	+2,0
Ungarn	-	-	+1,5	+4,2	+4,0	-6,8	+1,3	+1,6	-1,2	+0,3	+1,3
Vereinigtes Königreich	+3,6	+0,8	+3,1	+4,2	+2,8	-4,0	+1,8	+0,9	-0,3	+0,9	+2,0
EU	-	-	+2,6	+3,9	+2,1	-4,3	+2,1	+1,5	-0,3	+0,4	+1,6
Japan	+6,3	+5,6	+1,9	+2,3	+1,3	-5,5	+4,5	-0,8	+2,0	+0,8	+1,9
USA	+4,1	+1,9	+2,5	+4,2	+3,1	-3,1	+2,4	+1,8	+2,1	+2,3	+2,6

Quellen:

Für die Jahre 1985 - 2005: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, November 2012. Für die Jahre ab 2008: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2012.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 14: Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

			jährlich	ne Veränderunger	nin%		
Land	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Deutschland	+2,8	+0,2	+1,2	+2,5	+2,1	+1,9	+1,8
Belgien	+4,5	+0,0	+2,3	+3,5	+2,6	+1,8	+1,6
Estland	+10,6	+0,2	+2,7	+5,1	+4,3	+4,1	+3,3
Griechenland	+4,2	+1,3	+4,7	+3,1	+1,1	-0,8	-0,4
Spanien	+4,1	-0,2	+2,0	+3,1	+2,5	+2,1	+1,3
Frankreich	+3,2	+0,1	+1,7	+2,3	+2,3	+1,7	+1,7
Irland	+3,1	-1,7	-1,6	+1,2	+2,0	+1,3	+1,4
Italien	+3,5	+0,8	+1,6	+2,9	+3,3	+2,0	+1,7
Zypern	+4,4	+0,2	+2,6	+3,5	+3,2	+1,5	+1,3
Luxemburg	+4,1	+0,0	+2,8	+3,7	+2,9	+1,9	+1,8
Malta	+4,7	+1,8	+2,0	+2,5	+2,9	+2,2	+2,2
Niederlande	+2,2	+1,0	+0,9	+2,5	+2,8	+2,4	+1,6
Österreich	+3,2	+0,4	+1,7	+3,6	+2,4	+1,8	+1,9
Portugal	+2,7	-0,9	+1,4	+3,6	+2,9	+0,9	+1,3
Slowakei	+3,9	+0,9	+0,7	+4,1	+3,7	+1,9	+2,0
Slowenien	+5,5	+0,9	+2,1	+2,1	+2,8	+2,2	+1,6
Finnland	+3,9	+1,6	+1,7	+3,3	+3,0	+2,5	+2,2
Euroraum	+3,3	+0,3	+1,6	+2,7	+2,5	+1,8	+1,6
Bulgarien	+12,0	+2,5	+3,0	+3,4	+2,5	+2,6	+2,7
Dänemark	+3,6	+1,1	+2,2	+2,7	+2,4	+2,0	+1,7
Lettland	+15,3	+3,3	-1,2	+4,2	+2,4	+2,1	+2,3
Litauen	+11,1	+4,2	+1,2	+4,1	+3,4	+3,1	+3,0
Polen	+4,2	+4,0	+2,7	+3,9	+3,8	+2,6	+2,4
Rumänien	+7,9	+5,6	+6,1	+5,8	+3,5	+4,9	+3,3
Schweden	+3,3	+1,9	+1,9	+1,4	+1,0	+1,3	+1,8
Tschechien	+6,3	+0,6	+1,2	+2,1	+3,6	+1,1	+1,1
Ungarn	+6,0	+4,0	+4,7	+3,9	+5,6	+5,3	+3,9
Vereinigtes Königreich	+3,6	+2,2	+3,3	+4,5	+2,7	+2,1	+1,9
EU	+3,7	+1,0	+2,1	+3,1	+2,7	+2,0	+1,8
Japan	+1,4	-1,4	-0,7	-0,3	-0,2	-0,1	+0,2
USA	+3,8	-0,4	+1,6	+3,2	+2,1	+2,0	+2,1

Quelle:

EU-Kommission, Herbstprognose, November 2012.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 15: Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich

				ir	n% der zivile	n Erwerbsb	evölkerung				
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Deutschland	7,2	4,8	8,3	8,0	11,3	7,8	7,1	5,9	5,5	5,6	5,5
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	8,5	7,9	8,3	7,2	7,5	7,7	7,8
Estland	-	-	9,7	13,7	7,9	13,8	16,9	12,5	10,5	9,8	9,0
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,2	9,9	9,5	12,6	17,7	23,6	24,0	22,2
Spanien	17,8	14,4	20,0	11,7	9,2	18,0	20,1	21,7	25,1	26,6	26,1
Frankreich	8,9	8,0	10,5	9,0	9,3	9,5	9,7	9,6	10,2	10,7	10,7
Irland	16,8	13,4	12,3	4,2	4,4	11,9	13,7	14,4	14,8	14,7	14,2
Italien	8,2	8,9	11,2	10,0	7,7	7,8	8,4	8,4	10,6	11,5	11,8
Zypern	-	-	2,6	4,8	5,5	5,5	6,4	7,9	12,1	13,1	13,9
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,2	4,6	5,1	4,6	4,8	5,4	6,4	6,4
Malta	-	4,8	4,9	6,7	7,3	6,9	6,9	6,5	6,3	6,3	6,2
Niederlande	7,3	5,1	7,1	3,1	5,3	3,7	4,5	4,4	5,4	6,1	6,2
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,6	5,2	4,8	4,4	4,2	4,5	4,7	4,2
Portugal	9,1	4,8	7,2	4,5	8,6	10,6	12,0	12,9	15,5	16,4	15,9
Slowakei	-	-	13,3	18,9	16,4	12,1	14,5	13,6	13,5	13,5	13,1
Slowenien	-	-	6,9	6,7	6,5	5,9	7,3	8,2	8,5	9,3	9,6
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	8,4	8,2	8,4	7,8	7,9	8,1	8,0
Euroraum	-	-	10,7	8,5	9,1	9,6	10,1	10,1	11,3	11,8	11,7
Bulgarien	-	-	12,0	16,4	10,1	6,8	10,3	11,3	12,7	12,7	12,5
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,3	4,8	6,0	7,5	7,6	7,7	7,7	7,6
Lettland	-	0,5	18,9	13,7	9,6	18,2	19,8	16,2	15,2	14,3	12,7
Litauen	-	0,0	6,9	16,4	8,3	13,7	17,8	15,4	13,5	12,4	10,9
Polen	-	-	13,2	16,1	17,8	8,2	9,6	9,7	10,1	10,5	10,3
Rumänien	-	-	-	6,8	7,2	6,9	7,3	7,4	7,4	7,3	7,3
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	7,7	8,3	8,4	7,5	7,5	7,4	6,9
Tschechien	-	-	3,8	8,7	7,9	6,7	7,3	6,7	7,0	7,3	7,1
Ungarn	-	-	10,1	6,3	7,2	10,0	11,2	10,9	10,8	10,8	10,6
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,4	4,8	7,6	7,8	8,0	7,9	8,0	7,8
EU	-	-	-	8,8	9,0	9,0	9,7	9,7	10,5	10,9	10,7
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	4,4	5,1	5,1	4,6	4,5	4,4	4,3
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	5,1	9,3	9,6	8,9	8,2	7,9	7,5

Quellen:

 $F\"{u}r\ die\ Jahre\ 1985\ bis\ 2005: EU-Kommission,\ "Europ\"{a}ische\ Wirtschaft",\ Statistischer\ Anhang,\ November\ 2012.$

Für die Jahre ab 2008: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2012.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 16: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

	Real	es Bruttoi	nlandsprod	dukt		Verbrauc	herpreise			Leistung	gsbilanz	
			Verände	rung gege	nüber Vor	jahr in %				in % des no ruttoinlan	ominalen idprodukts	3
	2010	2011	2012 ¹	2013 1	2010	2011	2012 ¹	2013 1	2010	2011	2012 ¹	2013 1
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	+4,8	+4,9	+4,0	+4,1	+7,2	+10,1	+6,8	+7,7	3,6	4,6	4,2	2,9
darunter												
Russische Föderation	+4,3	+4,3	+3,7	+3,8	+6,9	+8,4	+5,1	+6,6	4,7	5,3	5,2	3,8
Ukraine	+4,1	+5,2	+3,0	+3,5	+9,4	+8,0	+2,0	+7,4	-2,2	-5,5	-5,6	-6,6
Asien	+9,5	+7,8	+6,7	+7,2	+5,7	+6,5	+5,0	+4,9	2,4	1,6	0,9	1,1
darunter												
China	+10,4	+9,2	+7,8	+8,2	+3,3	+5,4	+3,0	+3,0	4,0	2,8	2,3	2,5
Indien	+10,1	+6,8	+4,9	+6,0	+12,0	+8,9	+10,2	+9,6	-3,2	-3,4	-3,8	-3,3
Indonesien	+6,2	+6,5	+6,0	+6,3	+5,1	+5,4	+4,4	+5,1	0,7	0,2	-2,1	-2,4
Korea	+6,3	+3,6	+2,7	+3,6	+2,9	+4,0	+2,2	+2,7	2,9	2,4	1,9	1,7
Thailand	+7,8	+0,1	+5,6	+6,0	+3,3	+3,8	+3,2	+3,3	4,1	3,4	-0,2	0,
Lateinamerika	+6,2	+4,5	+3,2	+3,9	+6,0	+6,6	+6,0	+5,9	-1,2	-1,3	-1,7	-1,9
darunter												
Argentinien	+9,2	+8,9	+2,6	+3,1	+10,5	+9,8	+9,9	+9,7	0,7	-0,1	0,3	-0,
Brasilien	+7,5	+2,7	+1,5	+4,0	+5,0	+6,6	+5,2	+4,9	-2,2	-2,1	-2,6	-2,8
Chile	+6,1	+5,9	+5,0	+4,4	+1,4	+3,3	+3,1	+3,0	1,5	-1,3	-3,2	-3,0
Mexiko	+5,6	+3,9	+3,8	+3,5	+4,2	+3,4	+4,0	+3,5	-0,4	-1,0	-0,9	-1,
Sonstige												
Türkei	+9,2	+8,5	+3,0	+3,5	+8,6	+6,5	+8,7	+6,5	-6,4	-10,0	-7,5	-7,
Südafrika	+2,9	+3,1	+2,6	+3,0	+4,3	+5,0	+5,6	+5,2	-2,8	-3,3	-5,5	-5,8

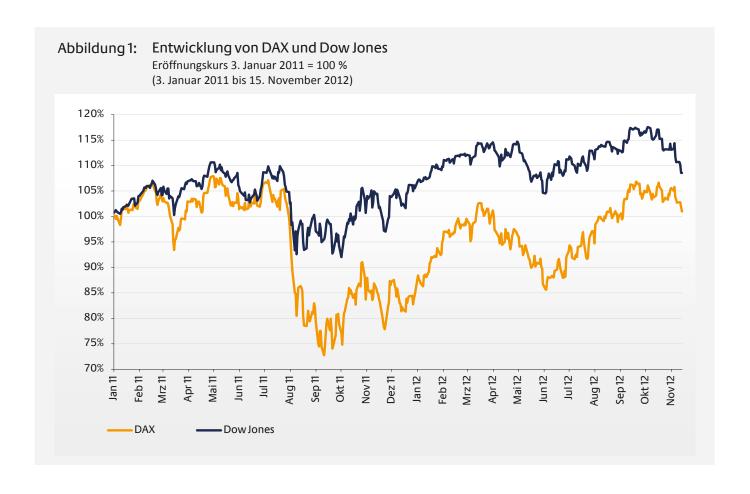
¹ Prognosen des IWF.

Quelle: IWF World Economic Outlook Oktober 2012.

 $Kennzahlen\ zur\ gesamtwirtschaftlichen\ Entwicklung$

	••	
T 47		
	LIDARCICHT WALTTINGH	7 m 2 rvta
Tabelle II.	Übersicht Weltfinan:	

Aktienindizes	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	15.11.2012	2011	zu Ende 2011	2011/2012	2011/2012
Dow Jones	12 542	12218	+2,7	10 655	13 597
Euro Stoxx 50	2 462	2317	+6,3	1 995	3 068
Dax	7 043	5 8 9 8	+19,4	5 072	7 528
CAC 40	3 382	3 160	+7,0	2 782	4 157
Nikkei	8 830	8 455	+4,4	8 160	10 858
Renditen staatlicher Benchmarkanleihen	Aktuell	Ende	Spread zu	Tief	Hoch
10 Jahre	15.11.2012	2011	US-Bond	2011/2012	2011/2012
USA	1,60	1,89	-	1,39	3,78
Deutschland	1,36	1,83	-0,2	1,14	3,49
Japan	0,74	0,99	-0,9	0,73	1,36
Vereinigtes Königreich	1,77	1,95	+0,2	1,42	3,90
Währungen	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	15.11.2012	2011	zu Ende 2011	2011/2012	2011/2012
US-Dollar/Euro	1,28	1,29	-1,4	1,21	1,49
Yen/US-Dollar	81,26	76,86	+5,7	75,79	85,39
Yen/Euro	103,66	100,20	+3,5	94,63	122,80
Pfund/Euro	0,81	0,84	-3,6	0,78	0,91



KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014
Deutschland												
EU-KOM	+3,0	+0,8	+0,8	+2,0	+2,5	+2,1	+1,9	+1,8	5,9	5,5	5,6	5,5
OECD	+3,1	+1,2	+2,0	-	+2,5	+2,3	+2,0	-	5,7	5,4	5,2	-
IWF	+3,1	+0,9	+0,9	+1,4	+2,5	+2,2	+1,9	+2,1	6,0	5,2	5,3	5,2
USA												
EU-KOM	+1,8	+2,1	+2,3	+2,6	+3,2	+2,1	+2,0	+2,1	8,9	8,2	7,9	7,5
OECD	+1,7	+2,4	+2,6	-	+3,1	+2,3	+1,9	-	8,9	8,1	7,6	-
IWF	+1,8	+2,2	+2,1	+2,9	+3,1	+2,0	+1,8	+1,8	9,0	8,2	8,1	7,7
Japan												
EU-KOM	-0,8	+2,0	+0,8	+1,9	-0,3	-0,2	-0,1	+0,2	4,6	4,8	4,7	4,6
OECD	-0,7	+2,0	+1,5	-	-0,3	-0,2	-0,2	-	4,6	4,5	4,4	-
IWF	-0,8	+2,2	+1,2	+1,1	-0,3	+0,0	-0,2	+2,1	4,6	4,5	4,4	4,5
Frankreich												
EU-KOM	+1,7	+0,2	+0,4	+1,2	+2,3	+2,3	+1,7	+1,7	9,6	10,2	10,7	10,7
OECD	+1,7	+0,6	+1,2	-	+2,3	+2,4	+1,8	-	9,3	9,8	10,0	-
IWF	+1,7	+0,1	+0,4	+1,1	+2,1	+1,9	+1,0	+0,9	9,6	10,1	10,5	10,3
Italien												
EU-KOM	+0,4	-2,3	-0,5	+0,8	+2,9	+3,3	+2,0	+1,7	8,4	10,6	11,5	11,8
OECD	+0,5	-1,7	-0,4	-	+2,9	+3,3	+2,3	-	8,4	9,4	9,9	-
IWF	+0,4	-2,3	-0,7	+0,5	+2,9	+3,0	+1,8	+1,0	8,4	10,6	11,1	11,3
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	+0,9	-0,3	+0,9	+2,0	+4,5	+2,7	+2,1	+1,9	8,0	7,9	8,0	7,8
OECD	+0,7	+0,5	+1,9	-	+4,5	+2,6	+1,9	-	8,1	8,6	9,0	-
IWF	+0,8	-0,4	+1,1	+2,2	+4,5	+2,7	+1,9	+1,7	8,0	8,1	8,1	7,9
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	+2,5	+2,2	+2,6	-	+2,9	+2,3	+2,2	-	7,5	6,9	6,6	-
IWF	+2,4	+1,9	+2,0	+2,4	+2,9	+1,8	+2,0	+2,0	7,5	7,3	7,3	7,1
Euroraum												
EU-KOM	+1,4	-0,4	+0,1	+1,4	+2,7	+2,5	+1,8	+1,6	10,1	11,3	11,8	11,7
OECD	+1,5	-0,1	+0,9	-	+2,7	+2,4	+1,9	-	10,0	10,8	11,1	-
IWF	+1,4	-0,4	+0,2	+1,2	+2,7	+2,3	+1,6	+1,4	10,2	11,2	11,5	11,2
EZB	+1,7	+1,5	-0,4	+0,5	+1,6	+2,7	+2,5	+1,9	-	-	-	-
EU-27												
EU-KOM	+1,5	-0,3	+0,4	+1,6	+3,1	+2,7	+2,0	+1,8	9,7	10,5	10,9	10,7
IWF	+1,6	-0,2	+0,5	+1,5	+3,1	+2,5	+1,8	+1,6	-4,5	-3,9	-3,2	-2,6

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2012.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2012.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO) und Fiscal Monitor, Oktober 2012.

EZB: Eurosystem Staff Macroeconomic Projections for the Euro Area, März 2012 (nur BIP und Verbraucherpreise sowie nur für den Euroraum); September 2012 (BIP-Wachstum und Verbraucherpreise für den Euroraum, Korrektur für 2012 und 2013).

noch Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise		Arbeitslosenquote			
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014
Belgien												
EU-KOM	+1,8	-0,2	+0,7	+1,6	+3,5	+2,6	+1,8	+1,6	7,2	7,5	7,7	7,8
OECD	+2,0	+0,4	+1,3	-	+3,5	+2,9	+1,9	-	7,2	7,5	7,8	-
IWF	+1,8	+0,0	+0,3	+1,0	+3,5	+2,8	+1,9	+1,4	7,2	7,4	7,9	7,7
Estland												
EU-KOM	+8,3	+2,5	+3,1	+4,0	+5,1	+4,3	+4,1	+3,3	12,5	10,5	9,8	9,0
OECD	+7,6	+2,2	+3,6	-	+5,1	+3,9	+3,0	-	12,5	11,4	10,4	-
IWF	+7,6	+2,4	+3,5	+3,5	+5,1	+4,4	+3,2	+2,8	12,5	10,1	9,1	8,4
Finnland												
EU-KOM	+2,7	+0,1	+0,8	+1,3	+3,3	+3,0	+2,5	+2,2	7,8	7,9	8,1	8,0
OECD	+2,9	+0,9	+2,0	-	+3,3	+3,2	+2,4	-	7,8	7,9	7,8	-
IWF	+2,7	+0,2	+1,3	+2,1	+3,3	+2,9	+2,3	+2,2	7,8	7,6	7,8	7,7
Griechenland												
EU-KOM	-7,1	-6,0	-4,2	+0,6	+3,1	+1,1	-0,8	-0,4	17,7	23,6	24,0	22,2
OECD	-6,9	-5,3	-1,3	-	+3,1	+0,8	-0,5	-	17,6	21,2	21,6	-
IWF	-6,9	-6,0	-4,0	+0,0	+3,3	+0,9	-1,1	-0,3	17,3	23,8	25,4	24,5
Irland												
EU-KOM	+1,4	+0,4	+1,1	+2,2	+1,2	+2,0	+1,3	+1,4	14,4	14,8	14,7	14,2
OECD	+0,7	+0,6	+2,1	-	+1,2	+2,0	+1,2	-	14,5	14,5	14,4	-
IWF	+1,4	+0,4	+1,4	+2,5	+1,2	+1,4	+1,0	+1,4	14,4	14,8	14,4	13,7
Luxemburg												
EU-KOM	+1,7	+0,4	+0,7	+1,5	+3,7	+2,9	+1,9	+1,8	4,8	5,4	6,4	6,4
OECD	+1,6	+0,6	+2,2	-	+3,7	+3,1	+2,3	-	5,7	6,3	6,6	-
IWF	+1,6	+0,2	+0,7	+1,8	+3,7	+2,5	+2,3	+2,4	5,7	6,2	6,1	5,9
Malta												
EU-KOM	+1,9	+1,0	+1,6	+2,1	+2,5	+2,9	+2,2	+2,2	6,5	6,3	6,3	6,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+2,1	+1,2	+2,0	+2,1	+2,5	+3,5	+2,2	+2,0	6,5	6,0	5,8	5,7
Niederlande												
EU-KOM	+1,0	-0,3	+0,3	+1,4	+2,5	+2,8	+2,4	+1,6	4,4	5,4	6,1	6,2
OECD	+1,3	-0,6	+0,7	-	+2,5	+2,4	+1,5	-	4,4	5,3	5,7	-
IWF	+1,1	-0,5	+0,4	+1,4	+2,5	+2,2	+1,8	+1,7	4,4	5,2	5,7	5,3
Österreich												
EU-KOM	+2,7	+0,8	+0,9	+2,1	+3,6	+2,4	+1,8	+1,9	4,2	4,5	4,7	4,2
OECD	+3,0	+0,8	+1,6	-	+3,6	+2,3	+1,8	-	4,1	4,6	4,8	-
IWF	+2,7	+0,9	+1,1	+2,0	+3,6	+2,3	+1,9	+1,9	4,2	4,3	4,5	4,3

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise		Arbeitslosenquote			
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014
Portugal												
EU-KOM	-1,7	-3,0	-1,0	+0,8	+3,6	+2,9	+0,9	+1,3	12,9	15,5	16,4	15,9
OECD	-1,6	-3,2	-0,9	-	+3,6	+3,1	+0,7	-	12,8	15,4	16,2	-
IWF	-1,7	-3,0	-1,0	+1,2	+3,6	+2,8	+0,7	+1,1	12,7	15,5	16,0	15,3
Slowakei												
EU-KOM	+3,2	+2,6	+2,0	+3,0	+4,1	+3,7	+1,9	+2,0	13,6	13,5	13,5	13,1
OECD	+3,3	+2,6	+3,0	-	+4,1	+3,2	+2,3	-	13,5	14,0	13,5	-
IWF	+3,3	+2,6	+2,8	+3,6	+4,1	+3,6	+2,3	+2,3	13,5	13,7	13,5	12,8
Slowenien												
EU-KOM	+0,6	-2,3	-1,6	+0,9	+2,1	+2,8	+2,2	+1,6	8,2	8,5	9,3	9,6
OECD	-0,2	-2,0	-0,4	-	+2,1	+2,4	+1,4	-	8,2	8,8	9,2	-
IWF	+0,6	-2,2	-0,4	+1,7	+1,8	+2,2	+1,5	+1,9	8,2	8,8	9,0	8,7
Spanien												
EU-KOM	+0,4	-1,4	-1,4	+0,8	+3,1	+2,5	+2,1	+1,3	21,7	25,1	26,6	26,1
OECD	+0,7	-1,6	-0,8	-	+3,1	+1,6	+2,1	-	21,6	24,5	25,3	-
IWF	+0,4	-1,5	-1,3	+1,0	+3,1	+2,4	+2,4	+1,5	21,7	24,9	25,1	24,1
Zypern												
EU-KOM	+0,5	-2,3	-1,7	-0,7	+3,5	+3,2	+1,5	+1,3	7,9	12,1	13,1	13,9
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+0,5	-2,3	-1,0	+0,7	+3,5	+3,1	+2,2	+1,8	7,8	11,7	12,5	12,8

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2012.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2012.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO) und Fiscal Monitor, Oktober 2012.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise	Arbeitslosenquote				
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014
Bulgarien												
EU-KOM	+1,7	+0,8	+1,4	+2,0	+3,4	+2,5	+2,6	+2,7	11,3	12,7	12,7	12,5
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+1,7	+1,0	+1,5	+2,5	+3,4	+1,9	+2,3	+2,8	11,3	11,5	11,0	10,2
Dänemark												
EU-KOM	+0,8	+0,6	+1,6	+1,3	+2,7	+2,4	+2,0	+1,7	7,6	7,7	7,7	7,6
OECD	+1,0	+0,8	+1,4	-	+2,8	+2,7	+1,9	-	7,4	7,6	7,5	-
IWF	+0,8	+0,5	+1,2	+1,8	+2,8	+2,6	+2,0	+2,0	6,1	5,6	5,3	4,5
Lettland												
EU-KOM	+5,5	+4,3	+3,6	+3,9	+4,2	+2,4	+2,1	+2,3	16,2	15,2	14,3	12,7
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+5,5	+4,5	+3,5	+4,2	+4,2	+2,4	+2,2	+2,2	16,2	15,3	13,9	12,3
Litauen												
EU-KOM	+5,9	+2,9	+3,1	+3,6	+4,1	+3,4	+3,1	+3,0	15,4	13,5	12,4	10,9
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+5,9	+2,7	+3,0	+3,5	+4,1	+3,2	+2,4	+2,4	15,4	13,5	12,5	11,5
Polen												
EU-KOM	+4,3	+2,4	+1,8	+2,6	+3,9	+3,8	+2,6	+2,4	9,7	10,1	10,5	10,3
OECD	+2,9	+2,9	-	-	+3,9	+2,8	-	-	10,3	10,6	-	-
IWF	+4,3	+2,4	+2,1	+2,7	+4,3	+3,9	+2,7	+2,5	9,6	10,0	10,2	9,9
Rumänien												
EU-KOM	+2,5	+0,8	+2,2	+2,7	+5,8	+3,5	+4,9	+3,3	7,4	7,4	7,3	7,3
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+2,5	+0,9	+2,5	+3,0	+5,8	+2,9	+3,2	+3,0	7,4	7,2	7,0	6,8
Schweden												
EU-KOM	+3,9	+1,1	+1,9	+2,5	+1,4	+1,0	+1,3	+1,8	7,5	7,5	7,4	6,9
OECD	+4,0	+0,6	+2,8	-	+3,0	+1,4	+1,7	-	7,5	7,6	7,6	-
IWF	+4,0	+1,2	+2,2	+2,5	+3,0	+1,4	+2,0	+2,0	7,5	7,5	7,7	7,0
Tschechien												
EU-KOM	+1,9	-1,3	+0,8	+2,0	+2,1	+3,6	+1,1	+1,1	6,7	7,0	7,3	7,1
OECD	+1,7	-0,5	+1,7	-	+1,9	+3,9	+2,1	-	6,7	7,0	6,9	-
IWF	+1,7	-1,0	+0,8	+2,8	+1,9	+3,4	+2,1	+2,0	6,7	7,0	8,0	7,9
Ungarn												
EU-KOM	+1,6	-1,2	+0,3	+1,3	+3,9	+5,6	+5,3	+3,9	10,9	10,8	10,8	10,6
OECD	+1,7	-1,5	+1,1	-	+3,9	+5,7	+3,6	-	11,0	12,0	12,2	-
IWF	+1,7	-1,0	+0,8	+1,6	+3,9	+5,6	+3,5	+3,0	11,0	10,9	10,5	10,4

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2012.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2012.

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick \ (WEO) und Fiscal Monitor, Oktober 2012.$

Stand: November 2012

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

	Ö	ffentlicher	Haushaltss	aldo		Staatssch	nuldenquot	te	Leistungsbilanzsaldo				
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	
Deutschland													
EU-KOM	-0,8	-0,2	-0,2	0,0	80,5	81,7	80,8	78,4	5,6	5,7	5,0	4,7	
OECD	-1,0	-0,9	-0,6	-	81,4	82,7	82,0	-	5,7	5,4	5,5	-	
IWF	-0,8	-0,4	-0,4	-0,3	80,6	83,0	81,5	79,6	5,7	5,4	4,7	4,4	
USA													
EU-KOM	-10,1	-8,5	-7,3	-6,2	-	-	-	-	-3,3	-3,1	-2,9	-2,9	
OECD	-9,7	-8,3	-6,5	-	102,7	108,6	111,2	-	-3,1	-3,7	-4,3	-	
IWF	-10,1	-8,7	-7,3	-5,6	102,9	107,2	111,7	113,8	-3,1	-3,1	-3,1	-3,1	
Japan													
EU-KOM	-7,8	-8,3	-7,9	-7,7	-	-	-	-	2,0	0,9	1,1	1,3	
OECD	-9,5	-9,9	-10,1	-	205,5	214,1	222,6	-	2,1	1,6	1,9	-	
IWF	-9,8	-10,0	-9,1	-7,2	229,6	236,6	245,0	246,2	2,0	1,6	2,3	2,5	
Frankreich													
EU-KOM	-5,2	-4,5	-3,5	-3,5	86,0	90,0	92,7	93,8	-2,6	-2,2	-1,8	-1,9	
OECD	-5,2	-4,5	-3,0	-	86,2	91,6	93,5	-	-2,1	-1,9	-1,7	-	
IWF	-5,2	-4,7	-3,5	-2,8	86,0	90,0	92,1	92,9	-2,0	-1,7	-1,7	-1,6	
Italien													
EU-KOM	-3,9	-2,9	-2,1	-2,1	120,7	126,5	127,6	126,5	-3,3	-1,2	-0,4	-0,3	
OECD	-3,8	-1,7	-0,6	-	120,0	123,1	122,5	-	-3,1	-2,2	-1,7	-	
IWF	-3,8	-2,7	-1,8	-1,6	120,1	126,3	127,8	127,3	-3,3	-1,5	-1,4	-1,3	
Vereinigtes Königreich													
EU-KOM	-7,8	-6,2	-7,2	-5,9	85,0	88,7	93,2	95,1	-1,9	-3,8	-2,2	-1,1	
OECD	-8,4	-7,7	-6,6	-	82,9	89,6	94,1	-	-1,9	-2,1	-1,0	-	
IWF	-8,5	-8,2	-7,3	-5,8	81,8	88,7	93,3	96,0	-1,9	-3,3	-2,7	-2,2	
Kanada													
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
OECD	-4,5	-3,5	-2,4	-	83,8	84,5	81,4	-	-2,8	-2,4	-2,3	-	
IWF	-4,4	-3,8	-3,0	-2,2	85,4	87,5	87,8	84,6	-2,8	-3,4	-3,7	-3,7	
Euroraum													
EU-KOM	-4,1	-3,3	-2,6	-2,5	88,1	92,9	94,5	94,3	0,3	1,1	1,5	1,6	
OECD	-4,1	-3,0	-2,0	-	88,1	92,2	93,0	-	0,5	1,0	1,5	-	
IWF	-4,1	-3,3	-2,6	-2,1	88,0	93,6	94,9	94,7	0,4	1,1	1,3	1,4	
EU-27													
EU-KOM	-4,4	-3,6	-3,2	-2,9	83,0	86,8	88,5	88,6	0,0	0,4	0,9	1,1	
IWF	-4,5	-3,9	-3,2	-2,6	82,1	87,2	88,8	88,8	0,2	0,5	0,7	0,8	

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2012.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2012.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO) und Fiscal Monitor, Oktober 2012.

noch Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	Ö	ffentlicher	Haushaltss	aldo		Staatssch	nuldenquot	:e	Leistungsbilanzsaldo				
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	
Belgien													
EU-KOM	-3,7	-3,0	-3,4	-3,5	97,8	99,9	100,5	101,0	1,0	0,7	0,9	1,2	
OECD	-3,9	-2,8	-2,2	-	98,1	98,9	97,8	-	-0,8	-0,5	-0,3	-	
IWF	-3,9	-3,0	-2,3	-1,5	97,8	99,0	99,4	98,6	-1,0	-0,1	0,3	0,8	
Estland													
EU-KOM	1,1	-1,1	-0,5	0,3	6,1	10,5	11,9	11,2	0,3	-0,9	0,1	0,4	
OECD	1,0	-2,0	-0,3	-	6,0	8,7	8,8	-	3,2	1,0	0,7	-	
IWF	1,0	-2,0	-0,4	-0,4	6,0	8,2	9,7	9,3	2,1	0,7	-0,1	-1,8	
Finnland													
EU-KOM	-0,6	-1,8	-1,2	-1,0	49,0	53,1	54,7	55,0	-1,1	-1,6	-1,6	-2,0	
OECD	-0,9	-0,7	0,0	-	48,6	50,6	53,2	-	-0,6	-1,1	-0,7	-	
IWF	-0,8	-1,4	-0,9	-0,3	49,1	52,6	53,9	54,1	-1,2	-1,6	-1,7	-1,6	
Griechenland													
EU-KOM	-9,4	-6,8	-5,5	-4,6	170,6	176,7	188,4	188,9	-11,7	-8,3	-6,3	-5,2	
OECD	-9,2	-7,4	-4,9	-	165,4	163,3	168,5	-	-9,8	-7,6	-6,5	-	
IWF	-9,1	-7,5	-4,7	-3,4	165,4	170,7	181,8	180,2	-9,8	-5,8	-2,9	-2,6	
Irland													
EU-KOM	-13,4	-8,4	-7,5	-5,0	106,4	117,6	122,5	119,2	1,1	2,3	3,4	4,4	
OECD	-13,0	-8,4	-7,6	-	108,2	115,7	120,9	-	0,1	1,3	2,0	-	
IWF	-12,8	-8,3	-7,5	-5,0	106,5	117,7	119,3	118,4	1,1	1,8	2,7	3,7	
Luxemburg													
EU-KOM	-0,3	-1,9	-1,7	-1,8	18,3	21,3	23,6	26,9	7,1	4,4	4,9	4,7	
OECD	-0,6	-1,4	-1,1	-	23,9	26,0	28,7	-	7,1	3,5	4,2	-	
IWF	-0,6	-2,5	-1,8	-2,0	18,2	21,7	24,6	27,3	7,1	7,3	7,1	7,0	
Malta													
EU-KOM	-2,7	-2,6	-2,9	-2,6	70,9	72,3	73,0	72,7	-0,3	2,1	1,8	1,6	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-2,7	-2,5	-2,2	-1,9	71,6	71,8	71,1	69,7	-1,3	-1,5	-1,6	-1,7	
Niederlande													
EU-KOM	-4,5	-3,7	-2,9	-3,2	65,5	68,8	69,3	70,3	8,3	9,2	9,8	9,8	
OECD	-4,6	-4,3	-3,0	-	65,1	70,9	73,5	-	9,2	9,0	9,7	-	
IWF	-4,7	-3,7	-3,2	-3,6	65,2	68,2	70,2	71,9	8,5	8,2	8,2	8,0	
Österreich													
EU-KOM	-2,5	-3,2	-2,7	-1,9	72,4	74,6	75,9	75,1	1,1	1,1	1,2	1,6	
OECD	-2,6	-2,9	-2,3	-	72,2	75,5	76,9	-	1,9	2,2	2,5	-	
IWF	-2,6	-2,9	-2,1	-1,8	72,3	74,3	74,9	74,4	1,9	1,9	1,6	1,6	

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	öffentlicher Haushaltssaldo					Staatsscl	nuldenquot	:e	Leistungsbilanzsaldo			
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014
Portugal												
EU-KOM	-4,4	-5,0	-4,5	-2,5	108,1	119,1	123,5	123,5	-6,6	-3,0	-1,8	-1,5
OECD	-4,2	-4,6	-3,5	-	107,8	114,5	120,3	-	-6,4	-4,0	-2,2	-
IWF	-4,2	-5,0	-4,5	-2,5	107,8	119,1	123,7	123,6	-6,4	-2,9	-1,7	-1,2
Slowakei												
EU-KOM	-4,9	-4,9	-3,2	-3,1	43,3	51,7	54,3	55,9	-2,5	1,4	1,4	2,2
OECD	-4,8	-4,6	-2,9	-	43,3	48,6	50,7	-	0,1	1,5	2,3	-
IWF	-4,8	-4,8	-2,9	-2,9	43,3	46,3	47,2	47,6	0,1	0,8	0,3	0,3
Slowenien												
EU-KOM	-6,4	-4,4	-3,9	-4,1	46,9	54,0	59,0	62,3	0,1	2,0	2,7	2,3
OECD	-6,4	-3,9	-3,0	-	47,6	51,5	54,4	-	-1,1	0,8	1,4	-
IWF	-5,6	-4,6	-4,4	-2,8	46,9	53,2	57,4	58,7	0,0	1,1	1,0	0,9
Spanien												
EU-KOM	-9,4	-8,0	-6,0	-6,4	69,3	86,1	92,7	97,1	-3,7	-2,4	-0,5	0,4
OECD	-8,5	-5,4	-3,3	-	68,5	81,1	84,1	-	-3,5	-0,9	0,1	-
IWF	-8,9	-7,0	-5,7	-4,6	69,1	90,7	96,9	100,0	-3,5	-2,0	-0,1	0,7
Zypern												
EU-KOM	-6,3	-5,3	-5,7	-6,0	71,1	89,7	96,7	102,7	-4,2	-6,3	-3,5	-3,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-6,3	-4,8	-5,6	-6,4	71,6	87,3	92,6	97,6	-10,4	-3,5	-2,0	-2,2

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2012.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2012.

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick \ (WEO) \ und \ Fiscal \ Monitor, Oktober \ 2012.$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

	Ö	ffentlicher	Haushaltss	aldo		Staatssch	nuldenquot	e	Leistungsbilanzsaldo				
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	
Bulgarien													
EU-KOM	-2,0	-1,5	-1,5	-1,1	16,3	19,5	18,1	18,3	1,7	-1,6	-2,1	-2,5	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-2,0	-1,1	-1,1	-0,5	15,5	17,9	16,4	18,4	0,9	-0,3	-1,5	-2,1	
Dänemark													
EU-KOM	-1,8	-3,9	-2,0	-1,7	46,6	45,4	44,7	45,3	6,6	5,6	4,6	4,2	
OECD	-1,9	-3,9	-2,0	-	46,5	47,7	49,6	-	6,5	5,4	5,4	-	
IWF	-1,9	-3,9	-2,0	-1,9	44,1	47,1	47,6	47,8	6,7	5,0	4,6	4,5	
Lettland													
EU-KOM	-3,4	-1,7	-1,5	-1,4	42,2	41,9	44,3	44,9	-2,4	-2,9	-3,1	-3,5	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-3,1	-1,3	-1,5	-1,2	37,8	37,4	40,6	38,5	-1,2	-1,6	-2,8	-3,4	
Litauen													
EU-KOM	-5,5	-3,2	-2,8	-2,3	38,5	41,6	40,8	40,5	-3,7	-2,9	-3,0	-3,6	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-5,6	-3,3	-2,9	-2,9	38,5	40,0	40,5	40,8	-1,5	-1,1	-1,4	-2,3	
Polen													
EU-KOM	-5,0	-3,4	-3,1	-3,0	56,4	55,5	55,8	56,1	-4,5	-3,9	-3,3	-3,7	
OECD	-5,1	-2,9	-2,2	-	56,4	56,0	55,4	-	-4,3	-4,4	-4,1	-	
IWF	-5,1	-3,4	-3,1	-2,6	56,3	55,1	55,3	55,0	-4,3	-3,7	-3,8	-3,7	
Rumänien													
EU-KOM	-5,5	-2,8	-2,4	-2,0	33,4	34,6	34,8	34,8	-4,1	-4,1	-4,2	-4,4	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
IWF	-4,1	-2,2	-1,8	-1,4	33,0	34,6	34,5	33,7	-4,4	-3,7	-3,8	-3,9	
Schweden													
EU-KOM	0,4	0,0	-0,3	0,4	38,4	37,4	36,2	34,1	6,5	6,4	6,5	6,5	
OECD	0,1	-0,3	0,3	-	38,4	37,6	35,7	-	7,2	6,5	6,3		
IWF	0,1	-0,2	-0,2	0,2	37,9	37,1	35,9	34,1	6,9	7,2	7,8	7,6	
Tschechien													
EU-KOM	-3,3	-3,5	-3,4	-3,2	40,8	45,1	46,9	48,1	-3,9	-2,9	-2,1	-1,3	
OECD	-3,1	-2,5	-2,2	-	41,2	43,5	45,5	-	-2,6	-0,2	-1,6	-	
IWF	-3,1	-3,2	-3,0	-2,8	40,5	43,1	45,0	45,6	-3,0	-2,4	-2,2	-2,0	
Ungarn													
EU-KOM	4,3	-2,5	-2,9	-3,5	81,4	78,4	77,1	76,8	1,0	1,6	2,6	2,6	
OECD	-4,2	-3,0	-2,9	-	80,2	79,7	78,8	-	1,3	2,7	3,8		
IWF	4,2	-2,9	-3,7	-3,8	80,6	74,0	74,2	75,3	1,4	2,6	2,7	0,7	

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2012.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2012.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO) und Fiscal Monitor, Oktober 2012.

Herausgeber:

Bundesministerium der Finanzen Referat Öffentlichkeitsarbeit Wilhelmstraße 97 10117 Berlin http://www.bundesfinanzministerium.de oder http://www.bmf.bund.de

Redaktion:

Bundesministerium der Finanzen Arbeitsgruppe Monatsbericht Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de Berlin, November 2012

Lektorat und Satz: heimbüchel pr, kommunikation und publizistik GmbH, Berlin/Köln

Gestaltung: heimbüchel pr Köln kommunikation und publizistik GmbH, Berlin/Köln

Bezugsservice für Publikationen des Bundesministeriums der Finanzen: telefonisch 0 18 05 / 77 80 90¹ per Telefax 0 18 05 / 77 80 94¹

¹ Jeweils 0,14 €/Min. aus dem Festnetz der Telekom, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

ISSN 1618-291X

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

ISSN 1618-291X